DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 32. JAHRGANG
196 | November/Dezember 2009 EUR 1,50

Showdown im Tarifduell

Berliner Tarifkonflikt geht in die Endphase. FAU gestärkt, trotz Einmischung von ver.di und drastischem Gerichtsurteil

Nach der zuletzt überraschenden Wendung im Konflikt um einen Haustarifvertrag im Berliner Kino Babylon Mitte, haben sich die Ereignisse regelrecht überschlagen. Ein Abriss davon würde Erfolge wie Rückschläge enthalten – und jede Menge Erfahrungen, die die FAU in ihrem Gewerkschaftsverständnis bestätigen.

Jetzt wollen alle mitmischen

Zuletzt berichtete die *Direkte Aktion*, dass ver.di sich im September in den Konflikt eingeschaltete. Die FAU Berlin misstraute dieser Initiative und gab zu verstehen, dass sie dahinter Unsauberes vermute. Derweil ist Licht ins Dunkel gekommen: Durch den FAU-Arbeitskampf wurde klar, dass die Geschäftsführung um Lohnerhöhungen und Tarifregelungen nicht herumkommt. Zudem zeigte der öffentliche Druck auf Senat und Linkspartei seine Wirkung: Beide sahen sich gezwungen, zu einer Lösung beizutragen. Wie sich herausstellte, steht die ver.di-Intervention im direkten Zusammenhang damit. So erklärte die Linkspartei, dass die Verhandlungen ver.di's mit dem Babylon aufgrund ihrer Vermittlung zustande gekommen seien. Zeitgleich sickerte die Information durch, dass der Senat weitere 30.000 Euro Subventionen für das Kino bereitstelle, um Lohnerhöhungen zu ermöglichen – ein erster Achtungserfolg im Arbeitskampf.

Weniger hinnehmbar war das Vorgehen des verhandelnden ver.di-Bezirksvizes Andreas Köhn. Dieser leitete Verhandlungen ein, ohne mit Belegschaft und FAU auch nur geredet zu haben. Die Chefs zeigten sich begeistert und führten ver.di als Argument an, um den laufenden Arbeitskampf zu delegitimieren. Nur durch Druck von FAU, Betriebsrat, den wenigen ver.di-Mitgliedern und den Beschäftigten generell gelang es, ver.di in Rechtfertigungsnot zu bringen. Ein einstimmiger Beschluss auf einer Betriebsversammlung forderte bspw., dass es keinen Alleingang geben dürfe. Damit war klar, dass ver.di nicht so einfach an der FAU vorbeikommen würde. Trotz heftiger Kritik an ver.di, versuchte nun die FAU aus Respekt vor der Belegschaft, eine Tarifgemeinschaft auf den Weg zu bringen. Wie zu erwarten, blieb es seitens ver.di bei bloßen Lippenbekenntnissen – man wartete ab.

Berliner Gericht verbietet Boykott

Denn was folgte, war ein juristischer Schlag gegen die FAU Berlin, deren Druck weiter anhielt. Ver.di fehlten gute Argumente, um an der FAU vorbei zu verhandeln, denn regelmäßige Aktionen im und vor dem Babylon sorgten für Schlagzeilen und der Boykott zeigte seine Wirkung (z.B. legten Medienpartner wie Radio Eins ihre Kooperation auf Eis). In einem Eilverfahren wurde der Boykott dann per einstweiliger Verfügung untersagt. (Näheres, siehe Seite 3)

Das Urteil ist selbstverständlich absurd und skandalös. Es widerspricht selbst den kümmerlichen Gewerkschaftsrechten in der BRD, folgt doch die Tariffähigkeitsfrage eigentlich der Intention, unternehmerfreundliche Gefälligkeitstarifverträge zu unterbinden. Gefälligkeit und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit sind hier eher ver.di zu attestieren. Auch betrachtet es die FAU – unabhängig von der Rechtssprechung – als legitimes Recht, sich gewerkschaftlich selbst zu organisieren und Kollektivverträge zu erwirken. Gerade dies aber verbietet das Urteil den Beschäftigten und zwingt sie so unter die Knute einer ihnen fremden Gewerkschaft. Nicht zuletzt wollte sich der Arbeitgeber mittels des Gerichts den unvermeidbaren Verhandlungen mit einer unbequemen Gewerkschaft entziehen. Es ist geradezu ironisch, dass die Maßnahmen, durch die ja die Verhandlungen ver.di's erst möglich wurden, für illegal erklärt werden. Die FAU Berlin prüft nun die Möglichkeiten der Berufung. In ihrer Gewerkschaftsarbeit will sie sich aber nicht beirren lassen.

Die Masken sind gefallen ...

Mit dem Urteil sah sich ver.di nun befreit und legte tarifpolitisch los – als ob man nur auf das Urteil gewartet hätte. So gab es eine erste Verhandlungsrunde, allerdings ohne die Bildung einer Tarifkommission, ohne den Einbezug der Beschäftigten und ohne die Absicht, diese irgendwie darüber entscheiden zu lassen. Erwartungsgemäß zeichnet sich ein billiges Ergebnis ab: Der Vertrag wird im Wesentlichen eine Übernahme des ver.di-Flächentarifs sein. Die Löhne bewegen sich so auf einer Höhe, unter die ver.di gar nicht gehen darf. Die betriebsspezifischen Probleme, die wesentliche Ursache für den Konflikt waren, finden kaum Berücksichtigung (siehe z.B. die Praktika-Regelung der FAU).

Die FAU Berlin zieht trotz der Schattenseiten eine positive Bilanz: Mit dem ver.di-Tarifvertrag, der ein Resultat des Arbeitskampfes ist, wird es Lohnerhöhungen und diverse tarifliche Absicherungen geben. Die FAU-Betriebsgruppe ist stattlich, agil und widerstandsfähig, die Belegschaft weitgehend kritisch. Es herrscht die Gewissheit, dass die FAU das erkämpft hat und dafür einsteht, dass die Betroffenen selbst entscheiden; während ver.di sich als autokratisches Kartell präsentiert hat. Die FAU war in der Lage, kontinuierlich Druck auf ihren Gegner auszuüben, und konnte nur mit rechtlichen Knüppelschlägen ausgebremst werden. Auch die Solidarität funktionierte vorbildlich. Für eine kleine Basisgewerkschaft, die erst am Anfang ihrer Entwicklung steht, ist das schon eine Menge.

Fortsetzung auf Seite 3

Hauptsache billig!

Zur Mindestlohndebatte in der Pflege

Als der Bremer Pflegedienstleister McPflege am 1. August 2007 mit dem Angebot startete, bundesweit Pflegekräfte aus Osteuropa für eine 24-Stunden-Betreuung ab zwei Euro die Stunde vermitteln zu wollen, schrie die gesamte Branche auf. Als „moderne Sklaverei" und „sittenwidrige Löhne" verurteilten etablierte Pflegedienste und Verbände derartige Praktiken. Nach zehn Tagen wurde der Betrieb wieder eingestellt. „Projekt beendet, gesellschaftspolitische Diskussion in Deutschland angestoßen", hieß es am 10. August auf der Homepage des Billig-Anbieters.

Verständnisvolle Töne

Aber längst nicht alle Konkurrenten hatten mit eingestimmt in den Chor der Empörung. Auch aus den Reihen der großen Wohlfahrtsverbände gab es verhaltenere Reaktionen. Etwa von den Paritätischen Pflegediensten Bremen, deren Geschäftsführer Wolfgang Müller der Tageszeitung „taz" gestand, selbst Überlegungen anzustellen, auf dem Gebiet der Rund-um-die-Uhr-Betreuung tätig zu werden. Die Löhne für die osteuropäischen Arbeiterinnen bei McPflege fände er „nicht so schlimm". Das sei immer noch besser als Schwarzarbeit. „Dafür hat man ja die Osterweiterung, dass das möglich wird."

Das Mindeste

Skeptisch stand der Paritätische Wohlfahrtsverband bis zuletzt auch der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Pflege gegenüber. Der Paritätische ist nach den konfessionellen der drittgrößte Anbieter in Deutschland. Insgesamt arbeiten bundesweit rund 600.000 Beschäftigte in der Branche Altenpflege und Pflegedienste. Für den katholischen Deutschen Caritasverband und die evangelische Diakonie sind in einigen Bundesländern allein knapp die Hälfte aller Pflegenden tätig. Die beiden Branchenführer bezogen als einzige Wohlfahrtsverbände offen Stellung gegen den Mindestlohn. Sie konterten mit der Behauptung, sie würden längst mehr als das Geforderte zahlen. Während sie sich gegen staatliche Eingriffe in ihre verfassungsmäßig verbriefte Autono-

Fortsetzung auf Seite 7

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft



Zeitlupe

Globales



Hintergrund



Kultur



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Catwalk



Ernst gemeint

Komödien sind lustig, aber durchaus ernst zu nehmen. So z.B. das Debut von Regisseur Jonas Grosch: „Résiste – Aufstand der Praktikanten". Nach der Premiere auf dem Filmfest Hamburg und vor dem Kinostart am 12.11. sind weitere Vor-Vorführungen geplant. Offensichtlich aus Solidarität mit der Babylon-Belegschaft wurde die Veranstaltung für Berlin nun in ein anderes Kino verlegt! Solidarität ist manchmal mehr als nur eine Geste.

Grüne auf Überholspur

Die Linkspartei fordert unter dem Titel seit langem, das Recht auf politischen Streik einzuführen. Nun liegt auch bei der Grünen Jugend ein Antrag dazu vor, der sogar noch weiter geht und für die Legalisierung „wilder Streiks" wirbt. Schade nur, dass alle Parteien „vergessen", dass es gar keinen „Antistreikparagraphen" gibt ... Damit tragen sie letztlich zur Verunsicherung unter den ArbeiterInnen bei. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Kauf ich glücklich!

Vom kommunistischen Manifest bis zum Strike Bike: In der Tradition Gerhard Seyfrieds und der mexikanischen Sachcomics von Rius zeichnet der Grafiker Ansgar Lorenz die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland nach. In Lorenz' „kleiner Geschichte der Arbeiterbewegung" hat die FAU ihren festen Platz. Damit ist dieser Comic ein perfektes Weihnachtsgeschenk nicht nur für kleine Geschwister, sondern für alle, die sich mit dem Werdegang der gewerkschaftlichen Bewegung hierzulande auseinandersetzen wollen.



Ansgar Lorenz: Kleine Geschichte der Arbeiterbewegung. In Deutschland – von 1848 bis heute. 90 S., 12,90 Euro. ISBN 978-3-7705-4869-9. Zu beziehen u.a. über www.syndikat-a.de oder überall im gut sortierten Buchhandel.

FAU-Ticker

+++ In verschiedenen Städten gab es Soli-Aktionen für die Freilassung der „Belgrade 6“: 16.09. Hamburg – serbisches Generalkonsulat + 18.09. Berlin – serbische Botschaft + 25.09. Frankfurt/M – serbisches Generalkonsulat + 18.10. Frankfurt/M – Frankfurter Buchmesse + 21.10. Frankfurt/M – serbisches Generalkonsulat + 23.10. Frankfurt/M – Kundgebung serbisches Generalkonsulat und Demo gegen das gegen „mg“-Urteil und für die „Belgrade 6“ +++ In Darmstadt, Essen und Stuttgart haben sich im September und Oktober neue Syndikate bzw. Initiativen der FAU gegründet +++ Auch in Essen gründete sich im Oktober eine Initiative FAU +++ Die FAU Südwestsachsen solidarisiert sich mit den ArbeiterInnen des insolventen Textilherstellers Palla Creative und fordert die Auszahlung der ausstehenden Löhne +++ Die FAU Münsterland koordiniert zusammen mit anderen Organisation die neue Homepage www.muenster.org/alternativ/krise-in-muenster. Hier findet ihr einen Video-Mitschnitt der Veranstaltung mit Karl Heinz Roth vom 27.Oktober +++ Die FAU Aschaffenburg organisiert von Oktober bis Januar eine Veranstaltungsreihe zu ‚Krise und Kapitalismus‘. Infos: http://kriseab.blogsport.de/

Lass mich dein Sklave sein …

… sonst bin ich Opfer von Sanktionen vom Amt. Wie? Leibeigenschaft im 21. Jahrhundert? Genau, nicht im 12., sondern im 21. Jahrhundert. Kaiser Randstad der Erste und Königin ARGE die Einunddreißigste schwingen unermüdlich ihre Peitschen. Mies bezahlte Leiharbeit droht die Arbeitsform der Zukunft zu werden, wenn sich nicht endlich Widerstand, wenn schon keine Revolution regt.
Wer dies noch nicht bemerkt hat, der konnte sich davon bei einer der unzähligen Aktionen gegen Leiharbeit überzeugen, die FAU-Gewerkschaften von Aachen bis Leipzig, von Hamburg bis Freiburg gestartet haben.
Aber wer sich der Peitsche nicht beugen will, bekommt einen Vorgeschmack darauf, was der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin bei 15 Grad in der Bude und futtern für 3 Euro ebbes am Tag ganz dufte findet. Nicht nur der, auch viele SachbearbeiterInnen, denen 360 Euro im Monat noch zu viel sind. Mal sehen, wer sich heute runtersanktionieren lässt, um die Sparquote vom Chef zu erfüllen (schimpft sich §31 SGB II).
Klingt gruselig? Das findet ein großes Bündnis aus Wissenschaft, Politik und Erwerbslosen-Inis auch und fordert, die Sanktionen vom Amt zu stoppen. Wer sich gern gruseln mag, hier ein paar Tips zur Berufswahl: Für lau in der Pflege, zackzack im Callcenter oder für weniger als eine große Cola pro Stunde im Kino schön freundlich gucken. Aber bitte immer achtgeben, damit ihr nicht in unserer neuen Rubrik „Tödliche Arbeitsunfälle“ landet.
Mehr Anregungen für eine strahlende, prekäre Zukunft, ob als Praktikant oder als „überlassene“ ArbeitnehmerIn, in dieser Ausgabe. Auswandern geht auch, zur Schweizer Bundesbahn oder zu VW im nordspanischen Pamplona, mehr im Teil „Globales“.

Weit und breit also kein Anlass für Herbstblues.
Gruselige Grüße von eurer BuG-Redaktion



18. Oktober – Solidaritätskundgebung für die „Belgrade 6“ vor der Frankfurter Buchmesse

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

- Ammerland ..... Kontakt über Bremen
- Aurich .... Kontakt über Bremen
- Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
- Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat ab 19.30h in der Bürgerwache Bielefeld, Rolandstr. 16, Siegfriedplatz. Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
- Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
- Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
- Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
- Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
- Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
- Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
- Lübeck........... Kontakt über Hamburg
- Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, fauhwi@fau.org

Region West

- Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
- Bochum .... Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
- Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
- Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
- Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
- Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
- Krefeld .... FAU Krefeld, <faukr@fau.org>, Tel.: (02151) 39 42 70
- Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
- Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
- Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Region Ost

- Altenburg .... Kontakt über Leipzig
- Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
- Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
- Görlitz .... Kontakt über Leipzig
- Gransee.......... Kontakt über Berlin
- Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
- Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
- Magdeburg ...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
- Potsdam .... Kontakt über Berlin
- Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Region Süd

- Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
- Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
- Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
- Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; jeden dritten So. im Monat ab 18Uhr, Fabrik, Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg.
- Gießen .... Kontakt über Lich
- Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
- Kassel............ FAU-Gründungsinitiative VAB Kassel, <fauks5@fau.org>, FAU-Bildungsinitiative Kassel, <fauks1@fau.org>, Offene Treffen für beide: Jeden 2. und 4. Donnerstag des Monats ab 19 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz)
- Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
- Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
- Marburg.......... Kontakt über Lich
- Meiningen .... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
- Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
- München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
- Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
- Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faum16@fau.org>
- Saarbrücken .... FAU-Gründungsinitiative Saar, Kontakt über Neustadt
- Suhl .... Kontakt über Meiningen
- Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
- Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

- Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch
- Zürich............ FAUCH, Postfach 25, CH-8037 Zürich, www.fauch.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

- Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
- Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
- ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
- Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Aus für Kohlekraftwerk Mainz/Wiesbaden!

Über 110 Millionen Euro sinnlos verprasst

Die schon gepackte Kletterausrüstung und die vorbereiteten Transparente werden erstmal nicht gebraucht. Eine Strommastbesetzung von AktivistInnen gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue konnte abgeblasen werden, stattdessen knallten die Sektkorken! Am 28. September verkündete der Vorstandschef der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW), Werner Sticksel, einen „vorläufigen Baustopp" und ein „mindestens dreijähriges Moratorium" für das Projekt.

Mit dem Ausstieg der Barclays Bank, die zusammen mit der Deutschen Bank den Löwenanteil der Finanzierung der geplanten Dreckschleuder übernehmen wollte, war das Finanzierungskonzept der KMW für das Milliardenprojekt im Sommer geplatzt. Vergeblich hatten Aufsichtsrat und Deutsche Bank seitdem versucht, andere Investoren für den Bau zu begeistern. Begleitet wurde diese Suche nach neuen Geldgebern von einer „Image-Kampagne" der Bürgerinitiativen mit Kundgebungen vor Deutsche Bank-Filialen im Rhein-Main Gebiet. Unter dem Motto „Deutsche Bank – uns interessiert nur Kohle" wurde hier das propagierte umweltbewusste Selbstbild der tatsächlich betriebenen Realpolitik des Geldinstituts gegenübergestellt. Eine kurzfristige Bauplatzbesetzung durch das Mainzer Klimabündnis im Sommer machte darüber hinaus die Entschlossenheit der AktivistInnen zu



weiteren Widerstandsaktionen deutlich. (siehe hierzu *Direkte Aktion* #182, 185, 190)

Jetzt hat der Vorstand von KMW die Reißleine gezogen und in Gesprächen mit dem Generalunternehmer Siemens vereinbart, das Vorhaben „vorläufig" auf Eis zu legen. Damit sinkt die Wahrscheinlichkeit für die Realisierung des Projekts drastisch und das ist gut so! Das Kohlekraftwerk hätte zu einer Verdoppelung des CO_2-Ausstoßes je produzierter Kilowattstunde Strom gegenüber dem Ausstoß des bestehenden, hochmodernen Gaskraftwerks geführt. In Verbindung mit der geplanten Verdoppelung der Kraftwerkskapazität würde dies eine Vervierfachung des CO_2-Ausstoßes gegenüber heute bedeuten. Die Verbrennung von ca. 6000 Tonnen Steinkohle pro Tag hätte für Umwelt und Gesundheit der Menschen im ohnehin stark belasteten Rhein-Main-Gebiet zu einer erheblichen Mehrbelastung durch Feinstäube, Schwermetalle und Schwefeloxide geführt.

„Es kann davon ausgegangen werden, dass das Aufschieben des endgültigen Scheiterns des Projekts dem Aufsichtsrat der KMW die Möglichkeit geben soll, das politische Gesicht zu wahren", so der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Wiesbaden in einer Presseerklärung. „Im Falle der definitiven Projektaufgabe steht schon jetzt fest, dass mindestens 110–150 Millionen Euro durch die vorschnellen Vertragsabschlüsse mit Siemens in den Sand gesetzt wurden. Die Verantwortung hierfür liegt bei Vorstand und Aufsichtsrat der KMW und den dort sitzenden Politikern beider Landeshauptstädte", so der AKU weiter.

Von der KMW wird nun gegenüber der Öffentlichkeit auf die geplatzte Kreditfinanzierung des Projekts verwiesen. Der AKU betont, dass die Verweigerung der Kredite nicht nur der aktuellen Finanzkrise geschuldet sei. „Der breite Widerstand gegen das Kohlekraftwerk, getragen von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Ärzte-Initiativen und Parteien macht deutlich, wie hoch der politische Preis einer Durchsetzung des Projekts wäre." Ein politischer Unsicherheitsfaktor, der potentiellen Kreditgebern nicht verborgen bleiben konnte!

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

Fortsetzung von Seite 1 „Showdown im ..."

Die Nicht-Anerkennung einer legitimen Interessenvertretung mag ein mundvoll Wermut sein, es bedeutet aber auch, auf dem richtigen Weg zu sein. Selten hat ein Konflikt in einem kleinen Betrieb für so viel Furore gesorgt. Warum? Weil sich hier etwas Neues zeigt, das verschiedene Kräfte nicht einfach zulassen können. Die FAU wird sich daran gewöhnen müssen, dass gerade ihr in Arbeitskämpfen ein ungewohnt heftiger Wind entgegenschlägt. Die Bosse werden sich bei ihr stets hartnäckiger zeigen, während die etablierten Gewerkschaften ihr Monopol werden sichern wollen und sich dabei auf eine repressive Rechtssprechung stützen. Aber wenn die FAU diesen Weg weiterverfolgt, dann wird sie mehr als nur Motor des Tarifgeschehens sein.

... die Würfel sind es nicht

Im Babylon hat sich in Miniatur all das in Reinform gezeigt, was die FAU so abstoßend an den Zentralgewerkschaften findet. Wenn ver.di nicht einmal in einem Kleinbetrieb in der Lage und willens ist, Partizipation zuzulassen, ist das ein Offenbarungseid in Sachen gewerkschaftlicher Demokratie. Dass hier selbstermächtigte Funktionäre verhandeln, die branchenfremd sind und die Probleme und Bedürfnisse der Beschäftigten im Betrieb nicht im Geringsten kennen, ist schlichtweg widerlich.

Das letzte Wort aber ist noch nicht gesprochen. Denn auf welches Echo der ver.di-Vertrag stoßen wird, steht noch aus. Gleichzeitig sind die Probleme im Haus nicht einfach durch mehr Geld und den Tarif gelöst. Der willkürliche Führungsstil, die rigorose Kündigungspolitik, die fragwürdige Geschäftspolitik und die Misswirtschaft, deren Schäden auf die Beschäftigten abgewälzt werden, erfordern eine kämpferische Gewerkschaft im Betrieb. Auch die schon jetzt feststellbaren Angriffe auf aktive Beschäftigte, die im Windschatten der ver.di-Intervention erfolgen, werden zeigen, wer die Rechte der Beschäftigten letztlich verteidigt: nämlich sie selbst im Schulterschluss mit der FAU Berlin.

Holger Marcks

Zur Tariffähigkeit von Gewerkschaften

Wer Tarifverträge abschließen kann, ist im Tarifvertragsgesetz (TVG) geregelt. „Tarifvertragsparteien sind Gewerkschaften, einzelne Arbeitgeber sowie Vereinigungen von Arbeitgebern". Was aber Gewerkschaften sind, steht in keinem Gesetz. Im Grundgesetz, Artikel 9 Absatz 3 ist lediglich festgelegt: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig."

Es gab in der Vergangenheit mehrfach Anträge, einer Gewerkschaft die „Tariffähigkeit" aberkennen zu lassen, womit eine erhebliche Einschränkung ihrer Rechte verbunden ist. Die Urteile des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zu diesem Thema hatten meistens den Hintergrund, dass Organisationen landes- oder bundesweite Tarifzuständigkeiten für bestimmte Berufsgruppen oder Branchen beansprucht hatten, ohne dort eine größere Zahl von Mitgliedern zu haben und ohne sich jemals in einem Arbeitskampf befunden zu haben.

Im Fall des Kino Babylon befand sich das Allgemeine Syndikat der FAU Berlin seit Monaten in einem Arbeitskampf und der Druck auf die Bosse war inzwischen so groß, dass es nur noch die Möglichkeit gab, einen Tarifvertrag zu verhandeln. Um diesen Druck zu beseitigen, stellten die Babylon-Bosse Antrag auf eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht. Der FAU Berlin sollte untersagt werden, weiterhin zum Boykott des Kinos aufzurufen.

Die Argumentation war, die Boykottaufrufe seien keine durch GG Art. 9 Abs. 3 geschützten Arbeitskampfmaßnahmen, da das Allgemeine Syndikat keine Gewerkschaft im Sinne des TVG und aus diesem Grund nicht tariffähig sei.

Das Gericht folgte der Argumentation und erklärte, die FAU Berlin verfüge nicht über die für die Tariffähigkeit erforderliche Durchsetzungsfähigkeit und Mächtigkeit, da ihr Organisationsbereich, der das Stadtgebiet Berlin umfasst, es ihr nicht erlaubt, auf die Arbeitgeberseite genügend Druck auszuüben, um diese zu nicht gewollten ernsthaften Verhandlungen über Arbeitsbedingungen oder Tarifverträge zu veranlassen. Daher dürfe das Syndikat keine Arbeitskampfmaßnahmen einleiten.

Angesichts der Realität im Babylon-Kampf ist dieses Urteil absurd. Zudem steht es im Widerspruch zu sämtlichen internationalen Abkommen. Es wird uns aber nicht davon abhalten, weiter für unsere Interessen einzutreten.

K.C. (FAU Frankfurt/M.)

Kolumne Durruti



Neulich in Puschels Pub, Berlin-Tiergarten: „Ick hab nich jewählt, weil: ick wähl ja nich. Und wenn ick nich nichwählen würde, dann würd ick die alle ooch nich wählen. Weil: wenn ick nich nichwählen würde, würd ick mich wählen. Aber dit jeht nich, also wähl ick nich. Ick hab schon den Obamma nich jewählt. Und den Osamma ooch nich. Die hätten mich doch ooch nich jewählt. Also warum sollt ick die nich nichwählen? Gleiches Recht für alle, sach ick imma. Hab ick ooch der Alten vom Amt jesacht, weil die jesacht hat, ick soll arbeiten, wenn ick weiter mein Arbeitslosenjeld ham will. MAE sollt ick machen, für die Jemeinnützlichkeit. Dabei sammel ick doch schon janz jemeinnützlich Flaschen von die Straße wech. Konnt ick aber schlecht sajen. Dit würden die mir ja glatt von die Stütze wieder abziehen.

Hab ick ihr also jesacht, dass ick dit nich mache, mit die MAE. Ick bin ja nich doof. Weil wenn ick arbeite, dann bin ick ja nich arbeitslos. Und wenn ick nich arbeitslos bin, dann sacht die doch, dass ick keen Arbeitslosenjeld mehr kriege, weil ick ja nich mehr arbeitslos bin. Hab ick also jesacht: ‚Mach ick nich'. Und da hat die jesacht: ‚Entweder Arbeit und Arbeitslosenjeld oder keene Arbeit und ooch keen Arbeitslosenjeld!'

Dit hat se natürlich nich so jesacht. Weil die da uffm Amt ja nich so reden. Die hat jesacht: ‚Herr Sawitzky, entweder melden Sie sich bei dieser MAE-Stelle oder ich sehe mich gezwungen, Ihre Leistungen zu kürzen. Sie können wählen.' Da hab ick jesacht: ‚Ick wähl ja nich.' Und sie, wieda so jeschwollen: ‚Herr Sawitzky, Sie haben keine Wahl. Entweder so oder so.' Hab ick jesacht: ‚Dit is aba ne Wahl, und ick wähl ja nich. Dit is bei mir grundjesetzlich.' Sacht sie: ‚Das heißt grundsätzlich, Herr Sawitzky.'

‚Nee', sach ick, ‚dit ist bei mir grundjesetzlich.' Und denn hab ick ihr verklickert, dasset ein Grundjesetz jibt, und da steht auch dit mit dem Wählen drinne. Aba ick hab dit ja gar nich jewählt, dieset Grundjesetz, weil ick ja nich wähle. Ick hab die BRD nich jewählt und die DDR ooch nich. Ick hab also mein eigenes Grundjesetz, und in dem steht: Ick wähl ja nich.

Da hat sie jesacht: ‚Herr Sawitzky, Sie lassen mir keine Wahl!' Und ick hab jesacht: ‚Natürlich nich, ick steh ja fest auf dem Boden meines Grundjesetzes!'

Ick hab also nich jewählt, aber dit hat die nich vom Wählen abjehalten. Die hat einfach die Nummer vom Chef jewählt und schon hatt ick wenijer Jeld. Wenn ick jetzte aba jewählt hätte, wär dit nich besser jewesen. Weil: Wenn ick dit MAE da jewählt hätte, hätt ick doch ooch wenijer Jeld jekriegt. Nich in die Summe vielleicht, aba uffe Stunde jerechnet. Is ma klar: 700 Euro für 40 Stunden Maloche macht'n schlechteren Stundenlohn, wie 400 Euro für null Stunden Maloche.

Und so is dit mit die Wählerei: Abjerechnet wird zum Schluss. Und da haste dann immer wenijer in die Tasche, ejal wat de machst. Dit is jenau wie inne Kneipe. Sacht die Uschi, unser Barfrau hier, sacht se: ‚Wie siehts aus Witze? Noch ne Molle oder wat Scharfet?' Sach ick: ‚Ick wähl ja nich.' Da jibt se mir beidet, und am Ende hab ick wieda n Zettel.

Und mit die Politiker is dit janz jenau dit selbe. Die eenen wolln wenijer Steuern, die andern wolln mehr Steuern. Und ick soll dit dann wählen. Nu frag ick Dir: Bin ick Steuerberater oder wat?

Einmal – ein einzijet Mal – hab ick jewählt. Aba unfreiwillich. Dit war ooch uffm Amt, aber uffm andern. Und da fracht mich dit Männeken vor mir, fracht mich: ‚Herr Sawitzky, wollen Sie diese Frau zu ihrer ...' Und kaum hab ich jesacht ‚ick wähl ja ...' wart auch schon vorbei. Und jetzte is allet so wiet is. Und so bleibt dit ooch. Ganz ejal wat der Frank-Walter und seine uckermärkische Alte inner Glotze verzählen. Aba von denen kam ja eh nüscht. Wenn die dit, watse da bei diese Duell abjeliefert haben, vorm Scheidungsrichter jebracht hätten, dann hätt der glatt jesacht: ‚Ist doch alles supi bei euch beeden. Probierts ma noch vier Jahre!' Und meene Falltante da uffm Amt, die hätt alle beede erst mal'n ordentlichet Bewerbungstraining überjeholfen. Und danach ne schöne MAE, dat se wieda lernen, früher uffzustehen und ooch ma wat für die Jemeinnützlichkeit zu tun. Ejal. Nu isset anders jekommen. Nu macht die Alte dit mit den Guido da. Dit is der, wo die Kokain-Steuer abschaffen will und dit Wahlrecht so privatisieren, dass de dir da quasi einkoofen kannst, wie mit Aktien. Aba wat jehts mich an? Ick wähl ja nich. Wa, Uschi? Machst ma noch wat Scharfet? Wat? Och, Uschi – weeßt doch, das ick nich wähle! Jib se mir eben beede. Prost!"

Dem hat nichts hinzuzufügen:

Markus Liske

TERMINE

Bielefeld

Do., 19.11., 19.30 Uhr
Bürgerwache, Siegfriedplatz
Argentinien 2009. Impressionen einer Forschungsreise.

Do., 10.12., 19:30 Uhr
Bürgerwache, Siegfriedplatz
Moderne Sklaverei
Leiharbeit und warum sie abgeschafft gehört

Hamburg

Alle Veranstaltungen in:
Schwarze Katze, Fettstr. 23

Mi., 4.11., 19.00 Uhr
Widerstand im Studium / Kritische Wissenschaft

Mi., 11.11., 19.00 Uhr
Filmabend: Jimmy Hoffa

Mi., 18.11., 19.00 Uhr
Anarchie + Sexualität. Vortrag mit Rudolf Mühland

Mi., 9.12., 19.00 Uhr
Filmabend: Strike Bike

Hannover

Sa., 28. 11., ab 18.00 Uhr
UJZ, Kornstraße 28-30.
Die FAU-Hannover wird Ü30!
18.00 Uhr Buchvorstellung mit Roman Danyluk (Allgemeines Syndikat München) Ab 22.00 Uhr Party!

Münster

Mi., 25.11., 20.30 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Auf dem Kreuzzug ins Glück.
Vortrag über die Entwicklung des christlichen Fundamentalismus in Deutschland mit Christoph Lammers. Siehe auch „Aufstand der Seligen" auf S. 6

Mi., 16.12., 20.30 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Film: Aufstand in Island.
Krisland: Die Dokumentation zeigt, wie sich das Leben unterschiedlicher Bewohner Islands seit dem Staatsbankrott im Oktober 2008 verändert hat.

Recklinghausen

So., 22.11., 18.00 Uhr
Alternatives Kulturzentrum Recklinghausen, König Ludwig Str. 50
Schwarz-roter Tresen der ASJ Herne/Recklinghausen

Fr., 28.11., ab 11.00 Uhr
Hauptbahnhof
Naziaufmarsch verhindern!

Wien

Fr., 13.11., 18.00 Uhr
Schwedenplatz
Demonstration: Prekäre Soziale Arbeit – kranke Gesundheitsarbeit

buw – von wegen sportlich und fair!

ArbeiterInnen protestieren gegen Callcenter

Wenn die Volksbank Münster zum Marathon einlädt, herrscht Ausnahmezustand im westfälischen Münster. Auf die Busfahrpläne ist kein Verlass, und der Tourist, dem es eingefallen ist, mit dem Auto nach Münster zu kommen, findet keinen Parkplatz. Der Volksbank-Marathon ist eines der sportlichen Großereignisse und füllt in der Lokalpresse glatte drei Seiten. Dagegen konnte dieses Jahr nicht einmal ein Kanzlerkandidaten-Duell anstinken.

Bei so einem Event will natürlich jeder und jede ein Stück vom großen Werbekuchen abhaben. Als besonders gierig erweist sich seit Jahren der Callcenter-Konzern buw. Als Hauptsponsor neben der Volksbank organisiert buw parallel zum Marathon einen Staffellauf. Während ganz Münster am 13. September im Lauffieber war, wollten einige nicht mitfiebern. Die Telefonzelle Münster (siehe Interview in *Direkte Aktion* #195) nahm den Staffellauf zum Anlass für eine Protestaktion. Mit Transparenten und Flugblättern machten sie am zentralen Hindenburgplatz, dem Startpunkt des Staffellaufes, auf die miserablen Arbeitsbedingungen bei buw aufmerksam.



Arbeitsbedingungen bei buw

Wie sehen nun die Fakten aus bei buw? Nicht so rosig, wie die Herren Bormann und Wulf dies darstellen. Ein Beispiel für die Arbeitsbedingungen am Standort Münster sind die unsäglichen klimatischen Verhältnisse, die während des Hochsommers herrschen. Regelmäßig gibt es in den Räumlichkeiten höhere Temperaturen als draußen. 33 Grad sind keine Seltenheit, da die Geschäftsführung sich strikt gegen die Anschaffung einer vernünftigen Klima- oder Lüftungsanlage sträubt. Folglich kommt es alle paar Wochen zu Kreislaufzusammenbrüchen bei MitarbeiterInnen, die dann durch einen Rettungswagen abgeholt werden müssen.

Für die Masse weitaus dramatischer ist aber der Stress, der in den Callcentern aufgebaut wird. Alle KollegInnen haben eine bestimmte Quote bezüglich eingehender Anrufe oder erfolgreicher Verkäufe einzuhalten. Dazu muss aber auch ein hohes Qualitätslevel (Freundlichkeit, Verständnis für den Kunden, Kompetenz, ...) eingehalten werden. Diese beiden Anforderungen stehen im Gegensatz zu einander und bauen in den Köpfen der Angestellten einen hohen psychischen Druck auf. Die MitarbeiterInnen müssen freundlich, nett und clever sein, aber so viel wie möglich telefonieren. Alles wird natürlich durch Kontrollmaßnahmen und Testanrufe genaustens erfasst. Weichen die MitarbeiterInnen mal gröber vom Soll ab, gibt es ein protokolliertes Gespräch, das eine Vorstufe der Abmahnung darstellen soll oder der befristete Arbeitsvertrag wird gar nicht erst verlängert. Neben dem täglichen Druck und den teils unmenschlichen Arbeitsbedingungen sorgt vor allem ein Punkt für dauerhafte Frustration unter den Callcenter-AgentInnen: Die miserable Bezahlung. Seit weit vor der Zeit der Euro-Umstellung gab es keine Lohnerhöhung mehr.

Die Telefonzelle Münster hat daher in ihren Flugblättern eine angemessene Lohnerhöhung, vollständig bezahlte Urlaubstage, die Abschaffung der protokollierten Gespräche, ein Ende der Schikanierung durch Team- und Projektleitende und die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Standards und Pausenregelungen gefordert.

Lokalpresse schützt Unternehmerwillkür

Aufgrund der Flugblattaktion sind engagierte JournalistInnen auf die Telefonzelle und die FAU zugekommen. Wir konnten Interviews mit ehemaligen und aktuellen MitarbeiterInnen vermitteln. Die JournalistInnen befragten im Anschluss sowohl den Betriebsrat, wie auch den Arbeitgeber zu unseren Vorwürfen. Dies war von uns ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktionen der Lokalpresse haben daraufhin wohl Muffensausen bekommen: Einen der besten Werbepartner und einen vermeintlichen „Arbeitsplatzschaffer" verschreckt man nicht, indem man auf die Bedürfnisse und Probleme der Angestellten hinweist! Aber so schnell geben wir nicht auf. Aufgrund des Fakts, dass uns mehrere MitarbeiterInnen von buw über die unhaltbaren klimatischen Bedingungen, die regelmäßig zu Notarzteinsätzen führen, berichtet haben, haben Telefonzelle und FAU nun das Amt für Arbeitsschutz (AfA) informiert. Wir fordern die Prüfung durch das AfA und die evtl. Schließung der betroffenen Räumlichkeiten, selbstverständlich bei Lohnfortzahlung für die von der Schließung betroffenen KollegInnen.

Torsten Bewernitz (FAU Münsterland)

§§§-Dschungel

Kein Zwangsurlaub bei leeren Auftragsbüchern

Arbeitgeber dürfen ihre Mitarbeiter nicht dazu zwingen, Urlaub zu nehmen – schon gar nicht unbezahlten. Das gilt auch für Zeiten, in denen die Auftragslage besonders schlecht aussieht.
Eine Vereinbarung, die das Einbringen von Urlaubsansprüchen durch den Arbeitnehmer ohne konkrete Angaben über Ausmaß und Zeitpunkt der Arbeitszeitreduzierung vorschreibt, ist unwirksam.
Begründung: Das sogenannte Wirtschaftsrisiko hat laut BGB grundsätzlich der Arbeitgeber zu tragen. Mit Urlaubsverzichts- oder Zwangurlaubsregelungen werde das Wirtschaftsrisiko aber einseitig auf die Angestellten verlagert. Da die Vereinbarung der Gesetzgebung widerspricht, ist sie selbst dann unwirksam, wenn Angestellte ihr zunächst zugestimmt haben. LAG Nürnberg (AZ: 6 Sa 111/06)
Anmerkung: Immer wieder versuchen Bosse, das Unternehmerrisiko auf die Beschäftigten abzuwälzen. Üblich ist auch das stundenweise nach Hause schicken, wenn gerade mal nichts zu tun ist. Dies ist ebenfalls nicht zulässig. Der Unternehmer kommt bei Nichtannahme der vereinbarten Arbeitszeit in Annahmeverzug. Wenn er euch trotzdem wegschickt, braucht ihr die Stunden nicht nachzuarbeiten, sondern ihr fordert einfach die Bezahlung der Stunden.

Mündlicher Arbeitsvertrag

Auch ein mündlicher Arbeitsvertrag ist rechtswirksam. Es stellt sich aber immer wieder das Problem, auch rechtssicher nachzuweisen, mit welchem Inhalt ein mündlicher Vertrag konkret vereinbart wurde. Wenn nichts vereinbart ist, gilt das, was in den Gesetzen steht.
Manchmal lässt sich nur schwierig nachweisen, dass ein Arbeitsvertrag überhaupt zustande gekommen ist. Zeugen oder Lohnüberweisungen können da sehr nützlich sein.
Grundsätzlich haben Beschäftigte, laut § 2 des Nachweisgesetzes einen Anspruch auf den schriftlichen Nachweis ihrer wesentlichen Arbeitsbedingungen. Dies ist dann zwar kein Arbeitsvertrag im eigentlichen Sinn (ihr unterschreibt ja nichts) aber über Arbeitszeit, Lohnhöhe, Urlaub etc. seid ihr informiert und könnt diese Vereinbarungen dann ggf. auch einklagen.
Anmerkung: Das Nachweisgesetz sieht keine Sanktion im Falle der Nichteinhaltung der Schriftform vor. Trotzdem besteht die Chance, vor dem Arbeitsgericht die Mindestvertragsbedingungen in schriftlicher Form zu erstreiten.

Befristung

Halten die Arbeitsvertragsparteien eine zunächst nur mündlich und somit „formnichtig" vereinbarte Befristung in einem nach Vertragsbeginn unterzeichneten Arbeitsvertrag schriftlich fest, führt dies nicht dazu, dass die Befristung rückwirkend wirksam wird.
Laut § 14 Abs. 4 TzBfG bedarf die Befristung zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Eine nur mündlich vereinbarte Befristung ist nach § 125 Satz 1 BGB nichtig. Wird eine Befristung nicht wirksam vereinbart, führt dies nicht zur Unwirksamkeit des gesamten Arbeitsvertrags. Vielmehr tritt an die Stelle des unwirksam befristeten Arbeitsvertrags ein unbefristeter Arbeitsvertrag. BAG (7 AZR 198/04)
Anmerkung: Viele Bosse kennen sich nur bedingt in den Arbeitsgesetzen aus. Nutzt dies, um die für euch geltenden Rechte durchzusetzen. Im obigen Fall müsst ihr spätestens innerhalb von drei Wochen nach Vertragsende den Weiterbeschäftigungsanspruch gerichtlich geltend machen.

Abgrenzung von Praktikum zum Arbeitsverhältnis

Bei der Beschäftigung von Absolventen eines Studiums oder einer Berufsausbildung, bei denen der Ausbildungszweck nicht im Vordergrund steht und vielmehr der Einstieg in den Arbeitsmarkt über den Umweg eines Praktikums ermöglicht werden soll, liegt ein Arbeitsverhältnis und kein Praktikumsverhältnis vor. LAG Köln (AZ: 11 Sa 20/08)
Anmerkung: Nach wie vor sind Praktika niedrig entlohnt oder gar unbezahlt. Prüft genau, wozu euer Praktikum dienen soll. Sobald ihr feststellt, dass ihr ausgenutzt werdet und euch zudem noch gesagt wird, dass das Praktikum dazu dienen soll, euch den Einstieg auf einen Arbeitsplatz in der Firma zu ermöglichen, handelt es sich um ein Arbeitsverhältnis und ihr könnt die entsprechende Bezahlung fordern und gegebenen Falls einklagen – vorausgesetzt ihr habt hierfür Zeugen.

Häufige Fehler sind nicht unbedingt ein Kündigungsgrund

Grobe Fehltritte eines Arbeitnehmers können eine Kündigung zur Folge haben. Die Häufigkeit von Fehlern allein ist dagegen nicht unbedingt ein Entlassungsgrund.
Demnach ist zu berücksichtigen, dass Fehler, je nach Art der Tätigkeit, ein sehr unterschiedliches Gewicht haben können. Jeder Einzelfall muss daher individuell betrachtet werden.
In diesem konkreten Fall erhielt eine Beschäftigte in einem Versandkaufhaus zunächst eine Abmahnung und wurde dann gekündigt, weil ihre Fehlerquote deutlich über dem Durchschnitt lag. Dagegen klagte die Frau und bekam Recht. Die Fehlerhäufigkeit allein ist kein Kündigungsgrund. Der Arbeitgeber muss für eine Kündigung belegen können, dass das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung durch Fehler des Beschäftigten stark beeinträchtigt ist. BAG (Az.: 2 AZR 752/06)

Thersites (FAU Neustadt/ Weinstraße)

Menschenhandel bleibt Menschenhandel, bleibt doppelte Ausbeutung!

Ein Rückblick auf die Aktionswoche gegen Leiharbeit



Bundesweit fanden in zahlreichen Städten im Rahmen der Kampagnenwoche zur Abschaffung der Leiharbeit Aktionen statt. Vielerorts gab es Stadtrundgänge, auf denen die Leiharbeitsfirmen besucht wurden, u.a. auch in Darmstadt (Foto links) und in Frankfurt/Main (Foto rechts)

In der letzten Ausgabe der Direkten Aktion berichteten wir unter dem Titel „Ping Pong auf dem Arbeitsmarkt" über das Thema Leiharbeit und eine geplante bundesweite Aktionswoche für deren Abschaffung.

Der Hintergrund

Seit Jahren verändert sich der Arbeitsmarkt in Europa. In immer größeren Bereichen wurde von ehemals fest Angestellten auf Leiharbeit oder „Minijobs" umgestellt. Allein in Spanien sind heute mehr als ein Drittel aller offiziellen Arbeitsverhältnisse in der Leiharbeit zu finden.

Für die sozialdemokratischen Gewerkschaften bedeuteten diese Veränderungen einen erheblichen Mitgliederverlust. Sie sind in diesen prekären Sektoren weder präsent, noch wollen sie aktiv werden. Die Betreuung von kleinen Betrieben mit wenigen Gewerkschaftsmitgliedern oder gar von einzelnen Aktiven, rechnet sich für sie betriebswirtschaftlich nicht.

Seit Beginn dieser Entwicklung zeichnet sich ab, dass LeiharbeiterInnen, z.B. in der Metall- und Elektroindustrie sowohl von Arbeitgebern als auch von Gewerkschaften und Betriebsräten als Puffer für die organisierten (noch) Festangestellten gesehen werden. Bei wirtschaftlichen Problemen oder Betriebsstilllegungen sind die LeiharbeiterInnen die ersten, die gehen müssen.



Leiharbeit: 4,80 oder 8,90 Euro – alles dabei

Diese Situation führte zu einer zunehmenden Entsolidarisierung unter den KollegInnen. Werden in einer Firma Entlassungen geplant, ist es durchaus möglich, Widerstand zu organisieren. Wenn aber ein Vertrag mit einer Leihfirma nicht verlängert wird und deswegen die KollegInnen von Kündigungen bedroht sind, entwickelt sich kaum Solidarität. Gespeist von der Hoffnung, selbst der Arbeitslosigkeit zu entgehen, entwickeln Kernbelegschaften bisher kaum Interesse an der Situation ihrer leiharbeitenden KollegInnen.

Nach den LeiharbeiterInnen die Kernbelegschaften?

Nach wie vor gehen wir davon aus, dass in den nächsten Monaten die Hemmungen fallen werden, auch die Stammbelegschaften in großer Zahl zu entlassen. Das künstliche Niedrighalten der Arbeitslosenstatistik vor den Wahlen, etwa durch die massive Ausweitung von Kurzarbeit, ist dann politisch nicht mehr nötig und finanziell untragbar. Sollte sich diese Krise abschwächen und der Bedarf an Arbeitskräften wieder zunehmen, werden diese wohl nicht mehr fest angestellt, sondern als LeiharbeiterInnen angeheuert. Damit hätte das Lohndumping in der Leihbranche endgültig zu schlechteren Löhnen für alle geführt.

Abschaffung der Leiharbeit!

In den letzten Jahren ist auch die Zahl der FAU-Mitglieder und SympathisantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen erheblich gestiegen. Wir führen deshalb regelmäßig Auseinandersetzungen mit Leiharbeitsfirmen. Die FAU arbeitet daran, genügend Mitglieder in der einen oder anderen Leiharbeitsfirma zu organisieren, um dort die DGB- und CGB-Dumpingtarifverträge beispielhaft außer Kraft zu setzen und eine Gleichbehandlung mit den Entleihbetrieben zu erzwingen. Das wäre ein wichtiges Signal in einem Bereich, der bisher der Willkür staatlicher Arbeitslosenverwaltung und der Menschenhändler ausgeliefert ist.

Die Vereinzelung der Beschäftigten stellt dabei ein wichtiges Problem dar. In kleineren Leihbuden kennen sich die KollegInnen oft nicht. Sie treffen sich höchstens, wenn sie zufällig an den gleichen „Kunden" vermietet werden oder bei der Abgabe der wöchentlichen Stundenzettel am Freitagnachmittag.

Wegen der schlechten Bedingungen in der Leiharbeit, aber auch wegen ihrer prekarisierenden Wirkung auf weite Teile der Arbeitswelt, ist es an der Zeit, eine breitere Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Es muss eine gesellschaftliche Stimmung geschaffen werden, in der das Vermieten von Menschen nicht mehr akzeptiert wird. Dafür sind Vernetzungsmöglichkeiten der LeiharbeiterInnen selbst, aber auch direkter Druck auf die einzelnen Menschenhändler notwendig. Um den Kampf gegen die Leiharbeit sichtbar zu machen, riefen FAU-Syndikate im September zu einer bundesweiten Aktionswoche zur Abschaffung der Leiharbeit auf.

Die Bandbreite der Aktionen war vielfältig. Die Anzahl der Aktivitäten, ursprünglich geplant in mindestens 30 Städten, ist im Verlauf der Kampagnenwoche erfreulicherweise deutlich gestiegen. In Ermangelung von Berichten aller Aktionen hier ein Überblick in Auszügen ...

Die Aktionswoche

Freitag, 18. September: Kampagnenstart mit Stadtrundgängen zu Leiharbeitsfirmen, Kundgebungen und Infoständen in Dortmund, Darmstadt, Frankfurt/M und Saarbrücken. Viele PassantInnen waren durch den Wahlkampf eher genervt als erfreut über weitere Informationsflyer. Fielen jedoch die Worte *„gegen Leiharbeit"* und *„Leiharbeit abschaffen"*, stieg das Interesse deutlich.

Samstag: Weiter ging es mit Aktionen u.a. in Bielefeld, Braunschweig, Aachen, Schwerin und Leipzig. Informationsveranstaltungen, Infostände und Kundgebungen wurden durchgeführt. Aus Braunschweig erreichten uns Berichte über durchwachsene Reaktionen. Diejenigen, die die Flyer annahmen, waren von unserer Forderung meistens bereits überzeugt.

Montag: Wir freuten uns über die Beteiligung mehrerer unabhängiger Gruppen an der Kampagne. In Hamburg fand zum Schichtwechsel bei Airbus eine Flyeraktion statt. In Dortmund wurde die ARGE besucht und die „KundInnen" mit Flugblättern versorgt. Die Reaktionen waren größtenteils positiv. In einer Reihe von Betrieben, in denen Mitglieder der FAU oder SympathisantInnen arbeiten, wurde während der ganzen Woche Info-Material verteilt.

Dienstag: Wieder Flugblattaktionen in vielen Städten. In Münster gab es eine Kundgebung mit Infostand bei der Leihfirma ZAG. Das Feedback: überwältigend positiv! In Braunschweig wurde das Arbeitsamt besucht. Dort wollten einige Leute zunächst kein Info-Material annehmen. Sie dachten, es handele sich um Parteiwerbung. Das führte allerdings auch dazu, dass Menschen sich umdrehten, zurückkamen und den Flyer sehr gerne annahmen, nachdem hinterhergerufen wurde, die FAU sei keine Partei, sondern eine Gewerkschaft und engagiere sich gegen Leiharbeit. Es kam – wie so oft bei Aktionen am Arbeitsamt – zu Gesprächen mit ehemaligen LeiharbeiterInnen, die allesamt von der bundesweiten Aktionswoche begeistert waren.



Mittwoch: Aktionen in mehreren Städten. In Münster wurde die Leiharbeitskette Tuja, der Sponsor des örtlichen Fußballvereins Preußen Münster, mit Aufklebern *„Tu ja nix für den Sponsor"* bedacht.

Donnerstag: Fortführung der Kampagne in einem Dutzend Orten. In der Hälfte davon wurde die Agentur für Arbeit beehrt. Aus Hannover hieß es, der Zuspruch sei enorm gewesen. Viele Erwerbslose gerieten sofort in Diskussionen, denn die meisten verfügten selbst über jahrelange Erfahrungen mit Leiharbeit. Klar war allen, dass Leiharbeit nicht in Festbeschäftigung und reguläre Arbeitsverhältnisse führt, sondern immer wieder in die Erwerbslosigkeit. Diese wird allenfalls abgelöst durch neuerliche Phasen der Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen. In Freiburg wurde ein Stadtrundgang mit Auftaktveranstaltung vor der Agentur für Arbeit und anschließendem Besuch bei verschiedenen Menschenhändlern abgehalten. Gruppen in Leipzig, Frankfurt/M, Braunschweig und anderen Orten führten Flugblattaktionen vor Leihfirmen bzw. bei Wahlkampfauftritten durch.

Freitag: Mit dem Besuch der Arbeitsämter u.a. in Hannover und Recklinghausen, Flyeraktionen in Ruhrgebietsstädten wie Herne und mehreren Veranstaltungen endete die Woche.

Nach der Aktionswoche ist vor der Aktionswoche!

Die Aktionswoche gegen die Leiharbeit stellt den Auftakt für eine lang angelegte Kampagne dar. Es gab bereits weitere Aktionen und diese werden fortgesetzt, genauso wie die Aktivitäten zur Selbstorganisation von LeiharbeiterInnen.

Allerdings bestätigte sich unsere Erfahrung: Das Thema „Abschaffung der Leiharbeit" spricht zwar viele Leute an, aber unter den betrieblichen Bedingungen, insbesondere vor dem Hintergrund drohender Massenarbeitslosigkeit und aufgrund der mangelnden Erfahrung in Sachen Selbstorganisation, ist es nicht einfach, in dieser Branche erfolgreichen Widerstand zu organisieren.

Eine massive und koordinierte, europaweite Kampagne gegen die Leiharbeit wäre die richtige Antwort, um diese Form des Menschenhandels in Frage zu stellen und vielleicht in dem einen oder anderen Land abzuschaffen.

Erste konkrete Gespräche, die inzwischen in Griechenland mit der anarchosyndikalistischen ESE und der ak (antiautoritäre Bewegung) Thessaloniki geführt wurden, verliefen sehr positiv. Die Idee, Leiharbeit europaweit zu thematisieren, stieß auf Begeisterung und es wird diskutiert, eventuell gemeinsam mit einem breiteren Bündnis aus Basisgewerkschaften und sozialpolitischen Gruppen zu intervenieren.

Vorgeschlagen wurde eine internationale Konferenz, um die gemeinsame Marschroute mit allen Interessierten abzustimmen. ESE und ak wünschen einen kurz gehaltenen, zentralen Aufruf für alle Länder, wenn möglich bald. Ihre Hoffnung ist, dass dieser von der FAU ausgearbeitet und vorgeschlagen wird. In diesem Sinn: Es hat erst angefangen!

K.C. (FAU Frankfurt/M.)

Zahlen, bitte!

Alternatives Wahlergebnis



Gut 62 Mio. Menschen hätten ihre Stimme zur Bundestagswahl 2009 abgeben können. Gebrauch machten davon nur knapp 71 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen waren fast 758.000 ungültig. Somit verweigerte fast ein Drittel aller Stimmberechtigten aktiv oder passiv die Bundestagswahl. Berücksichtigt man diesen „WählerInnenblock", der im Vergleich zu 2005 um fast 7% zulegte, ergäbe sich folgendes Ergebnis:
CDU – 22,29 %,
SPD – 19,43 %,
Linke – 7,71 %,
FDP – 6,56 %
Grüne – 6,40 %
Das sieht doch schon viel besser aus!

Gesamtlohn und Arbeitsstunden



Die Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme verringerte sich im Sommer 2009 gegenüber Juni 2008 um 6,4 Prozent auf 18,0 Milliarden Euro. Auch die Zahl der im Juni 2009 geleisteten Arbeitsstunden ging im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat zurück – sie sank um 12,6 Prozent auf 607 Millionen. (jW)

Ein Stück vom Kuchen

Die Lohnquote in der Bundesrepublik hat ein historisches Tief erreicht. Sie lag 2007/2008 bei nur 61 Prozent. Stark zugenommen hat demnach der Anteil von Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und aus Kapitalvermögen. (SZ)

Aufstand der Seligen

In Münster bliesen christliche Fundamentalisten zum Aufmarsch – verurteilt werden ihre Kritiker



„1000 Kreuze für das Leben" – unter diesem Motto rief die fundamentalistische Organisation von Abtreibungsgegnern „Euro Pro Life" am 14. März 2009 zum wiederholten Male zu einem Marsch durch die katholische Bistumsstadt Münster auf. Singend und betend wollten die erzkonservativen DogmatikerInnen mit weißen Holzkreuzen durch die Innenstadt laufen und symbolisch für „ermordete Kinder" 1000 Rosen in das Flüsschen Aa werfen.

Nachdem der Marsch im März 2008 ohne Zwischenfälle durchgeführt wurde, war Anmelder Wolfgang Hering sicherlich überrascht, dass seine 150 meist zugereisten fundamentalistischen Freunde diesmal keine 100 Meter weit kamen, bevor sie vor einer Blockade von ca. 200 Personen standen. Hauptsächlich FeministInnen und AntifaschistInnen, aber auch viele atheistisch motivierte Leute stellten sich den selbsternannten „Lebensschützern" in den Weg.

Fast drei Stunden standen die Christen auf der Stelle – außer Singen und Beten ging da nichts, und auch dieses wurde lautstark übertönt. Die Münsteraner Polizei war sichtlich überfordert, die Blockade konnte erst gegen 18 Uhr von hinzugezogenen Düsseldorfer KollegInnen aufgelöst werden. 106 Personen wurden bis zum Ende des Aufmarschs auf einem nahe gelegenen Parkplatz festgesetzt, Personalien wurden aufgenommen.

Gegen diese 106 Personen wird nun, ein halbes Jahr später, staatsanwaltlich ermittelt. Erste Beteiligte haben Strafbefehle erhalten, die auf Bewährung ausgesetzt sind. Betroffen sind auch vier Mitglieder der FAU Münsterland.

Die meisten Betroffenen werden nun wohl Widerspruch gegen diese Verurteilungen einlegen und es wird zu Prozessen kommen. Von Seiten der FAU Münsterland sollen die Prozesse genutzt werden, um Öffentlichkeit und weiteren Widerstand gegen den wachsenden christlichen Fundamentalismus herzustellen.

Torsten Bewernitz (FAU Münsterland)

In der Herbstausgabe des antifaschistischen Magazins ‚Lotta' (Nr. 36) findet sich ein ausführlicher Bericht über den Christenaufmarsch: Schmitt, Jan-Henning: Gebären für Europa. 1000-Kreuze-Marsch in Münster. S. 19 – 21. projekte.free.de/lotta

Termin in Münster:
Mittwoch, 25.11, 20.30 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Auf dem Kreuzzug ins Glück.
Vortrag über christlichen Fundamentalismus und die Zunahme der evangelikalen Bewegung in Deutschland mit Christoph Lammers (IBKA, Redakteur der MIZ). Veranstaltet von der FAU Münsterland in Kooperation mit dem AStA der FH und der Antifaschistischen Linken Münster.

Die FAU Münsterland bittet euch um Spenden für die zu führenden Prozesse:

Schwarz-Rote-Hilfe Münster e.V.
Konto Nr. 282 052 468
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund

Stichwort: 14. März



Im ersten Halbjahr 2009 ist die Zahl der Arbeitsunfälle um 10% zurückgegangen. Grund: die Kurzarbeit. Wo weniger gearbeitet wird, werden weniger Menschen verstümmelt oder getötet. Dennoch bleiben Arbeitsunfälle epidemisch: im ersten Halbjahr gab es ihrer ca. 430.000. Tödliche sind allein in Berlin knapp 200 zu zählen. Gleichzeitig stiegen die Wegeunfälle auf 93.000 an. Weiterhin gab es ca. 32.000 Fälle mit Verdacht auf Berufskrankheiten.
Diese Zahlen stehen für einen alltäglichen Krieg, der in den Betrieben stattfindet. Um dieses Blutbad in der Öffentlichkeit präsenter zu machen, werden sich wohl diverse FAU-Gruppen im kommenden April am Worker´s Memorial Day, dem Kampftag für sichere Arbeitsbedingungen, beteiligen. In der Direkten Aktion soll schon mal ein kleiner Beitrag geleistet und die Anonymität etwas aufgebrochen werden. Exemplarisch seien hier ein paar tödliche Arbeitsunfälle aus den letzten Wochen genannt:

9.9. | Stadtallendorf (Hessen) | Eisengießer vom Deckel eines Industrieofens erschlagen +++ 10.9. | Berlin-Ruhleben | Drei Männer von Hebebühne auf BSR-Müllverbrennungsanlage erschlagen +++ 13.9. | Lindlar (NRW) | Mann von Metallplatte (1,4 t) bei Edelstahlfirma Schmidt & Clemens erschlagen +++ 16.9. | Meldorf (SH) | Mann in Firma für Fenster- und Solarbau von Eisenplatte erschlagen +++ 17.9. | Bottrop (NRW) | Auslieferungsfahrer beim Entladen von Palette erschlagen +++ 23.9. | Oranienburg (b. Berlin), Arbeiter einer Garten- u. Landwirtschaftsfirma von Leiter gestürzt (25 m) +++ 23.9. | Weißenburg (Bayern) | Arbeiter einer Gartenbaufirma beim Heckenstutzen tödlich von Mauer gestürzt +++ 23.9. | Dresden | Arbeiter auf Firmengelände von rollendem Gabelstapler in den Tod gerissen +++ 25.9. | Duisburg | Produktionsmitarbeiter in Rhein-Ruhr-Halle bei Höhenarbeiten zu ZDF-Show-Vorbereitung in Tiefe gestürzt +++ 25.9. | Datteln (NRW) | Arbeiter bei Bauarbeiten an E.ON-Kraftwerk 28 m tief gestürzt +++ 30.9. | Lippstadt (NRW) | Bauarbeiter auf dem Gelände der Rothe Erde GmbH von abrutschendem Doppel-T-Träger (500 kg) erschlagen +++ 2.10. | Biberach (Schwaben) | Mann bei Gerüstarbeiten an Hochhaus in Tiefe gestürzt (7. Stock) +++ 5.10. | Leichlingen (NRW) | Bauarbeiter von umfallender Hauswand begraben +++ 12.10. | Bötzingen (BW) | Schlosser beim Automobilzulieferer Peguform von Maschine eingeklemmt.

Holger Marcks

Erwerbslosenprojekte in Deutschland

Teil II: Tacheles e.V. in Wuppertal

Tacheles wurde 1994 als Selbsthilfeverein von Sozialhilfe-BezieherInnen gegründet. Den direkten Anstoß für die Gründung gaben die rassistischen Brandanschläge von Solingen und Mölln. Entsolidarisierung der Gesellschaft, Sozialabbau, Prekarisierung und der schon damals diskriminierende Umgang auf den Sozialämtern wurden als wesentliche Ursachen für die starke Zunahme rassistischer Gewalt im wiedervereinigten Deutschland gesehen. Mit dem Mittel solidarischer Unterstützung im Kampf gegen Ämterrepression und bei der Bewältigung des Alltags sowie der Durchsetzung der Rechte von Erwerbslosen, wurde besonders ein Ziel verfolgt: Die Formierung einer wirkungsvollen und selbstbewussten Interessensvertretung, die dem sozialen Trend entgegensteuert.

In der Gründerzeit fand die Sozialberatung noch in Privaträumen statt. Das Wissen dazu hatten sich die BeraterInnen am „eigenen Fall" beigebracht und autodidaktisch vertieft. Mit eigenen Vereinsräumen und festen Beratungszeiten machte die Beratung, was Fachlichkeit und Erfolgsquote gegenüber dem Amt angeht, schließlich schnell Fortschritte. Bald kam ein Café und Stadteilladen dazu, später der Abendbetrieb mit Kneipe.

Nach nunmehr 15 Jahren Sozialberatung und etlichen einschneidenden „Sozial-" und „Hartz-Reformen" hat sich Tacheles einen Ruf als parteiische Einrichtung für Erwerbslose gesichert. Das Angebot wird weit über die Stadtgrenzen Wuppertals hinaus wahrgenommen. Im Januar 2009 hat der Verein ein neues Zentrum eröffnet. Hier finden inzwischen über 50 persönliche Beratungen und drei Stunden Telefonberatung pro Woche statt. Das Beratungsteam verfolgt dort, wo es angezeigt ist, eine offensive Strategie der Rechtsdurchsetzung gegenüber den Ämtern. Die angeschlossene Anwaltskanzlei sichert die Fortsetzung der Verfahren vor den Sozialgerichten. Die Kooperation dieser zwei Ebenen hat sich als schlagkräftig und erfolgreich erwiesen und sie befördert den fachlichen Austausch.

Das soziale Angebot des Vereins wird inzwischen ausschließlich ehrenamtlich organisiert, da alle öffentlichen Fördermittel gestrichen und ABM-Förderung abgeschafft wurde. Beraten wird im Tacheles allerdings immer noch jede und jeder, auch diejenigen, die sich die Beratungsgebühr von fünf Euro gerade nicht leisten können.

Überregional bekannt ist vor allem die Internetseite des Vereins. Sie ging 2001 online und entwickelte sich schnell zur Informationsplattform zum Thema Sozialhilfe, später Hartz IV. 2009 verzeichnet das Internetangebot von Tacheles monatlich ca. 8 Mio. Besucher. Inzwischen enthält es Datenbanken für Beratungs- und Anwaltsadressen, Sozialrechtssprechung sowie Richtlinien der Sozialverwaltung und wird von Betroffenen, professionellen Rechtsanwendern und sogar ARGE-MitarbeiterInnen genutzt. Im angeschlossenen Internetforum erhalten hunderte Ratsuchende täglich Unterstützung bei der Lösung von Problemen mit Sozialbehörden.

Die kommunalpolitische Praxis der „Erwerbsloseninitiative" Tacheles fokussiert die Zustände auf dem Amt. Dabei konnten durch offensive Ämterbegleitung und Selbstorganisierung dieses Jahr viele neue MitstreiterInnen gewonnen werden. Die erste „Zahltagaktion" in Wuppertal hat eine rege Debatte über die Arbeitsweise und Umgangsformen der ARGE sowie die schlechte Rechtsposition der Betroffenen entfacht. Einfache Alltagsforderungen, wie schnellere Antragsbearbeitung, Erreichbarkeit der SachbearbeiterInnen oder unbürokratische Eingangsbestätigungen kamen sehr gut an bei den Betroffenen und Passanten. Die Präsenz in den ARGEn wollen wir deshalb ausbauen – durch weitere Zahltage, eine unabhängige „Kunden"-Zufriedenheitsumfrage im Amt und den Ausbau der solidarischen Ämterbegleitung.

Frank Jäger

Tacheles e.V.,
Rudolfstraße 125, 42285 Wuppertal
Offene Beratung: Di. & Do. ab 8:30 Uhr, Telefonberatung: Do 14-17 Uhr (0202-318441)
www.tacheles-sozialhilfe.de

Keine Arbeit ohne Lohn!



Keine Arbeit ohne Lohn – Praktistreik 09

Auf dem Potsdamer Platz in Berlin stehen rund 200 Menschen mit Pappschildern. Auf einem Transparent ist mit schwarz-roter Farbe *„Praktistreik 09"* geschrieben, manche TeilnehmerInnen haben weiße Masken auf, andere halten Plakate in die Höhe mit Aufschriften wie *„Null-Euro-Jobber"* oder *„Wer arbeitet, darf auch streiken"*. Praktikanten der Tageszeitung taz haben die Idee gehabt, einen PraktikantInnenstreik zu organisieren.
Also suchten sie sich Kooperationspartner, wie ver.di, GEW, DGB-Jugend, taz und fairwork e.V. und legten los. Sie haben Spiele vorbereitet, die die Situation der Praktikanten verdeutlichen sollen, zum Beispiel ein großes, auf den Boden gemaltes „Himmel und Hölle"-Spielfeld. Dort sind die Stationen aufgezeichnet, die PraktikantInnen zu überstehen haben: Uni, Ausbildung, Hartz IV, Praktikum, Volontariat, Jobben, befristeter Vertrag. Am Ende kommt das Feld „Festanstellung", aber für viele ist diese fast unerreichbar weit entfernt. Die Organisatoren halten ihre Reden zum Thema Praktika und die Forderungen werden verlesen:

- Vollzeitarbeitsplätze dürfen nicht durch Praktika ersetzt werden
- Hochschulabsolventen müssen eine faire Praktikumsvergütung erhalten (600 Euro/Monat)
- Gerechte Arbeitsbedingungen für alle Praktikanten, das heißt: schriftlicher Vertrag, Lernverhältnis, geregelte Arbeitszeiten, keine Überstunden, Urlaubsanspruch
- Begrenzung der Praktikumsdauer auf maximal sechs Monate.

Doch wie kann man diese Forderungen erkämpfen? Die Strategie der Organisatoren ist es, öffentlichen Druck aufzubauen. Sie schlagen vor, in Zukunft keine Praktika mehr zu machen und wenn das nicht geht, beim Chef Lohn einzufordern. Das Problem ist, dass PraktikantInnen mit der Absolvierung des Praktikums eine Leistung zu erbringen haben, ohne deren Nachweis sie ihr Studium bzw. ihre Ausbildung nicht abschließen können.
Wichtig wäre es, gemeinsam mit den Festangestellten und den befristetet Beschäftigten etwas zu verändern. Beispielsweise wie es im Tarifvertragsentwurf der FAU im Kino Babylon gefordert wird, dass Praktikanten ein Drittel des Lohnes der niedrigsten Lohngruppe erhalten sollen, und dass sie nur mit einem Ausbildungsplan beschäftigt werden können.
Wenn sie aber alleine streiken, stört das niemanden, sie würden umgehend durch neue PraktikantInnen ersetzt werden.
Im Kino Babylon wird am 12. November der Film „Résiste! Aufstand der Praktikanten" Premiere haben. Der Film handelt von einer jungen Französin, die nach Berlin kommt, um den Generalstreik der Praktikanten zu organisieren.
Allerdings sollte der Verleih diesen Film nicht in einem Kino zeigen, in dem die Angestellten von ihrem Chef wie der letzte Dreck behandelt werden und in dem ausländische Praktikanten in sechs Monaten selbständig Filmfestivals organisieren und sich dafür hauptsächlich durch Stipendien finanzieren müssen.
Wer mehr über den Streik erfahren möchte, der kann sich unter praktistreik09.blogsport.de informieren.

Willi Kufalt


Foto: Doris Benjack

Praktistreik am 09.10.2009 auf dem Potsdamer Platz in Berlin

Ziel: Hartz-IV-Sanktionen aussetzen

Viele Sanktionen sind willkürlich und rechtswidrig und bei Widerspruch oder Klage nicht haltbar

Seit Anfang August macht ein breites Bündnis aus Politik, Wissenschaft und Erwerbslosenbewegung auf sich aufmerksam. Das Bündnis ruft dazu auf, Sanktionen gegen Hartz IV-BezieherInnen auszusetzen. Der § 31 SGB II sieht bei Meldeversäumnissen und Pflichtverstößen der Betroffenen stufenweise Kürzungen des Regelsatzes bis hin zur kompletten Streichung der Leistungen vor.

Tacheles e.V., diverse HochschulprofessorInnen, Abgeordnete von Grünen, Linkspartei und Erwerbslosen-AGs kritisieren die oft mangelhafte Beratungspraxis in den Jobcentern. Diese entstehe durch Personalmangel, unzureichende Rechtskenntnisse und geringe Beratungskompetenz bei den SachbearbeiterInnen. Viele Sanktionen würden willkürlich und rechtswidrig verhängt und seien bei Widerspruch oder Klage nicht haltbar. Ein Widerspruch hat jedoch keine aufschiebende Wirkung, der oder die Betroffene erleidet die Strafe trotzdem. Ob Sanktionen gegen die LeistungsbezieherInnen unter bestimmten Voraussetzungen in Ordnung oder grundsätzlich abzulehnen seien, darüber konnten sich die sozialpolitisch unterschiedlich motivierten AutorInnen nicht einigen. Einigkeit herrschte dahingehend, dass die Sanktionspraxis angesichts der Zustände in den Jobcentern sofort einzustellen sei. Für die Zukunft schlagen sie unter anderem vor, die aufschiebende Wirkung bei Widersprüchen einzuführen.

Das Bündnis hat bislang breite Zustimmung erhalten, sowohl von der Presse als auch von über 12.000 Einzelpersonen und Organisationen, die bis jetzt unterzeichnet haben. Weitere Informationen unter www.sanktionsmoratorium.de

FAU Frankfurt, CB



BRD: Kik bespitzelt Belegschaft

Vor einiger Zeit berichteten wir bereits über die im Mai 2009 bekannt gewordenen Vorwürfe gegen den Textil-Discounter Kik. Dieser habe seine MitarbeiterInnen systematisch ausspioniert und z.B. auf deren Kreditwürdigkeit prüfen lassen. Nach neuen Informationen von Ende September, soll Kik über die Auskunftei Creditreform in mindestens 49.000 Fällen Bonitätsauskünfte über MitarbeiterInnen angefordert haben. Selbst BewerberInnen wurden anscheinend auf diese Weise auf ihre finanzielle Situation hin durchleuchtet.

EU: Mobilmachung gegen den „Inneren Feind"

Noch im Dezember plant die EU die Verabschiedung des sogenannten „Stockholm-Programms". Ziel des Programms ist der Versuch einer Vereinheitlichung von „Sicherheitsstrategien" auf europäischer Ebene. Die geplanten Maßnahmen lesen sich wie ein staatlicher Horrorkatalog, mit dem die EU-Regierungen sich gegen die Krise, die Armutsmigration und den inneren Feind aufzurüsten gedenken. Geplant sind u.a. ein zentrales Bevölkerungsregister, grenzüberschreitende Onlinedurchsuchungen, mehr Kontrolle des Internets, eine verbesserte Satellitenüberwachung, computergestützte Risikoanalysen, gemeinsame Abschiebeflugzeuge und -flüge, neue Flüchtlingslager in Drittstaaten, der Einsatz des Militärs zur Migrationsabwehr, polizeiliche Interventionen auch außerhalb der EU, der Aufbau einer europäischen Gendarmerietruppe und mehr Zusammenarbeit der In- und Auslandsgeheimdienste. Geht es nach dem Willen der EU-Regierungen, fallen die Grenzen zwischen Polizei, Militär und Geheimdiensten künftig europaweit weg. Im Rahmen der neuen „Strategie der inneren Sicherheit" sollen alle drei in einem Rahmen zusammenarbeiten, der sich am berüchtigten US-Modell einer „Homeland Security" orientiert und Bedrohungen voraussehen, ihnen zuvorkommen und sie abwenden will.

Dänemark: Mit Sondergesetzen gegen Gipfel-GegnerInnen

Wie die neue „Strategie der inneren Sicherheit" im Detail aussehen könnte, für die sich die EU derzeit rüstet, kann man am Beispiel Dänemarks erahnen. In Kopenhagen wird im Dezember der UN-Klimagipfel stattfinden, auf dem jene Regierungen, die die Verschmutzung des Planeten zu verantworten haben, Maßnahmen verkünden wollen, mit denen sie uns für das Wegräumen des Drecks erneut zur Kasse bitten. Anlässlich dieses Gipfels sind Dutzende von Protestaktionen angekündigt. Die dänische Regierung ist fest entschlossen, diese Proteste zu behindern und hat dazu eine ganze Reihe von Verfügungen erlassen, die das Demonstrationsrecht aushebeln. So drohen 40 Tage Haft ohne Bewährung für Straßenblockaden. Alleine der Verdacht, man plane eine Ordnungswidrigkeit, kann mit einer zwölfstündigen präventiven Schutzhaft geahndet werden. Wer sich auf Aufforderung der Polizei nicht umgehend entfernt, soll bis zu 700 Euro Strafe zahlen. Mitglieder des dänischen Rechtsanwaltsverbandes gehen darüber hinaus davon aus, dass diese „Sonderrechte" für die Behörden nach dem Gipfel zum Dauerzustand werden.

Fortsetzung von Seite 1 „Hauptsache billig!"

mie verwahrten, sprach der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) von „staatlichem Lohndiktat". Mittlerweile sitzen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter der kirchlichen wie nichtkirchlichen Pflegeanbieter in einer achtköpfigen Kommission zusammen, um über verbindliche Lohnuntergrenzen zu verhandeln. Der Bundesrat hatte im Februar u.a. die Aufnahme der Pflegebranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beschlossen und damit die Voraussetzungen zur Einführung eines Mindestlohns geschaffen.

Dumping

Dass Beschäftigte in der Altenpflege und in der ambulanten Krankenpflege mit Dumpinglöhnen abgespeist werden, ist längst zur Regel geworden. Nach Untersuchungen des Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) arbeitet etwa jede dritte Pflegekraft für sittenwidrige Löhne. So zahlen private Anbieter ambulant tätigen Pflegekräften in Mecklenburg-Vorpommern Stundenlöhne von lediglich vier Euro. In Westdeutschland und Berlin lägen die Sätze bei 5,50 bis 6,50 Euro. Die Wohlfahrtsverbände und kommunalen Anbieter verweisen auf den Wettbewerbsdruck, der sie dazu zwinge. Doch die vermeintlichen Hirten entpuppen sich selbst als schwarze Schafe. Ausgerechnet unter Federführung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) hatten Deutsches Rotes Kreuz, Volkssolidarität, Arbeitersamariterbund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) die Aufnahme ins Entsendegesetz beantragt – sekundiert von ver. di. Die AWO fordert statt der 7,50 Euro des DGB sogar einen Mindestlohn um die 10 Euro.

Die Scheinheiligen

Was anmutet wie das Spiel „guter Boss – böser Boss", ist verlogen. Alle Verbände profitieren von unentlohnter oder geringfügig bezahlter Arbeit und Zwangsdiensten, von Leiharbeit, Praktika, „Ehrenamt", Zivildienst, Ein-Euro-Jobs, Straffälligen, die ihre Sozialstunden ableisten müssen. Total „sozial" hatten sich Spitzenvertreter von AWO, DRK, Diakonischem Werk (DW) sowie Städte- und Gemeindebund noch im Mai 2006 für weitere Einschnitte beim Hartz-IV-Bezug stark gemacht. Zwei Monate zuvor hatte DW-Präsident Jürgen Gohde der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung erklärt, wie die Kirchlichen dem grassierenden Nachwuchsmangel in der Altenpflege begegnen wollen: „Ich hielte es für eine große Chance, wenn hier zusätzliche Leistungen im Rahmen von Hartz IV unterstützt werden." Sämtliche Wohlfahrtsverbände haben sich nicht zuletzt durch Tarifflucht einen zweifelhaften Ruf erworben. Etwa die AWO in Sachsen, die Ende 2006 einen Tarifvertrag mit ver.di kündigte, um kurz darauf einen neuen mit der gelben christlichen Gewerkschaft „Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband" (DHV) abzuschließen.

Die Crux der Mindestlöhne

Zu befürchten ist, dass der Mindestlohn künftig zum Maßstab der Kostenübernahme durch die Kranken- und Pflegekassen wird. Das Niveau der derzeit noch besser zahlenden Verbände wäre dann auch nicht mehr zu halten. Der Mindestlohn würde keinen Schutzwall gegen den Unterbietungswettbewerb darstellen, sondern zum Regellohn verkommen und hätte sich damit ins Gegenteil verkehrt: zum Mittel der Lohnabsenkung.

Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 wurde die Zulassungsvoraussetzung für Pflegeheime längst erweitert: Pflegekräfte müssen künftig nach den ortsüblichen Vergütungen entlohnt werden. Dies ist auch Voraussetzung für die Aufrechterhaltung ihrer Zulassung.

Deshalb wäre es vielmehr an der Zeit, den Fachkräftemangel in der Pflege zu nutzen, sich zu organisieren und den Preis und die Arbeitsbedingungen im Kampf zu verhandeln. Das hätte Auswirkungen auf die gesamte Pflegebranche. Die Mindestlohn-Debatte ist dagegen eine Schein-Debatte.

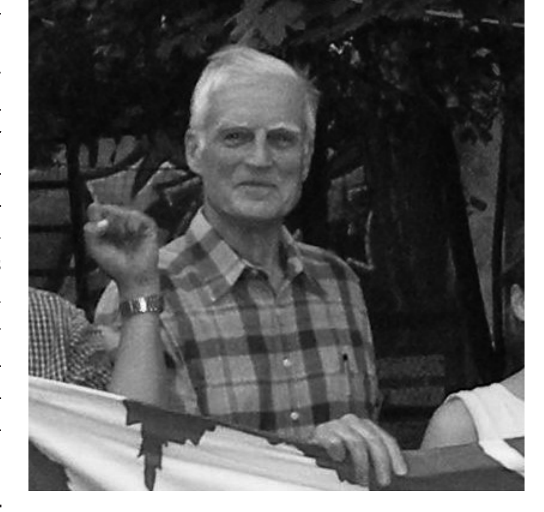
Nandor Pouget (GGB Hannover)

Immer in Übereinstimmung von Ziel und Mitteln

Nachruf auf einen Freund und Genossen

Am 7. Oktober 2009 verstarb im Alter von 70 Jahren unser Freund und Genosse Jörg Schulz-Trieglaff.

Kennen und schätzen gelernt hatte ich Jörg bereits vor etwa acht Jahren – typischerweise für ihn während einer anti-militaristischen Kundgebung. Er kaufte eine Ausgabe der „Direkten Aktion", um mich daraufhin im Gespräch mit fundierten Kenntnissen über die Geschichte der anarchosyndikalistischen Bewegung zu überraschen. Ein Satz ist mir davon bis heute im Gedächtnis geblieben: „Auch in Deutschland müsste es eine Alternative zum DGB geben, eine starke anarchosyndikalistische Bewegung, wie sie sich in Spanien entwickelte." Unsere Wege sollten sich in den folgenden Jahren bei ähnlichen Gelegenheiten noch viele Male kreuzen.



Überlegt und klar

Jörg verstand sich als gewaltfreier Mensch, war ein Verfechter von Aktionen des zivilen Ungehorsams. Einst selbst Bundeswehroffizier, Historiker und Wehrgeschichtslehrer, begann er, sich friedenspolitisch zu engagieren. 1983 wurde er Mitbegründer und einer der Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal, nach eigener Beschreibung „eine Vereinigung von Soldatinnen und Soldaten, die sich für eine Abrüstung und für ein friedliches Zusammenleben der Menschen, gegen verfassungs- und völkerrechtswidrige Kriegseinsätze der Bundeswehr und gegen interne Missstände (neofaschistische Tendenzen, Schikanen durch Vorgesetzte) einsetzen." Jörg brach mit dem Militarismus und hat seinen Weg im friedenspolitischen Bereich konsequent fortgesetzt. Neben vielen Initiativen gehörte er auch der Graswurzelgruppe Hannover an.

Jörg war ein durch und durch engagierter Mensch. Er war jemand, der sich einmischte, für den gesellschaftspolitisches Engagement fester Bestandteil eigener Lebensplanung zu sein schien – vor allem im friedenspolitischen Bereich und in der Dritten-Welt-Solidarität. Als aufmerksamer Beobachter seiner Zeit kam er in Diskussionen mit seiner überlegten, einfühlsamen und von verblüffender Klarheit geprägten Art immer punktgenau auf den Kern des Problems. Jörg fand es wichtig, präsent zu sein, das Feld nicht dogmatischen VerfechterInnen einer „reinen Lehre" zu überlassen. Er ergriff Partei, in unzähligen Veranstaltungen und Zusammenkünften. Er schrieb Leserbriefe, regelmäßig an die Tageszeitung „junge Welt", wandte sich mit Offenen Briefen und Protestschreiben an PolitikerInnen. Jörg war ein wahrer Freigeist, ein vielseitig interessierter und anregender Mensch. Solidarität war für ihn keine Phrase – er lebte sie, ohne Aufhebens davon zu machen, großzügig und zugleich sehr bescheiden.

Sinnvoll engagieren

Jörg war es ein Anliegen, „die FAU zu unterstützen". Ganz praktisch, auch wenn oder gerade weil er Rentner war. Er beteiligte sich an zahlreichen gewerkschaftlichen Aktionen, darunter zur Unterstützung der Beschäftigten der Buchhandelskette Weiland 2005, der von PLUS in Spanien gekündigten CNT-Genossin Fatima sowie der FAU-Genossen während des Streiks im Öffentlichen Dienst 2006, am Protest zur Jahreshauptversammlung des Klinikum Wahrendorff 2007 und alljährlich zum 1. Mai. Der FAU Hannover war er im Januar 2005 beigetreten. In den letzten eineinhalb Jahren konnte er nur noch sporadisch an den Treffen teilnehmen – gesundheitliche Probleme zwangen ihn dazu. Dennoch hielt er regelmäßig telefonischen und brieflichen Kontakt, nahm Anteil an den Entwicklungen und dem Wirken der Lokalföderation.

In einem Leserbrief an die „junge Welt" vom August 2007 beschrieb Jörg treffend, wonach er lebte: „Das Konzept, ein sozialistisches Gesellschaftsmodell in einem begrenzten Gebiet durchzusetzen und es militärisch abzusichern, muss scheitern. [...] Der Widerspruch zwischen dem edlen Ziel und seiner gewaltsamen Realisierung ist einfach zu groß und macht es wenig überzeugend und glaubwürdig. Wir wissen zwar, dass sich die Oligarchen des Kapitals nicht überstimmen lassen, sich auch guten Argumenten kaum beugen werden und zudem eine zahlreiche Anhängerschaft aufbieten können. Doch es bleibt Aufgabe, die alternative Gesellschaft in mühsamer politischer Arbeit, in Übereinstimmung von Ziel und Mitteln, ohne Zwang und Terror einzuführen. Sich auf diese Weise zu engagieren ist sinnvoller, als immer wieder Entschuldigungen und Ausreden für die Fehler der Vergangenheit zu suchen."

Heiko Grau-Maiwald (FAU Hannover)

Ein Herold des Anarchismus geht ins Land der Stille

Leben und Wirken des Horst Stowasser

Das tragische Ableben unseres Freundes und Genossen Horst Stowasser (58) am letzten Augustsonntag 2009 hat uns ein weiteres Mal gezeigt, wie abrupt ein Mensch aus seinem Lebenstraum, seinem Planen und Tun gerissen werden kann. Wir werden uns wohl in den kommenden Jahren an solche Meldungen gewöhnen müssen. Denn von der fast reinen SchülerInnen-/Lehrlings- und StudentInnenbewegung der 1960er Jahre hat sich die Bewegung hin zu einem „normalen" Altersquerschnitt bewegt.

Horst, keine sechs Jahre nach dem zweiten Weltkrieg in Wilhelmshaven geboren, hat seine politische Aktivierung in Argentinien erfahren, wo er zeitweise aufwuchs. Dort hatte er erste Kontakte zu AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen. In jugendlicher Emphase machte Horst sich auf den Weg nach Bolivien, um sich dort seinem Idol Che anzuschließen. Unterwegs wurde er verhaftet und misshandelt – das rettete ihm vermutlich das Leben. Von seinem alten Idol mag Horst lediglich eine Marotte zurückbehalten haben: seine für manchen schwer erträglichen Zigarillos.

Zurück im alten postfaschistischen BRD-Deutschland unter (West)Aliierten-Recht, engagierte er sich in der jungen anarchistischen Bewegung und kam in Kontakt mit spanischen „Gastarbeitern", in deren klandestiner CNT-Zelle er mitarbeitete. Schon damals gestaltete der talentierte Cartoonist und Layouter Flugblätter und Zeitschriften wie „impulso". In dieser computerlosen Zeit war das eine hochspezialisierte und gefragte Fähigkeit.

Horsts Bruder Klaus gründete eine Druckerei, die zur kostengünstigen Basis des gemeinsamen „an-archia Verlag Wetzlar" wurde. Durch Annahme von Aufträgen konnte Geld verdient und gleichzeitig konnten professionelle Druckwerke für die Bewegung erstellt werden. Das war sehr nötig, denn bürgerliche Druckereien lehnten linke Druckaufträge häufig ab.

Ich sehe Horst noch vor mir, wie er auf der Fankfurter Buchmesse von Stand zu Stand geht und als Setzer seinen Komplettservice anbietet – überall herzlich empfangen von den GenossInnen. Natürlich besorgte er auch, wo er konnte, Arbeit von bürgerlichen Verlagen. Die damals von Horst layoutete und herausgegebene *„Freie Presse"* mit ihrem Vierfarbumschlag, Format DIN A4, würde selbst heute in der anarchistischen Presselandschaft keine schlechte Figur machen.

Mit seinem Bruder Klaus gründete Horst in Wetzlar 1971 das ADZ, das *„Anarchistische Dokumentationszentrum"*, das später in „Das ANARCHIV" umbenannt wurde. Hier flossen einige Papier-Erbschaften von überlebenden AltanarchistInnen ein, von denen Horst allerdings manche vom Sperrmüll auflesen musste. Dem hatten liebe Anverwandte die unter Lebensgefahr geretteten Bücher und Dokumente „anvertraut" (eine Mahnung für alle, die seltene oder gar unwiederbringliche Materialien besitzen!!!). Im Organ des ADZ, *„Schwarze Tinte"* rief Horst dazu auf, Dokumente und Druckerzeugnisse der libertären Bewegung dem ADZ zur Verfügung zu stellen. Selbst sammelte er bei jeder sich bietenden Gelegenheit neu erschienene Bücher und Broschüren zum Thema. Hierfür griff er auch in den privaten Geldbeutel, um den Bestand des ADZ zu erhöhen, für das er ja auch jahrzehntelang die laufenden Kosten aufbrachte. Über die FICEDL war das ADZ in einem internationalen Verbund libertärer Archive organisiert. Horst betrachtete das ADZ / ARCHIV als sein „Lebenswerk". Mittlerweile ist es im wesentlichen in die Obhut des *„Max Nettlau e.V."* in Neustadt a.d. Weinstraße übergegangen und sollte im *Eilhardshof* eine neue Heimat finden.

Ob es nun an Horst und Klaus lag oder besonders glückliche Umstände an dem Ort zusammenkamen, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls entwickelte sich Wetzlar zu einem Schwerpunkt der „Anarchobewegung", denn neben dem ADZ gab es dort noch Buchhandlung und Verlag „impuls" und den Verlag „Büchse der Pandora", die beide eine wichtige und qualitativ hochwertige Publikationstätigkeit für die wachsende anarchistische Bewegung entfalteten.

In Wetzlar legte sich Horst auch mit dem Militär an. Er demonstrierte vor der dortigen Bundeswehr-Kaserne u.a. mit dem Tucholsky-Zitat *„Soldaten sind Mörder"*. Dies zog eine lange Reihe von juristischen Scherereien nach sich und brachte ihn sogar in den Knast.

Horst, mit einer schönen spanischen Anarchistin liiert und auch so der alten CNT verbunden, hatte mit ihr einen Sohn und führte ein offenes Haus. Gäste aus Nah und Fern fanden sich bei Familie Stowasser ein, fast immer das ADZ um den einen oder anderen Bestand ergänzend oder teils eine Weile in ihm archivarisch arbeitend. Die Wohnung atmete Geschichte, war sie doch mit Portraits vieler namhafter AnarchistInnen, gerahmten Faksimiles, seltenen alten Büchern und Zeitungen und über dem Sofa mit ein paar alten Schießprügeln und Säbeln dekoriert. Bei pazifistisch orientierten GenossInnen führte Letzteres häufig zu Irritation und aufgeregten Diskussionen, gerade in Folge des „Deutschen Herbst", die Horst aber freundlich und nonchalant konterte.

Sport spielte für den aufgrund seiner auskurierten Kinderlähmung körperbehinderten Horst (er hinkte stark) immer eine große Rolle. Über seiner Badewanne hingen reihenweise Urkunden von gewonnenen Schwimmwettbewerben und ein lebenslanger Faible war für Horst das Segeln. Sah mensch Horst nicht gehen, saß einem ein gutaussehender blondlockiger Mann gegenüber, der einen sportlichlebendigen und hellwachen Eindruck machte. Überhaupt war er dem Leben sehr zugewandt und machte nie einen, in „der Szene" leider so oft anzutreffenden, verkniffenen Eindruck. Er liebte die Liebe, ein guter Rotwein ging ihm über alles und seine exzellenten Kochkünste beeindruckten manchen Gast.

In den letzten Lebensjahren machte Horst die alte Krankheit wieder zu schaffen. Letztendlich führte eine genähte Kopfverletzung von einem behinderungsbedingten Sturz zu Hause zur tödlichen Blutvergiftung.

Aus den vielen Kontakten und Gesprächen mit AnarchistInnen aller Couleur und der unbefriedigenden politischen Praxis sich ständig auflösender Gruppen kristallisierte sich für Horst die Notwendigkeit eines konkreten anarchistischen Projektansatzes heraus. Hierzu schrieb er bis Mitte der 1980er Jahre ein Konzept, das *„Projekt A"*, das in einer Anfangsauflage von 1.000 numerierten Exemplaren durch persönliche Übergabe verteilt und dann diskutiert wurde.

Das Konzept war kurz gefasst die Idee, mit mindestens 200 Leuten in eine Kleinstadt zusammen zu ziehen und dort eine interaktionsfähige und handlungsstarke AnarchistInnengemeinde zu bilden, statt – wie bis heute – atomisiert und vereinzelt irgendwo zu hausen, frustriert zu sein und wenig erreichen zu können. Es sollte eine sich gegenseitig stützende, anarchistische Infrastruktur entstehen und ein für alle Beteiligten befriedigendes Privatleben in einer echten libertären Gemeinschaft. Gleichzeitig sollte der ansässigen Bevölkerung dadurch beiläufig gezeigt werden, dass AnarchistInnen „ganz normale Menschen" sind.

Worum es eben NICHT ging, war „eine Kleinstadt zu unterwandern" und sie als „Anarchosekte" zu „übernehmen". Auch NichtanarchistInnen, wenn sie denn die Strukturen gut fanden, sollten in der A-Community Aufnahme finden. Horsts damals für orthodoxe Linke provozierendes Ideal war, die *Direkte Aktion* direkt neben der BILD zu platzieren und zu verkaufen.

Es kam alles ganz anders: statt 200 Leuten zogen ein paar Jahre später, 1989, nach einem Hals-über-Kopf einberufenen *„Sekt-Treffen"* (Horst war immer sehr kreativ in plakativen Namensfindungen), nur etwa 20 Leute nach Alsfeld in Hessen und das auch noch völlig unkoordiniert. Ein paar wenige Häuser wurden überstürzt aus Privatvermögen gekauft und losgelegt: erstmal mit Renovieren und Jobs finden. Nach und nach zogen ein paar Leute hinterher, auch Horst mit Freundin Uli. Aber es blieb weit entfernt von 100, geschweige denn 200 Personen als kritischer Startmasse. Hinzu kam noch die unglückliche Mischung dieser anfangsbegeisterten Willigen. Ein nicht zu unterschätzendes Problem war auch unmäßiger Alk- und Drogenkonsum einiger.

Horst zog sich schließlich frustriert von fast allen zurück und als schließlich klar war, dass das Ganze in einem großen Kladderadatsch enden würde, verließen schon die ersten ProtagonistInnen wieder Alsfeld.

Zum Glück für Horst und das Projekt A gab es (neben Leer in Ostfriesland) noch die Option Neustadt a.d. Weinstraße, wo schon eine vitale Alternativszene existierte.

Mit großer Freude und Optimismus wurden die Neuangekommenen in Neustadt begrüßt und es begann eine jahrelange Phase gegenseitiger Befruchtung und allgemeinen Aufschwungs. Das libertäre, ökologisch orientierte Kleinstadtprojekt W.E.S.P.E. (*Werk Selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen*) wurde geboren, das, sowohl von außen, als auch von Horst selbst, oft mit dem *„Projekt A"* verwechselt wurde. In Wirklichkeit war es eine alternative Mischform, in der eine ganze Reihe Leute Distanz zum ursprünglichen „Projekt A" wahrten. Neben bestehenden Kollektiven wurden neue Betriebe gegründet und mitten in der Stadt (ausgerechnet hinter der Polizeiwache) für 1,5 Millionen DM kollektiv ein größerer Gebäudekomplex erworben, der unter dem Namen *„Ökohof"* gemeinsam saniert und Drehscheibe für alle Beteiligten wurde.

Ein Zusammenhang war geboren, der zeitweise über 100 Menschen und mehr als ein Dutzend Betriebe umfasste und in der Stadt und Umgebung von sich reden machte. Leider nahmen auch innere Spannungen zu. Anlässlich eines geplanten großen WESPE-Festes auf der 1848er Burg Hambach kam es anhand eines Vergewaltigungsvorwurfs gegen einen Bandmusiker zum Eklat. Der Konflikt spitzte sich daran zu, ob die Band ausgeladen werden sollte oder nicht. Daran zerbrach die WESPE vorläufig. Gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten und Verpflichtungen und einige persönliche Freundschaften hielten allerdings den brüchigen Verein administrativ zusammen.

Nach diesem erneuten Desaster zog sich Horst rund zehn Jahre aus Politik und Szene weitgehend zurück. Er schrieb an seinen Büchern, widmete sich seiner Familie und verdiente Geld als erfolgreicher Werbeagenturinhaber, bis ihn weggebrochene Aufträge erneut in die Insolvenz zwangen. Begleitend schien auch Das ANARCHIV gefährdet, das Gefahr lief, in die Konkursmasse einzufließen. Schließlich konnte dies mit Hilfe von GenossInnen abgebogen werden.

Im Laufe der Jahre hatten sich die Gemüter in Neustadt wieder beruhigt, Leute waren weggezogen und nach einiger wirtschaftlicher Umstrukturierung (nicht nur Horst ging pleite) gab es wieder ein zunehmendes Zusammenwirken der Libertären vor Ort, zunächst auf informeller und dann auf aktiverer Ebene. Einige Betriebe hatten privat erfolgreich expandiert und standen auf solidem Fundament. Der Konkurs gab Horst auch wieder Zeit, neue Pläne zu schmieden. Hieraus entstand *„Projekt A – Phase B"*, wie Horst es griffig nannte: die Idee vom generationenübergreifenden Wohnen von Libertären und NichtanarchistInnen. Ein Objekt wurde ausfindig gemacht, der *Eilhardshof*, für dessen Finanzierung Horst wieder, wie zu Projekt-A-Zeiten, bundesweit die Werbetrommel rührte und dies mit professionellen Prospekten unterlegte – erfolgreich. Geld und Bürgschaften kamen unter dem Dach des *Mietshäuser Syndikats* zusammen – ironischerweise ein Folgeprojekt der von Horst lange ungeliebten HausbesetzerInnenszene der 1980er. Das Projekt Eilhardshof wurde, auch dank Horsts Promotion, derart erfolgreich aufgenommen, daß es vor kurzem bundesoffiziell mit einem Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet wurde.

Auch ein neuer anarchistischer Infoladen, der *„Tante Emma Laden"*, wurde Anfang 2009 in Neustadt gegründet. Patin stand Emma Goldmann. Hierbei wirkte Horst ebenso gestaltend mit wie bei der Gründung der FAU-NW.

Besonders erfolgreich war Horst mit mehreren Büchern als Autor. Sein Buch ANARCHIE! schaffte es 2007 kurzzeitig auf Platz Eins der deutschen Sachbuchbestenliste.

Verschiedene Publikationen Horsts erschienen zudem im Ausland. Besonders *„Projekt A"* hat auch viele FreundInnen in anderen Ländern gefunden. Es wird sich vermutlich erst in Jahrzehnten erschließen, welche Fern- und Breitenwirkung Horsts Arbeit gehabt hat. Aber schon jetzt lässt sich sagen, dass er viele Menschen bewegt und in Bewegung gebracht hat – Tausende. Dies kann, um an einen Chansontext von Léo Ferré anzuschließen, „einer von Tausend" schaffen, wenn ihm Esprit, Wille und Talent so mitgegeben sind, wie es bei Horst der Fall war. Wir vermissen ihn!

Ralf G. Landmesser

Buchtitel von Horst

Das Standardwerk „ANARCHIE!" bei *edition nautilus*

„Leben ohne Chef und Staat" im *Karin Kramer Verlag*: Ein ankedotenreiches, wunderbar flüssig geschriebenes Einführungsbuch in den Anarchismus, wie es selten anzutreffen ist.

„Was ist eigentlich Anarchie" im *Karin Kramer Verlag* Horsts meist gelesenes Buch seit 1973, das ungezählte Auflagen und Abwandlungen erlebte und zunächst als Kollektivarbeit deklariert wurde. Aber, wie er mir versicherte, musste es größtenteils von ihm fertiggestellt werden...

„Antiaging für die Anarchie" bei AV setzt Impulse in der Horst eigenen erfrischend-undogmatischen Art.

Einer von Horsts letzten Artikeln: *Diagnose: „Kapitalismus"* http://www.hintergrund.de/20081217327/wirtschaft/finanzwelt/diagnose-"kapitalismus".html

Links

www.eilhardshof.de
http://anarchismus.info/netz/user-Tanteemmaladen/

Einen Nachruf über Horst von seinen Neustädter FreundInnen und GenossInnen findet Ihr unter http://www.direkteaktion.org/196/ein-leben-ohne-chef-und-staat

Auf der Bahn

Über das vierte Treffen für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen

Ohne Simultanübersetzung ging wenig, denn die TeilnehmerInnen des „4. Treffen für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen" sprachen in insgesamt fünf Sprachen miteinander. Aus allen Richtungen waren sie angereist, um gemeinsam in Bellinzona Möglichkeiten des Widerstandes auszuloten.

Doch der Reihe nach: Anfang März 2008 verkündeten die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) die Schliessung des Ausbesserungswerkes „Officine" in Bellinzona im Tessin. Die 430 ArbeiterInnen traten sofort in einen unbefristeten Streik, gestandene AktivistInnen aus der Belegschaft bildeten ein Streikkomitee. Nach 31 Tagen Streik und Besetzung willigte die SBB ein, bis 2010 die Officine zu erhalten und keine Entlassungen durchzuführen – dieses Versprechen wurde zwischenzeitlich bis 2013 verlängert. Die Officine ist einer der wenigen Kämpfe der letzten Zeit, bei dem Betriebschliessung und Entlassungen kompromisslos verhindert werden konnten.

Das Streikkomitee wollte diese Erfahrung weiter geben und lud seitdem vierteljährlich zu Treffen ins Tessin. Auch der Doku-Film „Giù le Mani" von Danilo Gatti trug im weiteren In- und Ausland zur Verbreitung der Geschichte bei. Einen ersten praktischen Nutzen daraus zogen die kämpfenden ArbeiterInnen der INNSE in Mailand, die – von Parteien und Gewerkschaften ignoriert – aus dem Kampf der Officine viel Mut schöpften.

Am 12. September fand das vierte Treffen dieser Art statt. Vor allem der „revolutionäre Aufbau" und die Leute vom Streikkomitee hatten sich ins Zeug gelegt und viele ArbeiterInnen und UnterstützerInnen eingeladen.

Rund hundert Leute kamen schliesslich nach Bellinzona und wurden von Gianni Frizo, dem „Streikführer" der Officine, begrüsst. In der Begrüssungsrede betonte er die Wichtigkeit einer Antwort auf die Krise und zeigte dies an den aktuellen Massenentlassungen auf. Ein anderes Mitglied des Streikkomitees erklärte, dass er kürzlich an einem Streik-Seminar der grössten Gewerkschaft der Schweiz UNIA teilnehmen wollte, welches dann aufgrund mangelnder Anmeldungen gar nicht stattfand. In Anbetracht dessen, dass die Zentralgewerkschaften den Ernst der Lage verschlafen oder mitgestalten, war es umso hoffnungsvoller, dass unabhängige Strukturen ein derartiges Treffen zustande gebracht hatten.



Podiumsdiskussion mit Vertretern der SUD-Rail (Frankreich) und der FIOM (Italien)

Unmöglichkeiten und Möglichkeiten des Widerstandes

Die Eingeladenen stellten nach den ersten Einleitungen die Situation in ihren Betrieben und ihre Kämpfe vor. So erzählte ein Informatiker von Siemens Österreich, wie sein Betrieb von 3.500 Beschäftigten auf 2.200 – mit einem hohen Anteil an Leihkräften – heruntergefahren wurde. Aber auch der „Giù le mani"-Film wurde dort zweimal nach und einmal während der Arbeitszeit gezeigt.

Ein Arbeiter des Paketzusteller UPS berichtete von ihren über das „Netzwerk IT" organisierten Aktivitäten und über das effektive „union busting" dieser Firma. Aktivistinnen der während des Streiks in Bellinzona entstandenen Frauengruppe „Officine donne" erzählten, wie sie ein Theater über den Streik gemacht und aufgeführt haben.

Andere gingen mehr auf die allgemeine Situation ein: Die etappenweise Abwicklung der Krise über Leihkräfte und Kurzarbeit bei gleichzeitigem Herunterspielen jedes Widerstandes durch Medien und Zentralgewerkschaften wie zum Beispiel während des Hungerstreiks der VW-LeiharbeiterInnen in Hannover. Kurzfristig absagen musste ein S-Bahn-Arbeiter aus Berlin, weil dort gefährliche Wartungsmängel bei Achsen und Bremsen aufgetaucht waren.

Am Nachmittag teilten sich die Leute in Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen auf, darunter eine gut besuchte Diskussion zu prekären Arbeitsbedingungen von Frauen und eine zu Kündigungen von Gewerkschaftsaktivisten, denn in der Schweiz gibt es quasi keinen gesetzlichen Kündigungsschutz.

Kritisch anzumerken bleibt, dass die Diskussionen auffällig oft durch „Aufbau"-Leute oder Trotzkisten (an-)geleitet wurden und das die Leute das eine oder andere Mal mit viel zu langen, selbstdarstellerischen Reden gelangweilt werden konnten.

Das wichtigste Resultat dieser Treffen sind wohl die bislang hergestellten Ansätze von Vernetzung zwischen den AktivistInnen. Die TeilnehmerInnen nehmen viele Inputs mit nach Hause – mal sehen, was bis zum nächsten Mal daraus entstehen kann.

Christian Hadorn

Wann das nächste Treffen stattfindet, ist noch nicht bekannt, wahrscheinlich aber im Frühjahr 2010.
Für Interessierte wird die FAU Bern nach Absprache Schlafmöglichkeiten organisieren.
Kontakt: info@faubern.ch

Streik wegen Abwrackprämie

Bei VW Navarra wehrt sich die Belegschaft gegen uferlose Mehrarbeit

Die Umweltprämie hat die Nachfrage nach Kleinwagen erheblich gesteigert. Da passt der neue Polo von Volkswagen genau ins Konzept des Großkonzerns. Doch wie sieht es mit den Bedingungen aus, zu denen der neue Kleinwagen produziert wird?

Die fünfte Generation des Polo wird in den Werken Spanien, Südafrika sowie als modifizierte Version in Russland gefertigt. Die jeweiligen Fertigungen befinden sich im Anlauf. Mit Hochdruck wird an Qualität und Stückzahl gefeilt, um beides gleichermaßen zu steigern.

Im spanischen VW-Werk leisten die 4.400 Beschäftigten seit Anlaufbeginn Mehrarbeit in Form von Überstunden. Bis auf die Nachtschicht zum Sonntag laufen die Bänder rund um die Uhr.

Volkswagen hat für diese Überstunden schon 3 Mio. Euro bezahlt, ein Ende der Mehrarbeit ist nicht abzusehen. Liegt es nur an der starken Nachfrage, ist das Werk voll ausgelastet und produziert über seine Kapazitäten hinaus – oder wie erklärt sich dieser Mehrarbeits-Wahnsinn?

Ende September besuchte das obere VW-Management den Standort, um festzustellen, dass Qualitäts- und Ablaufprobleme den Produktionsprozess des Polo behindern. Diesen Zustand bemängeln die ArbeiterInnen schon lange bei der Geschäftsleitung des Werkes, die die Probleme allerdings bislang unter den Teppich kehrte. Ihre Lösung war und ist die Kompensation durch zusätzliche Arbeitsleistung der Belegschaft.

Volkswagen Navarra stellte zusätzliche 1500 LeiharbeiterInnen ein, die in Presswerk und Karosseriebau die Stückzahlen sichern sollen. Sowohl die von der Belegschaft geleisteten Überstunden als auch zusätzliche MitarbeiterInnen sorgen zwar halbwegs für das Erreichen der geplanten Stückzahl von 1200 Fahrzeugen pro Tag; dass der Prozessablauf im Ergebnis aber immer noch schlecht läuft, diagnostizierte selbst der hohe Besuch aus Wolfsburg. Er legte der Leitung nahe, weniger Polos zu bauen, um die Qualität in den Griff zu bekommen und auf teure Nacharbeit zu verzichten.

Die Produktionsprobleme im Karosseriebau sind so gravierend, dass es zeitweise zum Stillstand der Bänder kommt. Das hat Auswirkungen auf die gesamte Fabrik, so dass die Montagelinien am Ende der Fertigung vergeblich auf Karosserien warten. Die Produktionsausfälle sorgten bislang für einen Verlust von 9000 Fahrzeugen.

Eigentlich sind Probleme normal für einen neuen Fahrzeuganlauf. Da müssen Geometrien angepasst, Schweißprozesse optimiert und der ganze Fertigungsfluss nach und nach in Gang gebracht werden. Treten schwerwiegende Fehler auf, so steht die Produktion bis zu deren Behebung still. Das Werk Pamplona versucht hingegen mit aller Macht, fertige Produkte rechtzeitig auszuliefern. Und das zu Lasten der ArbeiterInnen.

Die basisdemokratische Gewerkschaft Confederación General del Trabajo (CGT) rief jeweils Ende September sowie Anfang Oktober zum Streik auf. Während die im Betrieb agierenden Mehrheitsgewerkschaften Comisiones Obreras (CCOO) und Union General del Trabajo (UGT) von Anfang an die Entscheidungen zur Mehrarbeit und Einstellung von zusätzlichen Leiharbeitskräften mit trugen, kritisiert die CGT, dass grundlegende Qualitätsmängel nicht durch mehr Arbeitskräfte zu beseitigen sind. Die ArbeiterInnen müssen in der Nacharbeit die Produktionsfehler beheben. Das ist keine Ursachenbekämpfung oder Vermeidung dieser Fehler. Der Werksleitung sowie den ihr wohlgesonnenen Gewerkschaften geht es einzig und allein um das Erreichen der Stückzahlen, koste es, was es wolle. Denn Nachfrage gibt es für den Polo dank der Umweltprämie zur Genüge.

Ausgebrannt

Neben der Forderung nach einer Rücknahme der Mehrarbeit erstattet die CGT auch regelmäßig Anzeige bei Arbeitsschutzbehörden. Doch statt einer Einstellung der Arbeitsbelastung werden, wenn überhaupt, die verhängten Strafen von der VW-Geschäftsleitung gezahlt.

Aufgrund dieser Zustände sieht sich die CGT zum Arbeitskampf verpflichtet, denn sie zweifelt nicht daran, dass ein Ende der Überstunden auch ein Ende des Leidens in der Fabrik bedeutet. Mit dem Ende der Mehrarbeit müsste das Unternehmen beginnen, die organisatorischen Probleme zu lösen.

Mit dem Streik am 26. September, der trotz Streikbrecher-Einsatz die Produktion um 25% drosselte, sowie dem nachfolgenden Streik am 03. Oktober drückte die Belegschaft ihren Unmut über diese Bedingungen aus und forderte ein Ende der Überstunden-Anhäufung sowie „die Krankheit anzugreifen, und nicht die Symptome zu lindern".

Es ist nicht das erste Mal, dass die CGT gegen Überstunden mobilisiert. Anfang dieses Jahres hatte die Betriebsgruppe der CGT eine Kampagne gegen Überstunden in die Öffentlichkeit getragen. AktivistInnen verteilten an den freiwilligen Arbeits-Samstagen zahlreiche Flugblätter in der Fabrik sowie vor den Werkstoren. Die Gewerkschaft veranstaltete zusammen mit der baskischen Gewerkschaft Languille Abertzale Bartzrdeak (LAB) Kundgebungen in Pamplona/ Iruña sowie eine Vollversammlung in der Fabrik.

Bezugnehmend auf die LeiharbeiterInnen lobt die Regierung von Navarra Volkswagen „für die neu geschaffenen Arbeitsplätze". Dass es sich dabei um prekäre Arbeitsverhältnisse handelt, bleibt unerwähnt. Darüber hinaus dürfte die Regierung mit ihrem standortpolitischen Blick nicht darüber erfreut sein, dass von den eingestellten Leiharbeitern ein Teil aus Deutschland kommt, was zumindest keine Arbeitsplätze in Pamplona schafft.

Die Arbeitsüberlastung der Belegschaft sowie der LeiharbeiterInnen im Volkswagenwerk ist nicht hinnehmbar. Die Basisgewerkschaft CGT wird deshalb weiterhin mit Arbeitskämpfen versuchen, die Bedingungen zu Gunsten der ArbeiterInnen am Standort Pamplona zu ändern.

Hagen Weber

Staatlicher Stromanbieter geschlossen

Mitte Oktober schloss die mexikanische Regierung per Dekret das für die Stromversorgung im Großraum Mexiko-Stadt verantwortliche Unternehmen Luz y Fuerza del Centro (LFC). Nach dem gewonnenen WM-Qualifikationsspiel gegen El Salvador wurde in Mexiko-Stadt noch in der Nacht auf den Straßen gefeiert, als Einheiten von Polizei und Militär die Gebäude des zweiten staatlichen Stromanbieters räumten. Im Dekret des amtierenden Präsidenten Felipe Calderón heißt es, dass Luz y Fuerza nicht wirtschaftlich gearbeitet und lediglich Verluste erwirtschaftet habe. Die Gewerkschaft der Mexikanischen ElektrizitätsarbeiterInnen (SME), die zu den kämpferischsten und durchsetzungsfähigsten im Lande gehört, hatte zuletzt immer wieder großen Druck auf die mexikanische Regierung ausüben können. Der SME gelang es, besonders gute Tarifverträge und soziale Privilegien für ihre Mitglieder auszuhandeln. Zudem ist die SME, die sich als Teil der linken Zivilgesellschaft versteht, auch für ihren führenden Diskurs in der Debatte um Privatisierungen im öffentlichen Sektor bekannt. So ist es also kein Wunder, dass sich unabhängige Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, indigene Gruppen, Studierende und sogar die Otra Campaña mit den 44.000 Arbeiterinnen und Arbeitern von LFC solidarisieren, die zum Großteil gewerkschaftlich organisiert sind. Bei einer ersten Massendemonstration protestierten noch im Oktober 150.000 bis 200.000 Menschen auf den Straßen von Mexiko-Stadt. Neben der Frage nach dem Verbleib der Angestellten muss nun auch geklärt werden, wie mit Pensionsansprüchen und Krankenversorgung verfahren wird. Für die SME ist jedoch bereits klar: „Die Intention der Regierung ist es, unsere Dienstleistungen nach und nach zu privatisieren", so Gewerkschaftsvorsitzender Martín Esparza gegenüber der Tageszeitung La Jornada. (JH)

„Der Kampf lohnt sich“

Interview mit Jarek Urbanski, Mitglied der Inicjatywa Pracownicza (IP)

In den letzten Ausgaben der DA haben wir mehrere der größeren (anarcho) syndikalistischen Gewerkschaften vorgestellt. Die polnische Basisgewerkschaft IP kann nicht wie die spanische CNT, die italienische USI, die schwedische SAC oder die IWW auf eine jahrzehntelange Geschichte verweisen. Trotzdem ist die sie in den letzten Jahren stark gewachsen, hat zahlreiche Arbeitskämpfe geführt und Verbesserungen für ihre Mitglieder erkämpft. Wir haben mit Jarek, der die Gewerkschaft mitgegründet hat, über die Arbeit der IP, ihre Kämpfe und Perspektiven gesprochen.

Die IP hat schon einiges erreicht, obwohl sie erst seit wenigen Jahren existiert. Wie kam es zu ihrer Gründung?

2001, im Jahr der globalen Wirtschaftskrise, kam es in Polen zu einem drastischen Anstieg der Erwerbslosenquote, die 2002 auf 20% anstieg. Es kam in ganz Polen zu einer Welle von Demonstrationen, die allerdings nicht von den Gewerkschaften initiiert wurden, sondern von verschiedenen anderen Gruppen und Initiativen. Bei den Protesten ging es unter anderem darum, eine Lockerung des Arbeitsrechts zu verhindern. Dabei fand sich auch eine kleine Gruppe von Leuten aus verschiedenen Teilen Polens zusammen, die sich als ArbeiterInneninitiative innerhalb der 1989 gegründeten Anarchistischen Föderation (Federacja Anarchistyczna – Inicjatywa Pracownicza, FA-IP) konstituierte und an der Organisation dieser Demonstrationen beteiligte. Eine Gewerkschaft war die ArbeiterInneninitiative zu dieser Zeit noch nicht, das war anfänglich auch gar nicht unbedingt die Absicht gewesen. Die Initiative zu einer Gewerkschaftsgründung kam erst 2004 und ging von ArbeiterInnen aus den Motoren- und Maschinenbauwerken H.Cegielski in Poznan aus. Dort hatten Mitglieder der damaligen IP die ArbeiterInnen schon seit längerem in ihren Protesten gegen Massenentlassungen unterstützt. So kam es zur Gründung der IP unter der Bezeichnung Gesamtpolnische Gewerkschaft ArbeiterInneninitiative (Ogólnopolski Zwiazek Zawodowy Inicjatywa Pracownicza, OZZIP).

Wie viele Mitglieder habt ihr denn aktuell?

Es sind jetzt ca. 850 in ganz Polen. Es gibt aber auch viele informelle Mitglieder und SympathisantInnen, die sich an Aktionen beteiligen, aber nicht offizielle Mitglieder sind. Neue Leute kommen oft stoßweise in Krisenzeiten.

Und was für Leute organisieren sich in der IP?

Das sind ArbeiterInnen aus den verschiedensten Branchen: MetallarbeiterInnen, wie die Leute aus dem Cegielski-Werk, aber auch KrankenpflegerInnen, oder Menschen, die in den riesigen Supermärkten arbeiten, die hier überall aus dem Boden gestampft werden. Wir haben auch gerade einen Konflikt in der Holzindustrie, in einem Werk, das Fußbodenbeläge herstellt. Dort arbeiten nur Frauen, die härteste Arbeit verrichten, und das ohne den geringsten Arbeitsschutz. Da muss man um die grundlegendsten Dinge kämpfen.

In Polen wird derzeit aber auch um Lohnerhöhungen gekämpft. Wie würdest du die Tendenz eurer aktuellen Kämpfe beschreiben?

Gekämpft wird manchmal um ganz schlichte Dinge, beispielsweise die Einhaltung des Arbeitsschutzes, wie in der Bodenbelagsfabrik, andererseits aber auch um Lohnerhöhungen und Lohnanpassungen an die signifikant steigenden Lebenshaltungskosten. Bei Cegielski zum Beispiel konnten nach harten Verhandlungen und einer Welle wilder Streiks Lohnerhöhungen in Höhe von 700 Zloty (rund 170 Euro) durchgesetzt werden. Diese Kämpfe sind von der Tendenz her offensiv. Es gibt aber auch defensive Kämpfe gegen Entlassungen oder gar Werksschließungen, wie z. B. 2003 in Lodz, wo die Bekleidungsfirma Uniontex Insolvenz angemeldet hatte und das Werk abgewickelt werden sollte. Hier hat die IP versucht, die gegen die Werksschließung kämpfende Belegschaft zu unterstützen. Uniontex wurde schließlich in eine Anteilseignergesellschaft [2] umgewandelt, an der zumindest ein Teil der Belegschaft beteiligt wurde. Die IP-Miglieder gründeten daraufhin eine betriebliche Organisation im Werk [3]. Allerdings wurde den IP-Mitgliedern nach einem Jahr rechtswidrig gekündigt. Das Werk wurde später aufgrund finanzieller Schwierigkeiten endgültig abgewickelt und geschlossen.

Eine zentrale Strategie, die wir verfolgen, um solche Entwicklungen zu vermeiden, ist der Aufbau kollektiver Strukturen anstatt der weiteren Privatisierung. So kämpfen beispielsweise MitarbeiterInnen der Psychiatrie in Bielsko-Biala um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und verbinden diesen Kampf mit dem Ziel, den Betrieb zu kollektivieren. Wichtig ist es vor allem, dass man nicht reaktiv, sondern initiativ vorgeht.

Was heißt das konkret? Wie kämpft ihr um eure Forderungen?

Die Art, wie gekämpft wird, bestimmen die Kämpfenden selbst. Sie gehen z.B. in einer kleinen Gruppe zur Geschäftsführung oder einem/einer zuständigen städtischen Abgeordneten und verlangen das Gespräch. Je nach Verlauf kommt man dann natürlich wieder vorbei, diesmal schon mit ein paar mehr Leuten, und so kann sich das hochschaukeln. Die Presse zeigt sich hier in Polen sehr interessiert, und es hat sich als gut erwiesen, dass wir nicht mit schicken Fahnen herumstehen. Das würde die Presse dazu verleiten, schnell ein paar gute Bilder zu machen und wieder zu verschwinden. So aber ist sie gezwungen, sich mit den Leuten zu unterhalten, was zu einem viel nachhaltigeren Verständnis der Situation in der Öffentlichkeit führt. Neben dem Gespräch und der offensiven Öffentlichkeit sind aber natürlich auch Streiks ein wichtiges Arbeitskampfmittel. 2006 kam es in den Cegielski-Werken zu einer von der IP initiierten Urabstimmung über einen Streik für Lohnerhöhungen, die jedoch wegen zu geringer Beteiligung (42%) ungültig war, obwohl in absoluten Zahlen 640 von 1600 Beschäftigten für Streik stimmten. Nachdem fast ein Jahr später dann hinter verschlossenen Türen ein Abkommen über eine Lohnerhöhung von 140 Zloty ausgehandelt wurde, haben wir uns geweigert, dies anzunehmen und haben zu offenen Verhandlungen auch mit der Basis aufgerufen. Zwischen März 2007 und April 2008 kam es dann zu mehreren wilden Streiks in Form von Kurzniederlegungen der Arbeit zwischen 20 Minuten und drei Stunden und einem kollektiv genommenen „Urlaubstag", an dem sich fast 90% der Belegschaft beteiligte. Die Leute kamen dann statt zur Arbeit zu einer großen Kundgebung vor dem Büro der Geschäftsführung. Auf diesem Weg konnten schließlich Lohnerhöhungen um 700 Zloty durchgesetzt werden. Aber der Kampf ist hier leider nicht beendet, denn auch im Falle der Cegielski-Werke wird schon längst über die Privatisierung verhandelt. Natürlich hinter dem Rücken der ArbeiterInnen. Auch hier ist es das Ziel unserer Aktivitäten, eine für die ArbeiterInnen gute Form der Vergesellschaftung des Werkes zu erreichen. Wir prüfen derzeit die Möglichkeit, eine Genossenschaft zu bilden.



Arbeitskampf in der psychiatrischen Klinik in Bielsko-Biala am 15.4.09

Quelle: ozzip.pl

Inzwischen habt ihr bei Cegielski ja auch mit Marcel Szary einen IP-Genossen in der Geschäftsführung [1]. Wie verhält sich das zu eurem anarchosyndikalistischen Selbstverständnis?

Die IP ist eine Gewerkschaft, die sich entschieden als Basisgewerkschaft versteht. Dass Marcel Szary, der sich schon seit langem schon für die Belange der WerksarbeiterInnen bei Cegielski einsetzt und nach einigen Gewerkschaftswechseln schließlich bei der IP gelandet ist, als Vertreter der Belegschaft in der Geschäftsführung sitzt, ist unter anarchosyndikalistischem Gesichtspunkt natürlich sehr streitbar. Es ist aber eine Entscheidung, die für uns tragbar ist.

Demonstration der Cegielski-ArbeiterInnen am 19.8.09 in Poznan

Quelle: ozzip.pl

Auch was das Auftreten nach außen angeht, verhalten wir uns nicht so eindeutig, was vielleicht auch irritiert: wir tragen nämlich bewusst keine rot-schwarze Symbolik vor uns her, da wir wollen, dass die Leute selbst herausfinden, wie sie kämpfen wollen – wir unterstützen sie darin. Es geht also nicht darum, irgendein Wiedererkennungszeichen an möglichst vielen Stellen und Kontexten zu platzieren, sondern um die alltägliche Solidarität mit den ArbeiterInnen. Und das läuft sehr gut. Die Leute kommen auf uns zu, wenn sie Probleme auf der Arbeit haben. Und dann wird überlegt, was man tun kann. Oft spricht sich so ein Arbeitskampf in der Familie oder im Bekanntenkreis herum, und die Verwandten und Freunde kommen dann auch.

Demonstration gegen Entlassungen bei Cegielski am 23.10.09

Quelle: ozzip.pl

International hat euch ja unter anderem der Streik der PostbotInnen 2006 bekannt gemacht, mit dem ihr oft in Verbindung gebracht worden seid, obwohl der nicht von der IP initiiert wurde...

Wir unterstützen auch Streiks oder Initiativen, die nicht aus der IP heraus organisiert werden. Ein solcher Fall war der wilde Streik der Postboten an Weihnachten 2006. Hier kam der Initiator zwar aus dem Umfeld der IP, die landesweite Streikwelle, die überall Postämter erfasste, ging allein von den Post-Beschäftigten aus: sie war ebenso spontan wie unkontrollierbar – für alle Beteiligten. Die IP hat versucht, Kontakte zwischen den Streikenden herzustellen und ein gemeinsames Treffen der Poststreik-Aktivistinnen organisiert. Schließlich hatte die Solidarnosc die Verhandlungen mit der Generaldirektion aufgenommen. Die Forderungen nach höheren Löhnen und geregelten Arbeitszeiten sind nicht erfüllt worden [4].

Ein spezifisch polnisches Problem ist bekanntlich auch, dass viele unter sehr prekären Bedingungen im Ausland arbeiten, gerade in der Saisonarbeit [5]. Seid ihr auch international aktiv?

In unserer Gründungsphase haben wir eine Infokampagne für polnische Saisonarbeiter im europäischen Ausland gestartet. Die wurde jedoch sehr unterschiedlich aufgenommen: In Deutschland ist überhaupt nichts passiert, in Irland dagegen kam es zu einem Arbeitskampf eines Zeitarbeiters bei der Supermarktkette Tesco [6]. Insgesamt liegt unser Arbeitsschwerpunkt aber, mit Ausnahme der damaligen Kampagne für die Rechte der SaisonarbeiterInnen, auf der Situation in Polen. Wir können nicht alles gleichzeitig stemmen und müssen Prioritäten setzten.

Polen hat ja im Vergleich zur BRD eine wesentlich vielfältigere Gewerkschaftslandschaft. Ist das für eure Kämpfe vorteilhaft?

Ja, es gibt in Polen die durchaus auch vorteilhafte Situation, dass es sehr viele gewerkschaftliche Vereinigungen gibt, wie z.B. die sehr kämpferische Sierpien 80 (August 80, dazu siehe auch DA 190, S.10) und die ebenfalls anarchosyndikalistische ZSP. Diese Organisationen beginnen auch Kampagnen und Kämpfe, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen, und anders herum. Natürlich wird das auch kontrovers diskutiert, aber grundsätzlich bewerten wir diese Vielfalt, anders als das z.B. in Deutschland der Fall ist, eher als positiv. Trotzdem gibt es auch in Polen Probleme mit den großen staatsnahen Gewerkschaften, denen die zunehmende Stärke und Agilität der Kleinen nicht gefällt, und die ganz im Sinne der Aufrechterhaltung des Status quo versuchen, die Macht der kleinen Gewerkschaften nicht wachsen zu lassen.

Wie schätzt du die aktuelle Situation der IP ein? – wie geht es weiter?

Wichtig und schön ist, dass wir, selbst wenn nicht alle Auseinandersetzungen gewonnen werden können, ständig Erfahrung sammeln. Leute, die Arbeitskämpfe initiiert haben und deshalb ihren Job verlieren, finden häufig einen neuen, manchmal sogar besseren Arbeitsplatz und scheuen sich nicht, wieder zu uns zu kommen und zu kämpfen, wenn dort erneut Probleme auftauchen. Das ist ein ganz wichtiger Lernprozess: Es lohnt sich zu kämpfen; und wirklich verlieren kann man nichts, außer den ohnehin miesen Arbeitsplatz. Generell ist es natürlich sehr wichtig, dass versucht wird, die Leute in gerichtlichen Auseinandersetzungen oder in Phasen der Erwerbslosigkeit solidarisch zu unterstützen. Das ist zwar nicht ganz einfach und auch nicht immer möglich, aber eine wichtige Aufgabe, welche die Gewerkschaft übernehmen muss.

Perspektivisch wünsche ich mir, dass wir die Projekte, die wir angefangen haben, weiter voranbringen. Dazu gehört unter anderem die Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten. Das forcieren wir ja bereits, allerdings haben wie es noch lange nicht erreicht. Ich glaube, dass es in den nächsten Jahren einen weiteren Anstieg von Arbeitskämpfen Aktivitäten geben wird. Da gibt es zumindest in Polen eine gewisse Regelmäßigkeit in Zehnjahreszyklen. Ich sehe unseren zukünftigen Kämpfen also mit Neugierde entgegen.

Interview: Linde Müller

Anmerkungen

[1] In Polen gilt in staatseigenen Betrieben wie Cegielski ein Mitbestimmungsmodell, das den Beschäftigten einen Sitz in der Geschäftsführung zugesteht. Marcel Szary wurde bereits 2006 mit 62% der Stimmen der Belegschaft in das Amt gewählt, im März 2009 kam er auf 72% der Stimmen. Im Sommer 2009 wurde er wegen Aufruf zu wilden Streiks verurteilt.

[2] Laut dem polnischen Privatisierungsgesetz von 1996 hat die Belegschaft bei bestimmten Privatisierungen einen Anspruch auf 15% der Firmenanteile. Problematisch bei Uniontex war, dass nur eine relativ kleine Gruppe von vor dem Konkurs Beschäftigten Anteilseigner wurde, während andere keine Anteile bekamen.

[3] In Polen wird generell von einer „betrieblichen Organisation" gesprochen, welche formal vergleichbar mit einer Betriebsgruppe ist. Gewerkschaften sind in Polen, juristisch gesehen, betriebliche Organisationen, die sich zu landesweiten Verbänden zusammenschließen.

[4] Zum Streik bei der polnischen Post siehe: http://www.wildcat-www.de/wildcat/78/w78_polen.htm

[5] Siehe auch http://www.direkteaktion.org/193/sklavenhandel-2.0/

[6] Zum Arbeitskampf bei Tesco siehe: http://www.wildcat-www.de/wildcat/74/w74_picking.htm

Ein mieses Spiel

Die serbische Justiz verfolgt AnarchosyndikalistInnen

Am 4. September 2009 nahm die serbische Polizei in einer groß angelegten Aktion vier AktivistInnen aus der libertären Bewegung der Hauptstadt Belgrad fest. Eine fünfte Person wurde kurz darauf verhaftet. Wenige Tage später setzte die Polizei einen sechsten Aktivisten fest. Zunächst war völlig unklar, was die Hintergründe dieser Polizeiaktion waren. Die einzige Gemeinsamkeit der Verhafteten war, dass es sich bei fünf von ihnen um Mitglieder oder SympathisantInnen der „Anarhosindikalisticka inicijativa" (ASI) handelt. Diese Gruppe, zu deutsch „Anarchosyndikalistische Initiative", ist die serbische Sektion der „Internationalen Arbeiter-Assoziation" (IAA), der Internationale der anarchosyndikalistischen Gewerkschaften. In Belgrad befindet sich derzeit auch das Sekretariat der IAA. Unter den fünf verhafteten Mitgliedern der ASI – Tadej Kurepa, Ivan Vulovic, Sanja Dojkic, Ratibor Trivunac und Nikola Mitrovic befindet sich auch der Generalsekretär der anarchosyndikalistischen Internationale. Der sechste Inhaftierte, Ivan Savic, gehört nicht der ASI, sondern einer anderen libertären Gruppe der serbischen Hauptstadt an.

Nachdem zunächst nichts über die Hintergründe der Verhaftungswelle in Erfahrung zu bringen war, ließ die Staatsanwaltschaft verlauten, man habe die Verhaftungen aufgrund des Verdachts der Teilnahme an einem Akt von „internationalem Terrorismus" vorgenommen. Sie bezog sich dabei auf einen Angriff gegen das Gebäude der griechischen Botschaft in Belgrad, der am 25. August, wenige Tage vor den Verhaftungen, stattgefunden hatte. Bei der Aktion war eine Fensterscheibe zu Bruch gegangen und die Außenmauer durch eine Brandflasche etwas angeschwärzt worden. Die Täter hatten ein aufgemaltes A im Kreis hinterlassen. Kurz nach der Aktion hatte sich eine unbekannte Gruppe zu der Kokelei bekannt und diese als Solidaritätsaktion für den inhaftierten griechischen Anarchisten Thodoros Iliopoulos deklariert. Thodoros war während der Revolte der griechischen Jugend im Dezember 2008 inhaftiert worden und befand sich zum Zeitpunkt des Angriffs seit einigen Wochen im Hungerstreik. Offensichtlich nicht zuletzt aufgrund politischen Drucks aus EU-Kreisen hatte die serbische Staatsanwaltschaft das Verfahren an sich gezogen und das schwerste Geschütz aus dem strafrechtlichen Arsenal des Balkanstaates aufgefahren. Die Strafandrohung für ein Vergehen im Rahmen des „internationalen Terrorismus" liegt bei 3 bis 15 Jahren.

Untersuchungshaft und Ungewissheit

Die Staatsanwaltschaft ordnete sofort eine dreißigtägige Untersuchungshaft für alle Beteiligten an. In dieser Zeit kann die Polizei Verhöre durchführen und Beweise für ein Verfahren sammeln. Die Häftlinge unterliegen ihrerseits Bedingungen von Kontaktsperre und Isolation. Für den Fall, dass 30 Tage nicht ausreichen, kann die Staatsanwaltschaft im Falle eines Vergehens im Rahmen des „internationalen Terrorismus" die Untersuchungshaft auf bis zu sechs Monate verlängern. Die 30-Tagesfrist verfiel am 3. Oktober unter anderem deshalb, weil as Zeugen einbestellte Angehörige der griechischen Botschaft zu ihrer Vorladung nicht erschienen waren. Am 9. Oktober beantragte die Staatsanwaltschaft eine Verlängerung um weitere zwei Monate. Der Richter beschloss, dass die Verhafteten zunächst einen Monat lang weiter im Knast bleiben sollen. Am 12. Oktober beschlagnahmte die Polizei den Computer eines der Inhaftierten und kündigte an, weitere Mitglieder der ASI als ZeugInnen vorladen zu wollen. Es ist offensichtlich, dass die Staatsanwaltschaft nichts gegen unsere GenossInnen in der Hand hat und hektisch nach Begründungen sucht, sie weiter in Haft halten zu können.

SLOBODA ZA ANARHOSINDIKALISTE!

Es stellt sich natürlich die Frage, wieso die Staatsanwaltschaft sich bei ihren Ermittlungen derart auf Mitglieder der ASI konzentriert, obwohl sie bislang offenbar keinerlei Beweise für eine Beteiligung von Mitgliedern der Gewerkschaft hat und diese auch erklärt hat, dass Aktionen wie die gegen die griechische Botschaft nicht zu ihrem Repertoire an Aktionsformen gehören. Der Grund für die Ermittlungen dürfte in einer Politik des „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen" zu finden sein. Die Anarchosyndikalistische Initiative ist in der serbischen Öffentlichkeit sehr bekannt und tritt immer wieder durch Aktionen im Rahmen von sozialen Kämpfen und durch Interviews in Erscheinung. Erst kürzlich prognostizierte der Publizist Gojko Vlaovic in der serbischen Zeitung „Danas", dass das Land ein „fruchtbarer Boden" für den Anarcho-Syndikalismus sei, der durch seine Unabhängigkeit vom Staat und von Parteien und seine Praktiken der direkten Aktion für viele ArbeiterInnen interessant sei. Es besteht deshalb die Gefahr, dass die serbische politische Klasse und ihre Justiz an der ASI ein Exempel statuieren wollen. Zum einen, weil sie eine der wenigen offen agierenden libertären Gruppen in Serbien ist, zum anderen weil man sie als gewerkschaftliche Alternative gerade in Krisenzeiten auf diese Weise schwächen und in ihrem Ansehen schädigen will. Für die Inhaftierten könnten diese politischen Manöver dramatische Konsequenzen haben.

Nur wenige Tage nachdem bekannt wurde, dass serbische GenossInnen inhaftiert wurden, begannen weltweit Solidaritätsaktionen für die Verhafteten. In vielen Ländern fanden in der Zwischenzeit Proteste vor serbischen Botschaften und Konsulaten statt. Alleine auf Initiative der FAU haben bislang sieben Aktionen u. a. in Berlin, Braunschweig, Frankfurt/Main und Hamburg stattgefunden, auf denen die Freilassung der Verhafteten und die sofortige Einstellung der Verfahren gefordert wurde.

r.

FREE THE BELGRADE 6!

Mehrsprachige Soli-Site:

Englischsprachiges Blog:
http://www.belgradesolidarity.org/

Online-Protestschreiben:
http://asi.zsp.net.pl/free-the-anarchists/emailpage/

Aktuelles in deutscher Sprache:
http://www.fau.org

Spendenkonto:
FAU
Konto 961 522 01
Postbank Hamburg
BLZ: 200 100 20
Stichwort: Belgrade 6

Solidarität jetzt!

Zur Unterstützung der serbischen GenossInnen wurden zwei Websites eingerichtet, die über die Hintergründe, die Aktionen und die Möglichkeiten zur Unterstützung in mehr als 25 Sprachen informieren. Dort habt ihr auch die Möglichkeit, einen Protestbrief an die Verantwortlichen zu schicken. Dringend erforderlich sind auch Spenden für die juristische Unterstützung der serbischen GenossInnen. Wenn ihr die Möglichkeit habt, Soli-Konzerte etc. zu veranstalten, nutzt bitte das nebenstehende Unterstützungs-Konto. Die Sektionen der IAA und viele andere Gruppen weltweit haben deutlich gemacht, dass sie nicht eher Ruhe geben werden, ehe die GenossInnen wieder auf freiem Fuß und die konstruierten Verdächtigungen vom Tisch sind. Wir würden uns freuen, wenn sich viele LeserInnen daran beteiligen.

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

China: Tausende Kumpel streiken

Anfang September traten rund 5.000 Kumpel in vier chinesischen Kohleminen in den Streik. Sie sollten im Zuge einer Privatisierung und eines Börsengangs der Firma Änderungskündigungen akzeptieren, nach denen die ArbeiterInnen ihre bisherigen Ansprüche auf eine Entschädigung in Höhe eines Monatslohns pro Arbeitsjahr verloren hätten. Der Streik begann, als die Beschäftigten einer der Minen der bislang staatlichen Jinzhushan Mining Industry of Hunan Coal Group (Xiang Mei Ji Tuan, XMJT) sich weigerten, die neuen Verträge zu unterschreiben. Kurz darauf schlossen sich die Belegschaften von drei weiteren Gruben des Konzerns dem Ausstand an. Allen ArbeiterInnen war durch die Werksleitung zuvor angekündigt worden, dass niemand die Arbeit wieder aufnehmen dürfe, der die neuen Verträge mit der ersatzlosen Streichung der Abfindungsklausel nicht unterschreiben habe. Nachdem die Streikenden dennoch auf den Gruben erschienen, heuerte die Firmenleitung einen Trupp von Schlägern als „Grubenschutz-Korps" an, der die Streikenden gewaltsam aus den Minen vertreiben sollte. Die Provinzregierung verbot dies zwar, drohte den ArbeiterInnen aber bei einer Fortführung des Streiks mit Haftstrafen. Wie üblich berichtet die chinesische Presse nichts, Blog-Einträge zum Streik wurden gelöscht. Die chinesische Regierung hat große Angst vor Streiks gegen Privatisierungen. In den letzten Monaten wurden bei einem ähnlichen Streik bei Tonghua Iron and Steel ein hochrangiger Manager getötet und bei Linzhou Iron and Steel ein Manager tagelang von den ArbeiterInnen als Geisel gehalten. Beide Streiks endeten damit, dass den Forderungen der Belegschaft nachgegeben wurde.

Australien: BusfahrerInnen streiken wildcat

130 BusfahrerInnen in West-Sydney traten Ende August in einen wilden Streik gegen die Änderungen ihrer Zeitpläne ab Oktober. Die neuen Pläne hätten sie zu Verspätungen oder zu Geschwindigkeitsübertretungen gezwungen, was nicht nur auf Kosten der Passagiere gegangen wäre, sondern auch auf die der FahrerInnen, die mit ihren sowieso knappen Pausenzeiten die Verspätungen hätten ausgleichen müssen. Nachdem die zuständige Gewerkschaft, die Transport Workers Union (TWU), sich weigerte, die ArbeiterInnen zu unterstützen, traten diese ohne Gewerkschaft in den Streik. Die Gewerkschaft, die Medien und die Bosse fielen daraufhin gemeinsam medial über die Streikenden her. Vor dem Hintergrund der Krise versucht die Busways Group, ein großer privater Busbetreiber mit lukrativen staatlichen Aufträgen und mehr als 600 Bussen, derzeit, sich auf Kosten der Belegschaft Extraprofite zu verschaffen. Mit Rückendeckung der Regierung versuchen so Busways und andere Unternehmen, die rapide steigende Arbeitslosigkeit im Großraum Sydney zur Rekrutierung neuen Personals zu nutzen. Die neu eingestellten ArbeiterInnen müssen wesentlich schlechtere Arbeitsbedingungen als die KollegInnen mit längerer Betriebszugehörigkeit in Kauf nehmen. Die Rolle, die die Transportarbeitergewerkschaft dabei spielt, könnte man durchaus als komplizenhaft bezeichnen. Nach Jahren der „Flexibilisierung" und „Modernisierung" mit Zustimmung oder durch Stillhalten der TWU hat sich die Arbeitshetze dramatisch erhöht. Die Löhne sind in diesem Zeitraum deutlich gefallen. Welche Rolle die Gewerkschaft dabei spielen soll, brachte die Zeitung Daily Telegraph auf den Punkt. In diesem Artikel wurde wütend über die Streikenden hergefallen, „deren Rädelsführer sie dazu gebracht haben, sogar die Befehle ihrer eigenen Gewerkschaft zu ignorieren".

Kambodscha: Streik in Textilfabrik

Mehr als 2000 ArbeiterInnen der Fortune Garment and Woollen Knitting Co streikten Ende September gegen schlechte Arbeitsbedingungen. Sie verlangen höhere Löhne, Pausen, bezahlten Mutterschaftsurlaub und Verpflegung bei Überstunden. In dieser Fabrik hatte es vor zwei Jahren schon mal einen großen Streik gegeben, der mit Polizeigewalt unterdrückt worden ist. Die globale Textilindustrie hat auf der Suche nach den weltweit niedrigsten Löhnen in den letzten Jahren viele Fabriken in Kambodscha hochgezogen. Dabei liegen die Löhne für die ArbeiterInnen teilweise bei kaum mehr als 25 US-Dollar pro Monat. In den letzten Wochen gab es mehrere weitere Streiks, weil Textil-Fabriken aufgrund des krisenbedingten Nachfragerückgangs auf dem Weltmarkt kurzerhand schlossen, ohne den ArbeiterInnen ausstehende Löhne oder Abfindungen zu zahlen.

Großbritannien: 54 ArbeiterInnen nach Protesten gegen Rassismus gefeuert

Die Firma 2 Sisters hat 54 ArbeiterInnen gefeuert, die Anfang September in der Werkskantine an einem spontanen Sit-In gegen die Bestrafung eines gewerkschaftlichen Vertrauensmanns teilgenommen hatten. Der Vertrauensmann hatte sich bei Geschäftsleitung des 2 Sisters Betriebs in Smethwick über die rassistische Belästigung gegen eine asiatische Arbeiterin beschwert. Anstatt der Sache nachzugehen, verhängte die Geschäftsführung des Massentierhaltungs-Betriebes Sanktionen gegen den Vertrauensmann. Daraufhin kam es zu einer spontanen Protestaktion in der Werkskantine, an der 54 der 500 dort Beschäftigten teilnahmen. Allen Beteiligten wurde umgehend wegen „illegaler Arbeitskampfmaßnahmen" gekündigt. 2 Sisters ist einer der größten Geflügellieferanten für britische Supermärkte. Die gefeuerten ArbeiterInnen haben Protestaktionen vor den Supermarkt-Ketten angekündigt, die Geflügel von 2 Sisters vermarkten.

Sonne, Sommer, Arbeitshetze

Die spanische CNT kämpft mit internationaler Unterstützung gegen die Hotelkette RIU

Begonnen hatte der Konfikt im Mai 2009, als Matilde, Genossin der CNT Palma de Mallorca im Rahmen ihres unbefristeten Saisonarbeitsvertrages mit der Hotelkette RIU Hotels & Resorts eine Stelle auf der Insel Formentera antreten sollte. Derartige Verträge werden in Spanien für saisonale Tätigkeiten, beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Tourismus, vergeben. Matilde hatte im RIU-Hotel La Mola schon in einer vergangenen Saison gearbeitet und war dort Mobbing, Schikanen und psychischer Misshandlung durch ihre Vorgesetzten ausgesetzt gewesen. Da die Situation in diesem Jahr die gleiche war, ließ Matilde sich diesmal wegen Depressionen krankschreiben.

Nach der Krankmeldung begann das Unternehmen, Druck auf sie auszuüben und ihre Rechte systematisch zu verletzen, unter anderem wurde ihr die Dienstalterszulage, auf die sie einen Anspruch hatte, nicht mehr gezahlt. Gleichzeitig drängte die Personalabteilung von RIU sie zum Abbruch der ärztlichen Behandlung und versuchte, sie wieder zur Arbeit zu zwingen. Matilde verklagte ihren Arbeitgeber daraufhin auf eine Entschädigung wegen psychischer Misshandlung. Nach diesem Schritt wurde sie gefeuert, offensichtlich weil sie sich gegen die Angriffe der Geschäftsführung zur Wehr gesetzt, die Beachtung ihrer Rechte und eine menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz gefordert hatte. Die Kündigung wurde von RIU zudem nicht als unzulässig anerkannt, was Matilde Anspruch auf eine Entschädigung verschafft hätte. In Spanien ist diese Erklärung nicht unüblich, weil auf den Arbeitgeber im Fall einer gerichtlichen Niederlage nach Anfechtung der Rechtmäßigkeit der Kündigung erhebliche Lohnnachzahlungen zukommen.

Nach diesem Angriff und konstanten Schikanen durch die Geschäftsführung von RIU gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen hat die CNT Mallorca die CNT-Syndikate und IAA-Sektionen zur Solidarität aufgerufen. Ein erster internationaler Aktionstag fand im August statt. Da die Aktionen mitten in die touristische Hochsaison fielen, entgingen sie nur wenigen TouristInnen. Da RIU kein Entgegenkommen zeigte, wurde am 26. September ein zweiter Aktionstag mit Aktionen vor mehreren Niederlassungen der Hotelkette, unter anderem in Palma de Mallorca, Cádiz, Málaga, Huelva, Gerona und auf Tenerife organisiert. Auch die FAU Frankfurt schloss sich dem Solidaritätsaufruf an und führte eine Aktion vor der TUI-Zentrale durch. TUI ist einer der wichtigsten Kooperationspartner der RIU-Hotelkette.

Unter dem Eindruck des nahenden Gerichtstermins am 23. November und der Aktionstage hat RIU der CNT inzwischen Verhandlungen über eine Abfindung angeboten. Erste Gespräche fanden am 27.10. statt, bei Redaktionsschluss war allerdings noch nichts über dessen Ergebnis bekannt.

In jedem Fall hat der Konflikt bei RIU wieder einmal gezeigt, dass Rechte erkämpft werden müssen und ihre Einhaltung keine Selbstverständlichkeit darstellt. Dass ein Unternehmen wie RIU, gerade nachdem diverse Arbeitsrechtsreformen Kündigungen erleichtert und für Arbeitgeber deutlich kostengünstiger gemacht haben, eine Arbeiterin oder einen Arbeiter psychologisch misshandelt und ohne jegliche Abfindung kündigt, ist nichts, was uns erstaunen oder empören sollte. Es ist weder das erste noch das letzte Mal, dass wir Zeugen derartiger Angriffe auf die Erwerbstätigen durch Unternehmen werden und all das mit dem Gutdünken repräsentativer Gewerkschaften.

Trotzdem wird die CNT Mallorca mit der Unterstützung der anderen CNT-Syndikate und der IAA-Sektionen weiter gegen RIU kämpfen. Egal wie klein ein Konflikt scheinen mag, die Solidarität unter den Lohnabhängigen wird das Mittel der Wahl zum Kampf gegen derartige Angriffe bleiben.

Henry Ortega

Eine Etappe im Kampf ums Ganze

Von der Abwehr in die Offensive: Betriebsbesetzungen als Arbeitskampfmethode und ihr Potential

In der Weltwirtschaftskrise bleibt alles beim Alten: Obwohl im Frühsommer 2009 schon über das Erreichen der „Talsohle" und den Aufschwung orakelt wurde, so sind massive Massenentlassungen noch immer nicht ausgeschlossen. Die Wirtschaftsjournalisten scheinen da uneins mit sich selbst: So titelte die *Financial Times* (FTD) im September noch, die befürchtete Entlassungswelle werde auch nach der Bundestagswahl ausbleiben, weil sich die wirtschaftlichen Kerndaten stetig verbesserten. Dem widersprach einige Tage später die *Frankfurter Allgemeine* (FAZ): „Die deutsche Wirtschaft schwankt zwischen Hoffen, dass der Aufschwung beginnt, und der bangen Ahnung, dass die Krise noch viele Opfer fordern wird."

Für GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen kann es zwar erhellend sein, diese Debatte zu verfolgen, an erster Stelle aber hat die Vorbereitung auf den Ernstfall zu stehen. Zu diesen Vorbereitungen zählt u.a. die Diskussion um geeignete Verteidigungsmaßnahmen. Denn Spontaneität ist gut, aber nicht ausreichend, wie wir im Folgenden sehen werden. Die Frage dabei ist keine neue; sie stellt sich in Zeiten kühl kalkulierter Standortverlagerungen immer wieder, auch jenseits der Krise: Wie können Betriebsschließungen und Massenentlassungen verhindert werden?

Alte Methode neu in Mode

In den vergangenen Monaten haben sich insbesondere KollegInnen in anderen Ländern Europas, Asiens und Lateinamerikas um eine praktische Antwort auf diese Frage verdient gemacht. So konnte die *Direkte Aktion* über Betriebsbesetzungen in Argentinien, Großbritannien und Italien berichten.[1] Keine Erwähnung fanden bisher z.B. die Aktionen der ArbeiterInnen in Schottland, den USA sowie in Frankreich.[2] Und während der harte, letztlich aber quasi militärisch gebrochene Abwehrkampf der SchiffsbauerInnen von Ssangyong in Südkorea für Schlagzeilen sorgte, breitet sich in Lateinamerika geradezu eine Welle von Besetzungen aus, hier mit den Schwerpunkten Argentinien und Venezuela.

Bemerkenswert an der erfolgreichen Auseinandersetzung in den USA[3] ist, dass die Betriebsbesetzung damit nach weit mehr als 50 Jahren in ihr Ursprungsland zurückgekehrt ist: Als erste setzten die Militanten der IWW auf den Sit-Down-Streik. In der Phase nach dem Ersten Weltkrieg tauchten Betriebsbesetzungen dann nah und fern auf; hier als erster Schritt im *revolutionären Versuch*, die Produktionsverhältnisse generell umzuwälzen. Der große Durchbruch als *Mittel im Arbeitskampf* kam jedoch Jahre später mit den Streikbewegungen um 1936: Betriebsbesetzungen waren z.B. ein Kennzeichen des Generalstreiks in Frankreich, mit dem grundlegende Zugeständnisse wie die 40-Stunden-Woche und bezahlter Urlaub erkämpft wurden. In den USA waren sie im gleichen Jahr der entscheidende Hebel, den streikenden Fließband-ArbeiterInnen zum Erfolg zu verhelfen. Doch in den Folgejahren wurde diese Kampfform der Arbeiterbewegung seitens der US-Rechtsprechung für illegal erklärt und verschwand dort zusehends.

Im Wesentlichen ist die Betriebsbesetzung eine Steigerungsform des Streiks. Zur Arbeitsverweigerung addiert sich die Inbesitznahme des Betriebs. Dadurch können die Streikenden nicht nur den Einsatz von Streikbrechern, sondern auch eine Produktionsverlagerung verhindern. Heutzutage ist die Abwehr einer Verlagerung der häufigste Grund, der Beschäftigte zu diesem Schritt bewegt. Damit erübrigt sich fast eine Unterscheidung zwischen Besetzung und Blockade, denn beide erreichen effektiv das vorrangige taktische Ziel, den Beschäftigten die Waren und/oder Maschinen als Pfand zu sichern.

Teilweise betritt vor diesem Hintergrund auch die Arbeiter-Selbstverwaltung wieder die Bühne. Dabei erscheint sie heute viel bescheidener als beispielsweise 1920 in Italien, als eine breite Massenbewegung einen Generalstreik führte und die Enteignung der Ausbeuter ins Werk setzte. Die Losung heute lautet im ambitioniertesten Falle: wirtschaftliches Überleben, nicht Sozialismus.[4] Das mag man bedauern. Neu ist diese Situation aber nicht: Auch Betriebsbesetzungen, die „Geschichte machten", wie z.B. 1973 bei Ford in Köln oder 1974 bei LIP in Besançon, waren nur rein praktisches (Druck-)Mittel und nicht Teil einer (im weitesten Sinne) politischen Bewegung.

Der Sachverhalt zeigt gleichzeitig, dass Besetzungen auch im 21. Jahrhundert nicht irgendwelche Hirngespinste sind, sondern im Klassenkampf praktisch eingesetzt werden. Und all das findet auch direkt vor der „eigenen Haustür" statt: So bietet uns die jüngere Vergangenheit schon einige Beispiele. Zeitgleich mit den ersten betrieblichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr kommt es nun wieder vermehrt zu Betriebsbesetzungen bzw. Werksblockaden. Im Gegensatz zu Karstadt in Kaiserslautern, wo im Mai 2009 eine zweistündige Betriebsversammlung als Besetzung bezeichnet wurde, besetzte im Frühjahr die Belegschaft des MHG/Velux-Werks in Meldorf (Schleswig-H.) ihre Produktionsstätte tatsächlich. Zuletzt drohten die verbliebenen Schiffsbauer der ehem. Wadan-Werft in Rostock (Mecklenburg-V.) im September damit, ihre Arbeitsplätze in Beschlag zu nehmen.



Arbeiter in einer besetzten Pariser Fabrik im Generalstreik 1936

Den Auftakt hatten indes die ArbeiterInnen von HWU in Hohenlockstedt (Schleswig-H.) im Oktober 2008 gemacht: Unter dem Banner der IG Metall besetzten die ArbeiterInnen des insolventen Auto-Zulieferbetriebs die Werkshallen. So „erkämpften sie sich" eine Transfergesellschaft. Offensichtlich wurden seitens der Beschäftigten nicht alle Potentiale ausgeschöpft. Vielleicht deshalb haben solche Aktionen in Deutschland bisher keinen durchschlagenden Erfolg gebracht und mündeten allenfalls in Sozialplänen und Transfergesellschaften.[5]

Die Mühen der Ebenen

Der eingangs gestellten Frage – Wie können Betriebsschließungen und Massenentlassungen verhindert werden? – ist jüngst auch der Schweizer Gewerkschafter Rainer Thomann nachgegangen. Er plädiert dafür, keine leeren „Versprechungen" zu machen, sondern in die Vollen zu gehen.

In seiner Anfang 2009 erschienen Studie[6] beleuchtet er je zwei Auseinandersetzungen in der Schweiz und in Italien sowie einen Abwehrkampf in Spanien. In allen fünf Fällen fanden sich ArbeiterInnen vor die Wahl gestellt, Massenentlassungen – meist in Zusammenhang mit einer vollständigen Werksschließung – hinzunehmen oder dagegen zu kämpfen. Die Erfahrungen und Ergebnisse könnten unterschiedlicher nicht sein.

Einleitend stellt Thomann einige grundlegende Überlegungen an: Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Arbeiterkämpfe in der zum Erfolg notwendigen Verbissenheit nur geführt werden, wenn es ums „nackte Überleben" geht. In einer solchen Auseinandersetzung trete der unüberwindliche Interessengegensatz zwischen Kapitalisten und ArbeiterInnen besonders deutlich hervor.[7] Unter dem Banner der „Rechtssicherheit", die der Staat zu garantieren habe, stehe dieser in jenem Konflikt immer auf Seiten der Unternehmer. In diesem Rahmen bleibe den Gewerkschaften nichts anderes übrig, als Verhandlungen über Sozialpläne aufzunehmen. Wenn sich also Beschäftigte gegen die angekündigte Abwicklung ihres Betriebes zur Wehr setzen wollen, stehen sie vor einem Berg von Problemen. Einige der von Thomann untersuchten Beispiele zeigen indes, dass es durchaus möglich ist, diese Hürden zu überwinden.

Als Paradebeispiel dafür kann die Betriebsbesetzung der Bahnwerkstätten, der „Officine" in Bellinzona gelten[8]: Die betroffenen ArbeiterInnen traten unverzüglich in einen wilden Streik und wurden dann von ihrer Gewerkschaft UNIA[9] unterstützt. Das Rückgrat allerdings bildeten das Streikkomitee und die Vollversammlung der Beschäftigten. Hier, so Thomann, wurden alle wesentlichen Entscheidungen getroffen; das Streikkomitee handelte mit imperativem Mandat. Die Debatte und die offene Abstimmung in der Versammlung boten den Entschlossensten Handlungsraum und den Verunsicherten Schutz. Über das Ziel waren sich alle einig und konzentrierten sich nur auf dieses, so dass ein „Kompromiss" undenkbar war: Keine Abfindungen, sondern Erhalt der Werkstätten.[10] Diese Einmütigkeit sendete ein starkes Signal „nach außen", so dass Solidaritätsbekundungen weite Kreise zogen und auch juristische Einwände wie Schadensersatzdrohungen der Gegenseite kein Gehör fanden.

Ähnlich, und genauso erfolgreich, verlief die 15 Monate lange Auseinandersetzung um das Maschinenbau-Werk INNSE im italienischen Mailand.[11] Vollkommen anders gestaltete sich hingegen die Auseinandersetzung um die Zellulose-Fabrik im Schweizer Solothurn: Auf einer Betriebsversammlung kündigte ein Gewerkschafter (UNIA) ebenfalls einen „Kampf mit allen Mitteln" an, um den Schließungsbeschluss zu kippen. Was hier folgte, war jedoch keine Betriebsbesetzung, sondern die sattsam bekannten Verhandlungsrunden und Unterschriftensammlungen. Damit konnten über 400 Entlassungen nicht verhindert werden. UNIA-Autor Thomann führt das Resultat v.a. auf das zaghafte und eher rhetorische denn handfeste Vorgehen der Gewerkschaft zurück.

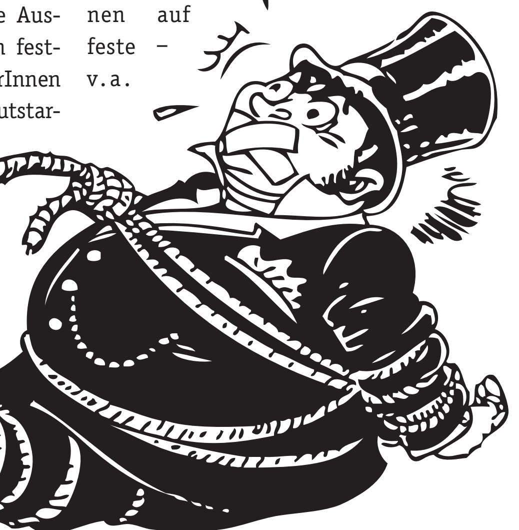
Ähnliches muss Thomann für die Auseinandersetzung bei IVECO in Italien feststellen: Nachdem fast 200 LeiharbeiterInnen gekündigt wurden und diese einen lautstarken Umzug über das Werksgelände machten, leerten sich die Hallen des zu FIAT gehörenden LKW- und Bus-Bauers. Am folgenden Werktag blockierten hunderte ArbeiterInnen Straßen und Gleise – inzwischen hatte sich herausgestellt, dass noch mehr Kündigungen ins Haus stehen. Die Gewerkschaften beschränkten sich jedoch auf Verhandlungen und auch seitens der Belegschaft gab es keine weiteren Aktionen. So verlief sich der anfängliche, spontane Widerstand zum ohnmächtigen Protest.

Ebenfalls nicht überwunden werden konnte die Spaltung der Belegschaft im Fall des Zementgiganten Holcim in Andalusien. Der Ankündigung der Werksschließung folgten ein Stadtratsbeschluss und eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmenden. Weitere vier Wochen gingen mit Petitionen, Beschlüssen und Demonstrationen ins Land. Erst als ein Drittel der Belegschaft, allesamt LeiharbeiterInnen, vorzeitig entlassen wurden, schaltete zumindest die Minderheitsgewerkschaft SAT einen Gang hoch und besetzte das Werk. Damit kam nun endlich die Produktion zum Stillstand. Ungeachtet vereinzelter gemeinsamer Aktionen wurden die Verhandlungen für die festangestellten und die verliehenen KollegInnen aber separat geführt – ersteren bot der Konzern 100% Kurzarbeit an und zementierte damit die Spaltung der Belegschaft. In der Folge konnte das Unternehmen auch die Kontrolle über das Werksgelände wieder gewinnen und nahm den ArbeiterInnen damit deren letztes Pfand aus der Hand.

Wenn's ans Eingemachte geht

Schlussfolgernd sieht Thomann etwa sechs Kriterien, den Widerstand gegen Werksschließungen erfolgverheißend aufzustellen: (a) Eine Betriebsgruppe „entschlossener und klassenbewusster ArbeiterInnen" zur Initialzündung: zur Inbesitznahme der Firmenräume. (b) Thomann stellt heraus, dass eine Besetzung nicht zu spät, etwa als letztes aller Mittel, erfolgen sollte, sondern am wirkungsvollsten sei in einer Entweder-Oder-Situation. So demonstriere die Belegschaft ihre Entschlossenheit und dränge die Unternehmensleitung in die Defensive. (c) Wichtig sei außerdem die Kontrolle der Arbeiterversammlung über alle weiteren Schritte, um die Legitimität des Kampfes und die Einigkeit der Belegschaft zu festigen – und den Durchsetzungswillen der ArbeiterInnen nicht durch Zwischenhändler abzudämpfen und am Ende mit einem faulen „vernünftigen Kompromiss" dazustehen. (d) Dieses Vorgehen erfordere ein hohes Maß an Organisation seitens der Betroffenen. (e) Außerdem betont der Autor, dass man sich nicht allein auf rechtlich einwandfreie Aktionsformen beschränken dürfe. Die Anwendung der geeigneten Kampfmittel ergäbe sich stets aus der Dynamik des Konflikts; letztlich müsse die Gesamtheit der Aktionen darauf zielen, das Kräfteverhältnis zugunsten der bedrohten Beschäftigten zu wenden. (f) In diesem Zusammenhang, das heißt auch in der Abwendung eines polizeilichen Eingriffs, spiele die Solidarität anderer Belegschaften und der Bevölkerung eine bedeutende Rolle.

Soviel zum Spielraum der ArbeiterInnen. In jeder Auseinandersetzung treten freilich weitere Faktoren, wirtschaftliche wie politische, hinzu. Vor allem, wenn der Zeitpunkt einer Schließungsankündigung seitens des Unternehmers „gut" gewählt und lange geplant ist, haben sich die Betroffenen auf feste – v.a. ökonomische – Bollwerke und einen langen Kampf einzustellen. Und genau dort muss auch unverzüglich angepackt werden, denn es zählt nicht allein die Beschlussfassung in der Versammlung: Die Suche nach Möglichkeiten, den Kampf auszuweiten, muss aktiv



Anmerkungen

[1] Jeweils in den Nrn. 193, 194 u. 195.
[2] Besetzungen gegen Werksschließungen gab es zuletzt u.a. bei: Vestas (England; dauert an); Prisme (Schottland; erfolgreich, Genossenschaftsgründung), Republic Windows & Doors (USA; erfolgreich, Abfindungen) sowie bei z.B. bei Legre Mante u. Union Navale Marseille (Frankreich; beide dauern an).
[3] Die Chicagoer Besetzung gilt als erste erfolgreiche Aktion ihrer Art in den USA seit Jahren. Anlass dafür war der „Spardrang" bei der Betriebsschließung: Für die Auszahlung der ArbeiterInnen sei nicht genug Geld da, hieß es. Angesichts der Besetzung fanden die Bosse dann aber doch noch $ 1,75 Mio., um die 240 Beschäftigten auszuzahlen.
[4] Der Artikel konzentriert sich deshalb auch auf Betriebsbesetzungen als Mittel im Arbeitskampf und insbes. zur Abwehr von Schließungen/Entlassungen; ihre Steigerungsform als Mittel revolutionärer Umwälzung müsste gesondert behandelt werden.
[5] Nur im BSH-Werk in Berlin wurde der Schließungsbeschluss 2006 mittels Streik, Besetzung und reger Aktivität der Belegschaft bis 2010 ausgesetzt. Siehe DA Nr. 178.
[6] Thomann, *Betriebsbesetzung als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf*, Download der Broschüre: www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/besetzungen.pdf.
[7] Gleichzeitig spart der Autor eine andere Facette des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, nämlich zwischen toter und lebendiger Arbeit, aus. Damit spiegelt er sicherlich die Diskussionen, die in solchen Abwehrkämpfen geführt werden, wider. Kritik an der Einrichtung des Betriebs selbst wird quasi gar nicht laut – oder äußert sie sich anders, nämlich im bloßen Kampf um Abfindungen?
[8] Siehe Artikel „Auf der Bahn", in dieser Ausgabe Seite 9. Oder auch: Syndikal Taschenkalender 2010.
[9] Die UNIA entstand erst 2004 aus dem Zusammenschluss von vier Schweizer Gewerkschaften. Insbes. der Jugend-Verband ist mit eigenen Kampagnen sehr aktiv und sorgt mit schwarzroten Fahnen im Titel seiner Zeitung *Koopera* hin und wieder für Aufsehen.
[10] Daneben wurden acht weitere Forderungen durchgesetzt (weiteres dazu unten im Text).
[11] Siehe DA Nr. 195.

vorangetrieben werden; sie kann v.a. mit Blick auf die etwaige Zulässigkeit von Solidaritätsstreiks[12] einiges zu Tage fördern. Die Ausweitung des Streiks ist unabdingbar, wenn der Unternehmer darauf abzielt, die Bewegung auszusitzen/-hungern.

Rechtliche Beschränkungen und ihr Wandel

Auf den ersten Blick scheinen die juristischen Hürden für solch direkte Aktionen sehr hoch. So behaupten unternehmernahe Kanzleien z.B., eine Betriebsbesetzung sei als Mittel des Arbeitskampfes unverhältnismäßig und daher nicht zulässig. Eine solche Aktion sei weder durch die Koalitionsfreiheit selbst noch durch die Freiheit in der Wahl der Kampfmittel gedeckt. Vielmehr verstoße sie nicht nur gegen das Arbeitsrecht, sondern erfülle auch die Straftatbestände des Hausfriedensbruchs und der Nötigung – darauf stehen Geld- oder Haftstrafen von bis zu einem bzw. drei Jahren.

Aber schon die Sprachwahl in diesen Ausführungen macht klar, dass es hier v.a. um vorbeugende Einschüchterung geht. Denn zum einen kann entgegengesetzt argumentiert werden, dass eine Betriebsbesetzung nicht „verwerflich" ist, um das angestrebte Ziel – die Sicherung von Arbeitsplätzen – zu erreichen. Damit wäre der Vorwurf der „Nötigung" vom Tisch. Zum anderen sollte man nicht vergessen, dass auf die Arbeiterkämpfe der vergangenen Jahre in den wenigsten Fällen Gerichtsverhandlungen folgten.[13] Und schließlich lassen sich auch zugunsten der Betriebsbesetzung juristische Finten ausmachen. Das Betriebsverfassungsgesetz (§ 42 ff.) birgt eine davon: So liefen die Betriebsbesetzungen der vergangenen Jahre zumeist als „permanente Betriebsversammlung" und müssten als solche sogar entlohnt werden. Sollte sich der Betriebsrat einem solchen Vorgehen verschließen, kann man ihn taktisch durchaus an § 2 erinnern: Er hat „zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs" zu wirken; und das heißt eben manchmal die rechtliche Absicherung einer Betriebsbesetzung.

Allerdings kann es kämpferischen Gewerkschaften nicht in erster Linie darum gehen, die Zunft der AnwältInnen in Lohn und Brot zu halten. Demnach sind juristische Überlegungen nur *eine* Facette der zu treffenden Vorbereitungen. Denn vorrangig ist der Schutz der Interessen der Mitglieder und sonstigen KollegInnen.

Unter diesem Gesichtspunkt kommt der kollektiven Aktion, die Grenzen überschreitet, gerade in Bezug auf die Rechtsprechung eine besondere Bedeutung zu. Denn würden sich ArbeiterInnen und Gewerkschaften immer strikt in den vorgegebenen Bahnen bewegen, hätte sich wohl seit dem 19. Jahrhundert nicht viel verändert. Gesetze und Gerichtsurteile unterliegen eben einem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden und werden geändert, wenn der Druck der Straße größer wird. Ein Paradebeispiel dieses Vorgangs findet sich in den Urteilen zum Streikrecht der GDL, wo die Heilige Kuh der Tarifeinheit geschlachtet wurde. Erst recht – so ließe sich doppelschneidig argumentieren – sollte, nachdem jahrzehntelang von Vollbeschäftigung geträumt wurde und alle Parteien den Arbeitsplatz an sich in den Himmel hoben, auch die richterliche Toleranz gegenüber Aktionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen größer geworden sein.

Die Macht des Faktischen

Soweit zu den allgemeinen Überlegungen. Konkret aber setzt man sich, wie bereits erwähnt, einem gewissen Risiko aus. Eines davon ist die „Macht des Faktischen".

Bei angekündigten Massenentlassungen steht diese Macht zunächst einmal auf Seiten des Unternehmers: Die Dichtmacher sind vorbereitet, sie haben einen generellen und einen Zeitplan, haben Margen und Fristen vorgesehen; sie sind sich ihrer sicher, die Betroffenen hingegen fallen oft aus allen Wolken. Solche Vorgänge wiederholen sich tagtäglich tausendfach. Es kommt nun darauf an, die Pläne der Gegenseite zu durchkreuzen. Sei es durch Öffentlichkeitsarbeit, Streik, Bummelstreik oder Besetzung. Der Möglichkeiten gibt es viele, aber sie müssen dort treffen, wo es weh tut.

Diese neuralgischen Punkte herauszufinden, gelingt wohl kaum in letzter Minute. Denn dazu zählen nicht nur die Analyse der Produktionszusammenhänge, der Lagerbestände und Finanzen des Unternehmens, sondern auch der Zusammensetzung der Belegschaft. Denn nur allzu oft machen sich die Bosse Spaltungslinien innerhalb der Belegschaft zunutze, ja schaffen sie selbst mit (z.B. durch Lohnhierarchien, verschiedene Vertragsverhältnisse usw.) und kalkulieren sie in ihre Pläne mit ein. Daher muss es Ziel jeglicher Vorbereitung sein, diese Spaltungen zu überwinden. „Das Beispiel der Officine von Bellinzona zeigt nun", so Thomann, „dass dies nicht langsam und allmählich geschieht, sondern schlagartig in dem Augenblick, als eine Gruppe entschlossener Arbeiter es versteht, zum Kampf aufzurufen und die andern mitzureißen."

In diesem Moment tritt das Kräfteverhältnis zwischen den Beteiligten offen zu Tage. Nun entfaltet sich der Mechanismus zwischen den verschiedenen Faktoren: Streik und/oder Besetzung, Öffentlichkeit, Gerichte und Staatsmacht, Unternehmer, Gewerkschaften. Je mehr Rückhalt eine Belegschaft in der Bevölkerung hat, desto weiter kann sie gehen. Je mehr das Unternehmen (noch) auf die Produktion angewiesen ist, desto effektiver ein Streik; und je gefüllter die Lager, umso wichtiger die Besetzung. Denn wenn die Waren im Lager nicht verkauft werden können, steigen die Kosten für die Lagerhaltung. Zudem können die Waren später in die Konkursmasse eingehen, um die Auszahlung ausstehender Löhne und/oder Abfindungen zu gewährleisten. Und je dynamischer und einmütiger eine Bewegung ist, je mehr Rückhalt es in der Bevölkerung gibt, desto zurückhaltender sind auch Staatsmacht und Gerichte.

Jeder Umstrukturierung, und sei sie noch so sehr politisch motiviert, etwa um eine Gewerkschaft zu brechen, liegt eine Kostenkalkulation zugrunde. Daher kommt es darauf an, entweder die Kosten der Umstrukturierung in die Höhe zu treiben, oder den politischen Preis, d.h. zum Beispiel den Image-Schaden zu erhöhen. Denn erst wenn die Position der kämpfenden Belegschaft mit Blick auf entweder die finanziellen Kosten oder die öffentliche Meinung gefestigt ist, haben sie selbst mächtige Fakten geschaffen, die von der Gegenseite ein Einlenken erzwingen. In einer solchen Situation ist es dann durchaus üblich, Gesetzesüberschreitungen in die Verhandlungsmasse einzubringen und Anklagen auch vertraglich auszuschließen.

Nur ein kleiner Vorgeschmack

Um es gleich vorweg zu nehmen: Es wäre schlichtweg Selbstbetrug, in den bisherigen Aktionen ein „Signal für eine Radikalisierung der Verhältnisse" zu sehen – zumindest auf kurze Sicht. Dennoch sind direkte Aktionen solchen Ausmaßes auch über den pragmatischen Nutzen hinaus von – symbolischer, sozialer und politischer – Bedeutung.

Symbolisch insofern, als dass Betriebsbesetzungen bestehende Machtverhältnisse wenn nicht brechen, so doch zumindest aussetzen.

Unter sozialen Gesichtspunkten fallen sogleich die Netzwerke ins Auge, die bei der Zusammenarbeit in unbekannter und dramatischer Situation entstehen. Wenn Betriebsbesetzungen auch nicht immer ein Moment der Stärke darstellen, so bietet die Außerkraftsetzung des „business as usual" doch den nötigen Raum, um im Handeln eine verloren geglaubte Kollektivität wiederzuentdecken und neue Stärke zu entwickeln. Dieser Raum besteht konkret in den üblichen Vollversammlungen der ArbeiterInnen und Gewerkschaften sowie in den Arbeitskreisen einer etwaigen Solidaritätsbewegung.

Politisch fallen v.a. jene Belegschaften ins Gewicht, die den Betrieb in Selbstverwaltung weiter betreiben; ob nun als Alternative oder im Warten auf einen Investor ist erst mal zweitrangig. Entscheidend ist das lebendige Beispiel einer Fabrik ohne Chefs: eines Betriebs, der von allen Beschäftigten gleichberechtigt weitergeführt wird. Denn letzten Endes steht die Schlussfolgerung, mit der Alix Arnold im *express* argentinische ArbeiterInnen zitiert: „Wenn wir die Fabriken leiten können, sind wir auch in der Lage, das Land zu regieren."[14]

Auf der betrieblichen Ebene kommt noch eine weitere, etwas unscheinbarere Möglichkeit ins Spiel: die der „Doppelherrschaft". So beschreibt ein Labournet-Autor im Februar 2009 die Situation nach der erfolgreichen Bewegung in der Kleinstadt Bellinzona: „Während des Kampfes hatte die Belegschaft neun Forderungen gegen die Geschäftsleitung durchgesetzt, darunter ... die Verpflichtung, alle Entscheide, welche die Arbeiter betreffen (z.B. Überstunden) vorrangig mit dem Streikkomitee abzusprechen und das Recht, während der Arbeitszeit Betriebsversammlungen abzuhalten. Das Streikkomitee macht von seinen erkämpften Rechten sparsamen, aber wirkungsvollen Gebrauch. ... Durch Besetzung und Streik ist eine kommunikative Widerstandskultur entstanden, die bis heute lebt."[15]

Hier mögen Einwände laut werden, dass sowohl Selbstverwaltung als auch Doppelherrschaft äußerst fragil seien und die Errungenschaften früher oder später kassiert werden. Gleichzeitig ist aber festzuhalten, dass das Scheitern einer Unternehmenskollektivierung vorrangig ökonomische und nicht willentlich-politische Ursachen seitens der ArbeiterInnen hat.[16]

Auf wirtschaftlichem Gebiet wiederum lassen sich letztlich für die pessimistische wie für die optimistische Auffassung Beispiele finden: Zu nennen wäre da einerseits die aus der Nordhausener Betriebsbesetzung hervorgegangene „Strike Bike GmbH" (seit 2008), die erheblich bescheidener ins Rennen geht, als ursprünglich angedacht; andererseits die selbstverwaltete Produktion bei INNSE, die nur durch einen Polizeieinsatz beendet werden konnte. Die Mailänder ArbeiterInnen hatten Übereinkünfte mit Zulieferern und Abnehmern getroffen und nichts spricht dagegen, dass sie dem Beispiel der *Meriden Motorcycle Cooperative* in England hätten folgen können. Im Jahr 1974 aus einer Besetzung hervorgegangen, bestand diese Produktionsgenossenschaft bis 1983. Und wer möchte sagen, dass es sich für neun Jahre nicht zu kämpfen lohnt?

Auf die Mischung kommt es an

Keineswegs, auch das zeigte der ArbeiterInnenkampf bei INNSE, kann und sollte sich eine kämpfende Belegschaft auf eine Aktionsform versteifen. Wichtig ist es, das Ziel im Auge zu behalten und ggf. eine neue Situation neu zu analysieren. So antworteten die ArbeiterInnen in Italien auf die Räumung der Besetzung mit einer Werksblockade, und erwiderten auf deren Brechung mit der Besetzung eines einzigen Krans und der Fortführung von Kundgebungen. Während sie zu Beginn also sogar die Produktion weiterführten, verlegten sie sich gedrungenermaßen auf die Verhinderung des Abtransports und scheuten letztlich auch eine rein auf „die öffentliche Meinung" zielende Aktion nicht. Obwohl sie objektiv immer weiter in die Defensive gedrängt wurden, gelang ihnen der Durchbruch letztlich doch – nach 15 Monaten des Kampfes wurde den ArbeiterInnen zugesichert, dass die Produktion bis mindestens 2025 ohne Stellenabbau weitergeführt wird.

In der Bundesrepublik sind die massiven Massenentlassungen, die die Politik wegen ihrer sozialen Sprengkraft fürchtet, bisher ausgeblieben. Gehörigen Anteil daran hat die Kurzarbeit, mit der die Unternehmen zudem einen Teil der Kosten der Krise auf die Arbeitslosenversicherung abgewälzt haben. Derweil ist nicht unwahrscheinlich, dass das dicke Ende noch kommt... Für diesen Fall lohnt es sich, vorbereitet zu sein: Die Bosse sind es. Sind es auch die ArbeiterInnen, ihre Gewerkschaft und der Betriebsrat?

Eine Besetzung des Werks ist einer Blockade wohl meist vorzuziehen. In beiden Fällen, sofern die Blockade effizient ist, werden zwar alle elementaren Produktionsfaktoren eingefroren. Der wichtige Unterschied ist aber der, dass gerade im Winter die Blockade den eindeutigen Nachteil hat, den Kreis der aktiven KollegInnen auf einen harten Kern zusammenzuschmelzen – was letztlich die gewerkschaftliche wie politische Schlagkraft untergräbt. Die Betriebsbesetzung ist für den Widerstand gegen Werksschließungen generell vielleicht *die* geeignete Aktionsform, die kugelsichere Weste für die Beschäftigten, wenn ihnen der Boss die Pistole auf die Brust setzt.

Sollten sich Besetzungen massiv häufen, verschiebt sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis soweit zugunsten der Lohnabhängigen, dass sich alternative Lösungsansätze aufdrängen. Das soziale Erdbeben wird dann stattgefunden haben. Denn soviel ist klar: In einer Krise werden die Weichen für die kommenden Jahre gestellt, sei es in Richtung Flexibilisierung und Unterwerfung oder in Richtung Dynamisierung und Stärkung der Arbeiterklasse insgesamt.

André Eisenstein

[12] So entschied das BAG 2007, anders als die Vorinstanzen, dass ein Solidaritätsstreik nicht grundsätzlich unzulässig ist. Demnach ist ein solcher Streik rechtlich unbedenklich, wenn er zur Unterstützung des Hauptarbeitskampfs geeignet, erforderlich und angemessen ist (1 AZR 396/0).

[13] So machte etwa Opel nach dem wilden Streik von 2004 keine Schadensersatzforderungen geltend.

[14] Siehe *Express* 11/2006; online: http://www.labournet.de/internationales/ar/arnold.html.

[15] Dieter, „Fabrikbesetzungen bei Innse (Mailand) und Officine (Schweiz)"; http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/erfahrung/ad_besetzungen.pdf.

[16] In diesem Kontext wäre eine Untersuchung der Risiken und Chancen einer Genossenschaftsgründung in Dtschld. sicher von Interesse; umso mehr als sie einen Vergleich mit den Regelungen in anderen Staaten anstellen und auch die Entwicklung der dtsch. Genossenschaftsbewegung (sowohl der historisch sozialdemokratisch geprägten, als auch der alternativen im Geiste der 68er) analysieren könnte.

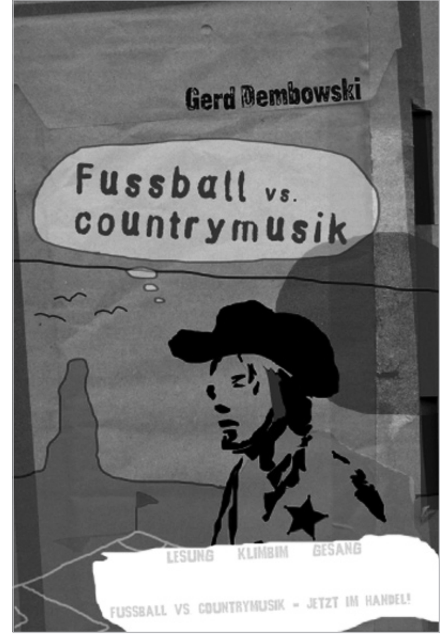
Eine Besetzung findet nicht statt

Bewegung gab es auch im Mai 2009 beim Autozulieferer Mahle in Alzenau. Mustergültig war die standortübergreifende und internationale Solidarität der Konzernbelegschaft. Nach einem Besuch im Strasbourger Werk besetzen die KollegInnen ihre Werkskantine – an dem wilden Streik, der 2½ Tage dauerte, beteiligten sich 350 der 420 ArbeiterInnen. Die Konzernleitung rückte daraufhin von ihren Schließungsplänen ab; die kollektive Aktion hat also an einem Tag mehr erreicht als wochenlange Verhandlungen der „Sozialpartner". Die IG Metall-Funktionäre des Bezirks unterstützten dieses Vorgehen der Belegschaft nicht. Mehr noch! Sie schüchterten die KollegInnen ein: Polizei und Staatsanwaltschaft stünden zum Eingreifen bereit und die Medien würden davon ausgehen, dass Blut fließt, falls die Belegschaft weiterhin den Abtransport der Lagerbestände blockieren sollte. Die Diskussion über eine Besetzung brach daraufhin in sich zusammen, die Lager wurden geräumt... und der Schließungsbeschluss? Der wurde in der Vereinbarung zwischen Konzernleitung und Gesamtbetriebsrat inoffiziell aufrechterhalten: Zwei Jahre Kurzarbeit, anschließend Sozialplan und Transfergesellschaft. Seit Ende Mai ist es nun wieder ruhig in Alzenau.

Mit Folk & Country gegen die Nationalhymne

Gerd Dembrowski, Musiker, Künstler und Medienaktivist, traf sich mit DA-Kultur zum Gespräch

Es ist ein trüber Tag im Mai, und wir haben es uns gemütlich gemacht: bei Tee und Kaffee plaudern drei übernächtigte Menschen über Fußball, amerikanischen Folk und subversive Kunst. Jan-Hinnerk, der beim Kieler „Arbeits- und Aktionskreis kritischer Studierender" aktiv ist, hat Gerd Dembrowski von der am Vorabend stattgefundenen Veranstaltung an der Uni mitgebracht. Und jetzt sitzen wir im Gemeinschaftsraum des Wohn- und Kulturprojekts „Alte Meierei" in Kiel, und die Gedanken fangen an, munter umher zu springen.



Ein ungewöhnliches Duell...

„Ich habe so zusagen diesen Spirit aus den USA aufgenommen, für neue musikalische Ausdrücke." Es geht um Gerds Programm „Fußball und Countrymusik", das er diesen Abend in einer linken Kneipe in Kiel performen wird. Und seine langen, abenteuerlichen Streifzüge durch die Staaten. 35 davon hat Gerd an der Seite der anarchistischen Folk-Punk Band „Ghost Mice" bereist, eine Band, die sich auch schon mal durch das heimliche Aufspringen auf Güterzüge fortbewegt. Überhaupt erinnerte die anarchistische US-Szene Gerd aufgrund ihres ausgeprägten DIY (Do-It-Yourself) Charakters an romantische Wildwest-Filme: Kollektives Leben in Zeltdörfern, Hardcore und Punkkonzerte, die unplugged gespielt werden und sich deshalb wie Country und Folklore anhören, und überall die Geschichtsschreiber, die den Aufbruch einer neuen Bewegung dokumentieren. Doch diese scheinbare, anarchistisch angehauchte Flower-Power-Neuauflage ist in Wirklichkeit Ausdruck der tief sitzenden sozialen Krise, die in den USA schon lange vor der Pleite von Goldman-Sachs und Lehmann Brothers Realität war. DIY, das ist nicht bloß ein Phänomen zivilisationsmüder Mittelständler, sondern eine notwendige Lebensform für viele US-AmerikanerInnen, die durch das kaum vorhandene soziale Netz gefallen sind. Doch diese Lebensformen werden zunehmend kollektiv gelebt und organisiert, und wo diese wachsenden Netzwerke in Konflikt mit dem Staat geraten, werden sie von der Bewegung verteidigt. Gerd fühlt, wie der Anarcho-Syndikalismus in den USA an „Mut und Kraft zum Durchstarten" gewinnt.

Subversive Kunst nach dem Scheitern des „Konzepts Kommunikations-Guerilla"

Gerd Dembrowski, dieser Name steht in Deutschland für Provokationen vor allem gegen den möchtegern-spaßigen Fußball-Nationalismus. Als hierzulande das „Sommermärchen 2006" gefeiert wurde, machte sich Gerd mit Freunden und KollegInnen daran, den von den MärchenerzählerInnen in Medien und Politik unerwähnten Horror der ganzen Geschichte ins Lampenlicht zu rücken. Mit Kampagnen wie der „Vorrunden-Aus 06" wurde eine Form gewählt, die sich von der schon längst zur Popkultur avancierten „Kommunikations-Guerilla" abgrenzte. „Um den aggressiven Nationalismus, der gerade mit dem medialen Jubelfeuerwerk zur WM einherging, sichtbar zu machen, brauchte es deutliche und krasse Aussagen. Wir wollten unsere impressionistischen Ausdrücke klar vermitteln; eine in den Diskurs eingebettete Guerilla-Taktik wäre da nutzlos gewesen." Und so wurde sich gut 2 Jahre auf den absehbaren Alptraum vorbereitet, den die „WM im eigenen Land" mit sich brachte.

Reif für die Insel

Zum Start der WM inszenierte Gerd seine Flucht vor dem nationalen Party-Wahn auf eine Insel – eine Flucht, die es in Wirklichkeit nie gegeben hatte. Von seinem Exil, so schien es, kommentierte er nun die Geschehnisse in Deutschland. Und zu thematisieren gab es vieles: Etwa die Anstrengungen, die CDU und Springerpresse unternahmen, um mit der GEW eine Gewerkschaft, die sich der verordneten Massenekstase widersetzte, exemplarisch alle Widerspenstigen an den nationalen Pranger zu stellen. Die von der „Naturfreunde Jugend Berlin" getragenen Kampagne „Vorrunden-Aus 06" konnte noch viel extremere Hasstiraden aus dem nationalistischen Mob auf sich laden – was natürlich genau dem Konzept entsprach. Schon der simple Wunsch, dass die deutsche Elf doch so früh wie möglich ausscheiden möge, reichte, um als „Verräterschwein" mit Todesdrohungen konfrontiert zu werden. Die Fassade vom „positiven Nationalismus" ließ sich mit erschreckender Einfachheit einreißen. „Die Medien haben systematisch nationalistische Gewalttaten während der WM verschwiegen." Die Kampagne *Kick It!* und eine antirassistische Demo in Berlin waren Versuche, sich diesem Schweigen entgegenzustellen. Angesichts der prominenten nationalen Einheitsfront von Sönke Wortmann über MIA bis zu Günther Grass und Martin Walser ein äußerst schwieriges Unterfangen.

„Fußball ist ja so eine Art Trainingsfeld für kapitalistische Herrschaftsformen."

Gerd spielt damit auf die Transformationen von prägenden Elementen des modernen Fußballs wie auch der Gesellschaft an: Rassismus, Sexismus, Kommerz und Gewalt. Gerade Deutschland stellt sich heutzutage gerne als ein verwundetes Opfer dar, das vom Rest einer nachtragenden Welt angefeindet wird, sich aber trotzig seinen eigenen Patriotismus gegen die Missgunst der Anderen herausbildet. Die EM 2008, so Gerd, habe dies ganz deutlich gezeigt: Völlig an der Realität vorbei stellte das Fernsehen die friedfertig feiernden Deutschen auf der einen, aber randalierende türkische, niederländische und russische Horden auf der anderen Seite dar. Wider besseren Wissens wurde der Eindruck erzeugt, „Wir" seien ja nicht so. Eine soziologische Studie deutscher Stadien fördert anderes zutage: Nach der brachialen Durchkommerzialisierung der ersten Bundesliga, in der alles auf die Bedürfnisse der Fernsehsender und Sponsoren zurechtgeschnitten wurde, werden weniger gut betuchte Menschen genauso in die unteren Ligen abgeschoben, wie sie schon lange in die verarmten Ränder der Großstädte umgesiedelt wurden. Und genau wie dort schlägt die Brutalität gesellschaftlicher Ausgrenzung auch hier oft genug in nackte Gewalt um. Identifikation und Hass, das sind zwei Seiten der selben Medaille einer von oben entpolitisierten Unterschichtenkultur. Fußball als Massenphänomen bewegt sich immer in diesem Feld. Und ist somit auch nicht vollends kontrollierbar. Auf der Suche nach neuen Wachstumsfeldern soll Fußball zunehmend weibliche Konsumentinnen ansprechen; doch der aggressive Fußball-Sexismus, er ist trotz aller Weichspülbemühungen kaum zu bändigen. Und so ist auch heute nur jede siebte Person in einem deutschen Fußballstadion eine Frau.

Vor allem aber steht Fußball, wie Gerd zum Ende unseres Gesprächs hinzufügt, für die Verwirklichung einer Gefahr, vor der schon Rudolf Rocker warnte: „Der Nationalismus ersetzt die Religion."

Marcus Munzlinger

Geschlossene Gesellschaft im Club der Eitelkeiten

Teil 4 der DA-Kulturdiskussion

Im Rahmen der Veranstaltungen zum 20-jährigen Geburtstag des besetzten autonomen Zentrums Rote Flora *in Hamburg organisierte die Gruppe* Kritikmaximierung *eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kunst, Avantgarde und gesellschaftliche Emanzipation". Eigentlich perfekt für den 4. Teil der kulturkritischen Diskussion in der DA...*

Hoch waren die Erwartungen an diesen Tag. 20 Jahre *Rote Flora*, ein Polit- und Kulturzentrum, das in der Debatte um Subkultur und Gentrifikation eine Vorreiterrolle einnimmt; endlich mal eine kulturkritische Diskussion vor breitem Publikum; und dann noch das Tocotronic-Konzert im Anschluss. Drei Stunden nach Betreten der *Flora* war diese Vorfreude einer Katerstimmung aus Kopfschmerzen und plötzlicher Müdigkeit gewichen; auch Tofu-Burger und Bier konnten hier kaum noch Abhilfe schaffen.

Kritik als Selbstbeweihräucherung

Das Konzept der Podiumsdiskussion war im Prinzip recht gut gedacht: Vier Kulturschaffende aus unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlichen Positionen gegeneinander antreten zu lassen, und das alles unter Einbindung des Publikums. Eingeladen waren Till Gathmann (Künstler, Leipzig), Rosa Perutz (antinationale Organisierung in der Kunst), Kerstin Stakemeier (Kunsthistorikerin, Berlin) sowie Autor und Filmemacher Stephan Geene (b_books, Berlin). Nach ihren Eingangsstatements, die meist eher einer Vergewisserung der eigenen rhetorischen Fähigkeiten als einer tatsächlichen thematischen Positionierung glichen, entspann sich eine haarsträubende Diskussion um ‚Form und Inhalt' von Kunst. Ist es legitim, mit der bürgerlichen Ästhetik zu brechen? Ist Kritik an Hochkultur nicht per se rückwärtsgewandt? Kann ein Mensch, der nicht Chopin hört, überhaupt Kunstkritik äußern? Als Avantgarde setzten sich ReferentInnen und Publikum an diesem Abend selbst. Nicht ein einziges Mal wurde die eigene Stellung, geschweige denn die Funktion von Kunst in der Gesellschaft reflektiert. Künstlerische Tätigkeit und die Fähigkeit, darüber elaboriert debattieren zu können, galten anscheinend für sich schon als Ausdruck gesellschaftlichen Fortschritts. Und so konstruierte sich eine stolze ‚Bildungsoberschicht' ihren Status, indem sie Belanglosigkeiten aus dem Kunststudium austauschte.



Foto: Libertad181 (commons.wikimedia.org)

20 Jahre Flora-Besetzung – Grund zum Feiern, Anlass für viele Diskussionen

Des Pudels Kern

Allein von Seiten der Gruppe Rosa Perutz wurde im Laufe der Diskussion daran erinnert, dass es sich bei dem Ganzen doch um eine linksradikale Veranstaltung handeln sollte. Doch auch dieser Hinweis vermochte nicht, einen Bezug zur Realität oder gar zu einer eventuellen kunstpolitischen Praxis in die so genannte Diskussion zu bringen. Vielmehr trafen diejenigen ReferentInnen den richtigen Publikums-Ton, die sich am deutlichsten von jeglichen linken Umtrieben distanzierten. Der gesellschaftskritische Anspruch verkam zu einer Abrechnung mit linksradikaler Kultur und Praxis. Dies ist selbstverständlich mehr als legitim; da jedoch die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge komplett ausgeblendet wurden, erschien solch ein Ansinnen mehr wie ein snobistisches Naserümpfen denn als ernst gemeinte, geschweige denn konstruktive Kritik. Denn tatsächlich ging es doch an diesem Abend nie um „gesellschaftliche Emanzipation". Die Frage, ob eine Kritik oder Ablehnung bürgerlicher Hochkultur nicht in Wirklichkeit reaktionär sei, offenbarte das tatsächliche Thema: Die Zurückweisung von Kapitalismuskritik und Fundamentalopposition als veraltete, verkürzte und im Kern anti-aufklärerische Gesinnung.

Ein Kommentar von Justus Janses

Zur Kultur der sexuellen Befreiung

Für eine Renaissance des Feminismus

Am Hindukusch verteidigt die Bundeswehr ja bekanntlich nicht bloß deutsche Interessen, sondern vor allem auch die Rechte von Frauen. Diese propagandistische Rechtfertigung des Afghanistan-Krieges ist das deutlichste Beispiel dafür, wie im Zuge der Assimilierung von Protest Begriffe wie „Emanzipation" und „sexuelle Revolution" in den letzten Jahrzehnten pervertiert wurden.

In fast allen europäischen Staaten war die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der ersten Umbruchsphase 1916-1925 nur als Stückwerk verlaufen: Zwar wurden in dieser Zeit Frauen die Bürgerrechte wie etwa das Wahlrecht zugesprochen, doch blieben vor allem in juristischen und arbeitsrechtlichen Fragen Männer weiterhin klar überprivilegiert. Die Rechte auf Selbstbestimmung der Finanzen und des Haushaltes, auf Arbeit, Gleichstellung im Job, auf Abtreibung u.v.m. wurden erst im Zusammenhang mit der weltweiten Revolte von 1968 sowie ihrer Folgegeneration erkämpft. An diese Kämpfe dockte eine emanzipatorische Linke an. In den 60er und 70er Jahren stellte der radikale Feminismus eine soziale Bewegung dar, die den westlichen Herrschenden durchaus bedrohlich wurde. Ohne den Druck dieser Radikalität wäre der bürgerliche Feminismus als Ventil womöglich weitaus weniger erfolgreich geblieben, als er ohnehin schon ist: Berufliche Chancengleichheit existiert auch heute meist nur auf dem Papier.



Libertäre Freidenkerin: Franziska zu Reventlow (1871-1918)

Sexuelle Befreiung und Herrschaftskritik

Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte lang war in undogmatischen linken Kreisen sowie der anarchistischen Szene der Bruch mit der bürgerlichen Moral immer mit dem Postulat einer „freien Liebe" verbunden. Auf sie referierten Männer und Frauen durchaus unterschiedlich: Während männliche Autoren meist die Scheinheiligkeit einer prüden Gesellschaft anprangerten, ging es libertären Frauen vor allem auch darum, die Existenz einer eigenen Sexualität überhaupt erst in den Diskurs einzubringen. Es war zum einen ein Aufbegehren gegen die beliebige sexuelle Verfügbarkeit von Frauen gegenüber ihren Ehemännern; darüber hinaus gelang es in erster Linie libertären Frauen, ein Forum für die Thematisierung von weiblicher Sexualität zu schaffen, die in der Gesellschaft meist schlichtweg geleugnet wurde. Exemplarisch dazu Franziska Reventlow, eine literarisch-politische Freundin Erich Mühsams: „Vielleicht entsteht noch einmal eine Frauenbewegung in diesem Sinn, die das Weib als Geschlechtswesen befreit, es fordern lehrt, was es zu fordern berechtigt ist, volle geschlechtliche Freiheit, das ist, freie Verfügung über seinen Körper". Erich Mühsam unterstützte diesen Ansatz: „Allein die Vorstellung macht mich schaudern, dass es Frauen gibt, die im ganzen Leben nur ihren glatzköpfigen, schmerbäuchigen, kloßhändigen, schweißrüchigen Ehegatten geküßt haben." Wahrscheinlich trägt der Umstand, dass Erich Mühsam, Autor der Studie „Die Homosexualität. Ein Beitrag zur Sittengeschichte unserer Zeit" als heterosexueller Mann bereits um 1905 praktische Solidarität mit Opfern sexueller Unterdrückung ausübte, dazu bei, dass in seine zahlreichen erotischen Gedichte meist durchaus ein feministischer Inhalt interpretiert wird. In der heutigen Debatte um Bertold Brecht trifft dies jedoch viel weniger zu. Bei ihm gehen die Meinungen weit auseinander: Für die einen sind Brechts erotische Werke ein proletarisches Gegenstück zur verklärten platonisch-geistlichen Darstellung von Liebe in der bürgerlichen Hochkultur; aus der Sicht eines konsequent de-konstruktivistischen Ansatzes sowie der Gender-Studies wird hier hingegen der patriarchale Blick auf Sexualität reproduziert. Brecht ersetzte die spezifische sexuelle Verfügbarkeit von Frauen gegenüber einem einzigen Ehemann durch eine prinzipielle gegenüber allen Männern.

Sexuelle Revolution: 1968 in Berlin, 2009 in Kabul?

Dass in den Slogans und Phrasen der 68er Revolte und ihren Folgen die negative Kehrseite einer „sexuellen Befreiung der Gesellschaft" bereits angelegt war, wird heute breit diskutiert. In der Utopie einer Welt, in der die „Triebe befreit" seien, schwang zwar immer auch das Recht auf Faulheit und Selbstbestimmung mit; in der Praxis setzten jedoch viele Männer ihre Interpretation solch einer „Befreiung" als sexuelles Druckmittel gegen Frauen durch. Dieses Umschlagen einer freiheitlichen Idee zum Unterdrükkungsmechanismus stand von Anfang an im Zusammenhang mit der Vereinnahmung der Bewegungen durch den gesellschaftlichen Rahmen; vor allem jugendliche Männer erkämpften sich eine Freiheit, für die die Unterhaltungsindustrie einen reichhaltigen Markt erschuf. Der bis dato „inhaltslose" Körper der gesellschaftlich unsichtbaren Frau wurde zu einem Produktionsfaktor, der weit über Prostitution und Pornografie hinausging. *Sex sells*, diese Zweiwörter-Weisheit ist ein dem heutigen Diskurs um Sexualität tief zu Grunde liegendes Element. Durch das medial verbreitete Bild einer ständig dem Schönheitsideal entsprechenden, sexuell ständig begehrenden und verfügbaren Frau werden Milliarden in Werbung, Mode, Film, Internet, Ernährungsindustrie und Pharmazie umgesetzt. Tiefe psychische und physische Verletzungen von Frauen und Mädchen sind die Folge; magersüchtige Tendenzen bei jedem dritten Schulmädchen sind nur ein Beispiel von vielen. Die Darstellung des Afghanistan-Krieges als Befreiungsfeldzug gegen die Unterdrückung von Frauen erzeugt in diesem Zusammenhang das Bild, als ob es für Frauen weltweit nur zwei Perspektiven gäbe: entweder ein Leben in Burka und Knechtschaft oder als Magersüchtige in pornografischer Dauerselbstdarstellung, ein Bild, das dem Islamismus direkt in die Hände spielt. Religiöse und kommerzielle Frauenverachtung reproduzieren sich in diesem Krieg gegenseitig.

Martha Johannsen



Kuczynski-Preis 2009 geht an Van der Linden

Dem Forschungsdirektor am Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG), Marcel van der Linden, wurde im September der René-Kuczynski-Preis 2009 verliehen. Der Autor, der vielen durch die Broschüre *„Aufstieg und Niedergang des revolutionären Syndikalismus"* bekannt ist, wurde damit für seine langjährigen Anstrengungen zur Erneuerung der Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung ausgezeichnet. Mit seinen interdisziplinären Studien trug van der Linden zu einer Global Labour History bei, die den traditionellen Eurozentrismus und methodischen Nationalismus sowohl der Bewegung als auch der Forschung zu überwinden trachtet. Zuletzt erschien von ihm auf Deutsch der Sammelband *„Über Marx hinaus"*. Der Kuczynski-Preis für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte wird jährlich von der International Conference of Labour and Social History vergeben. (AE)

David Thomas sieht überall nur Mère und Père Ubus

Interview

Noch vor Punk gründete David Thomas in Cleveland/Ohio die Neopost-Punkband „Pere Ubu", inspiriert von Alfred Jarrys absurd-skurrilem Theaterstück „Ubu Roi", das 1896 (!) bei seiner Uraufführung in Paris für einen veritablen Skandal sorgte: Dada, Surrealismus und Punk-Avantgarde vorwegnehmend. In diesem Jahr veröffentlichte die Band das Album „Long Live Père Ubu", welches sie live als kongeniales Spektakel zu Jarrys Oeuvre inszenierten.

Du sollst gesagt haben, Eure neue CD „Long live Père Ubu" sei Eure erste richtige Punk-Platte seit 30 Jahren...

Nein, es ist die einzige Punk-CD seit 1979 überhaupt! Es kommt natürlich drauf an, wie du Punk definierst. Punk verkam sehr schnell zur bloßen Mode, zum bedeutungslosen netten Accessoire. Alle waren auf der gleichen Linie und wiederholten noch und noch dieselben Gedanken auf eine sehr jugendliche, wenn nicht gar pubertäre Weise.

Unsere CD ist deshalb besonders, weil sie ganz Alfred Jarry ist. Denn er hatte eine jugendlich-absurde Punk-Attitüde. Dies Ding attackiert jeden, geht harte Themen an wie Weltverbesserei, diesen alles beherrschenden Glauben der westlichen Zivilisation, und besagt, dass Weltverbesserei richtig schlimm ist. Habt ihr Weltverbesserer in Deutschland? Weltverbesserer sind Leute, die sich in das Leben anderer einmischen mit dem naiven Ziel, sich selbst dabei besser zu fühlen.

Uns fällt auf, dass heute verstärkt über Dada, Surrealismus und Punk reflektiert wird, dass auch viele Gruppen von vor dreißig Jahren wieder auftauchen.

Ich denke, sie sollten gar nichts sagen. Wenn du versuchst, noch im Jahr 2009 Punk zu sein, dann sollte es lieber als Reflektion darüber sein, dass seit 1979 dreißig Jahre vergangen sind. Da gibt es nichts zu wiederholen. Du solltest dich weiter entwickeln. Das erste Mal tat es jeder eben am besten. Das ist wie mit dem 60er Rock: Die damaligen Bands konnten das einfach besser. Es gibt keinen Grund zurückzuschauen. Das ist das gleiche mit Dada, Surrealismus und all diesen Sachen. Du kannst dieses Spiel einfach nicht aufrechterhalten. Es mag nostalgisch oder historisch informativ sein, aber ich brauche mir die verdammten Bilder nicht anzugucken. Ich habe die Ideen von vor fünfzig, sechzig Jahren aufgesogen. Der Surrealismus ist eine fundamentale Idee. Wenn du den Surrealismus nicht kennst, verstehst du absolut nichts von der modernen Welt. Auf der anderen Seite gibt es keinen Grund dafür, das alte Zeug endlos wiederzukäuen. Die Kernidee muss voran getrieben werden. Es gibt viel zu viele Leute, die so tun, als hätten sie die Idee gerade erst entdeckt.



Sind wir nicht alle ein bisschen Ubu?!

Du nimmst ja klaren Bezug auf den fantastischen Alfred Jarry, der Dada und Surrealismus regelrecht vorweg genommen hat. Was kann man denn mit dem Potential von damals heute machen?

Ich bin seit 1975 immer wieder danach gefragt worden, ob ich nicht eine Adaption von Alfred Jarrys „Ubu Roi" machen wolle. Ich sagte immer nein, hatte keinen Bezug dazu, das war mir alles zu nostalgisch. Jetzt, als ich nach Ideen für mein neues Album suchte, dachte ich mir, wenn nicht eine Adaption, so könnte es doch eine gute Inspiration sein. Denn ich konnte so mehrere Intentionen kombinieren. Ich wollte eine Platte produzieren, wo der Sound selbst eine narrative Stimme ist. Ich war es leid, diese übliche Art von Album zu machen, wo ein Song dem anderen folgt. Daher die Idee einer zusammenhängenden Erzählung. Außerdem wollte ich die ganze Band involvieren: Die Show ist unglaublich radikal. Keine andere Band hat je zuvor absolut alles selber gemacht, vom Spielen der Charaktere über Tanzeinlagen bis hin zur Musik.

Natürlich hatte ich dabei Jarrys Ideen und Theorien von vor hundert Jahren im Kopf, schließlich hatte ich meine Band nach Jarrys Stück „Ubu Roi" benannt, denn „Ubu Roi" klingt besser als „Jarry". All das kristallisierte sich zu dem Projekt, das ein Mühlstein an meinem Hals geworden ist. Die Persönlichkeit von Ubu hat aber auch Jarrys Leben zerstört und das kann auch mir passieren. Dies ist das unkommerziellste, dümmste, verschwenderischste Projekt, das ich je in meinem Leben verfolgt habe. Das ist mein Waterloo... Aber ich musste es tun. Ich verstehe Alfred Jarry so: Alles, was ihr im Fernsehen seht: Überall ist Père Ubu und Mère Ubu. Jeder Politiker, jeder Analytiker, jeder Weltverbesserer...

Vielleicht könnten die Père und Mère Ubus im Fernsehen dich verstehen?

Nein, die können mich nicht verstehen. Das ist hoffnungslos. Ich kümmere mich nicht mehr darum, was die Gesellschaft denkt. Ich bin frei ...

Jorinde Reznikoff / Klaus-Peter Flügel

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Gegen Orwells Horror-Vision in echt

Des letzten Rätsels Lösung: Volkszählungffsboykott

Wegen eines Streits um die Höhe des Bundeszuschusses verzögerte sich die ursprünglich für das Jahr 1981 geplante Volkszählung auf 1983. Zweck der Zählung war vorgeblich die Infrastruktur einem veränderten sozialen Gefüge anzupassen.

Die 1983 gegen den Widerstand breiter Bevölkerungskreise durchgesetzte Stationierung von Mittelstreckenraketen, die Atompolitik sowie Großprojekte wie die „Startbahn West" oder der Rhein-Main-Donau-Kanal trugen sicher mit dazu bei, dass sich innerhalb weniger Wochen hunderte von Initiativen gebildet hatten, die zum Boykott der Volkszählung aufriefen. Viele bemängelten, die Zählung könne aufgrund der Fragestellungen keine Versorgungsmängel aufdecken. Teilweise wurde die Volkszählung als Schritt in Richtung Überwachungsstaat gesehen. Ein besonders brisanter Punkt war die vorgesehene zusätzliche Aufwandsentschädigung für das Erfassen nicht im Melderegister geführter Personen. Die Kopfprämie für Deutsche sollte 2,50 DM, für AusländerInnen 5,- DM betragen. Aufgrund von Klagen gegen die Zählung erklärte das Bundesverfassungsgericht das Volkszählungsgesetz, das '82 einstimmig im Parlament angenommen wurde, für nicht verfassungskonform. Damit war die „Volkszählung" aber noch nicht vom Tisch. So erklärte zum Beispiel die SPD, sie wolle sich sofort für eine Reform des von ihr selbst mitverabschiedeten Gesetzes einsetzen.

1987 sollte dann die Zählung tatsächlich, aber nicht ohne Widerstand, stattfinden. Die Kritik an der Zählung richtete sich in den Jahren vor '87 – anders als '83 – gegen den vom damaligen Innenminister Zimmermann vorangetriebenen Abbau demokratischer Rechte: Datensammlungen bei Polizei und Geheimdiensten, maschinenlesbare Ausweise, das zentrale Verkehrsinformationssystem ZEVIS und die Planungen zur Einführung eines einheitlichen Personenkennzeichens durch den Sozialversicherungsausweis. Auch die damals neu eingeführten Personalinformationssysteme in der Privatwirtschaft und die damit verbundenen Möglichkeiten zur Überwachung von Mitarbeitern wurden thematisiert.

Trotz umfangreicher Repressionen wuchs die Zahl der „Vobo"-Initiativen von 350 Mitte 1986 auf über 1.100 im April 1987 an. Es bildete sich ein breites Bündnis aus Angehörigen der jüdischen Gemeinden, die sich noch gut an die Befragung zur Religionszugehörigkeit 1936 erinnern konnten, über Datenschutzbeauftragte und Teile der „Autonomen" und natürlich der AnarchistInnen und SyndikalistInnen.



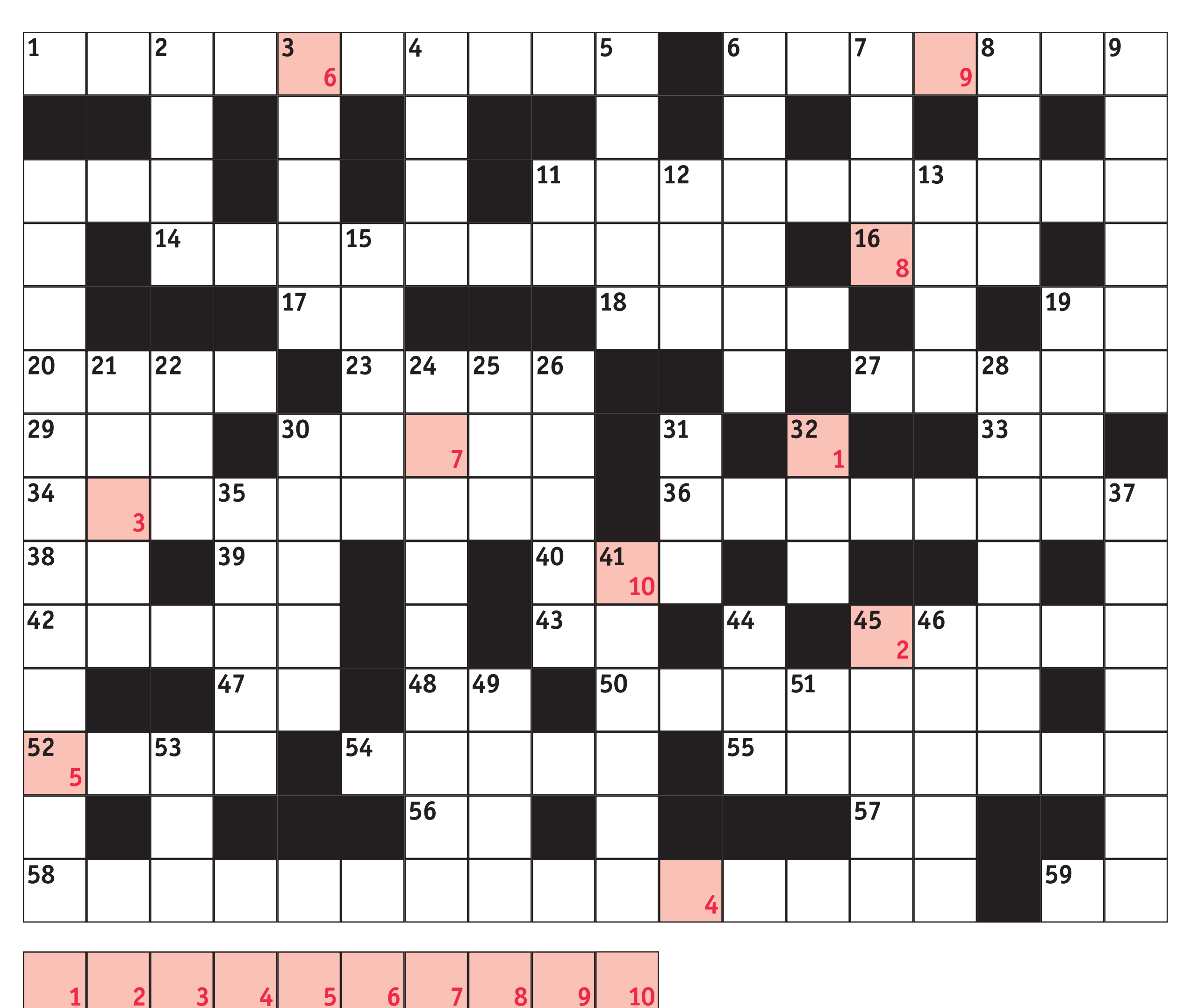
Mit allen Mitteln wurde gegen den Boykott vorgegangen. In Berlin erklärte der damalige Innensenator den Mehringhof, in dem das Büro der Initiative zum Volkszählungsboykott untergebracht war, zum „terroristischen Umfeld". Die Durchsuchung der Büros der Boykott-Initiative und der Büros des Netzwerk Selbsthilfe e.V. in der Nacht zum 1. Mai 1987 gab den Anlass zu einer Protestdemonstration gegen die Zählung und die Durchsuchungen. Die Polizei reagierte mit Tränengasgeschossen auf den Kinderspielplatz am Lausitzer Platz während des 1.-Mai-Festes. Dieses Vorgehen war der Auslöser zu den 1.-Mai-"Krawallen", die erst einmal darin bestanden, Kinder und Stände vor den anrückenden knüppelnden Einheiten zu retten.

1987 präsentierte das „Koordinierungsbüro gegen den Überwachungsstaat" in Bonn 1,1 Mio. gesammelte, unausgefüllte Volkszählungsbögen. Außerdem füllten viele die Bögen falsch aus.

Trotz einer hohen Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit ging die „Vobo"-Bewegung am Ende der 80er Jahre, nach gut fünf Jahren „Kampf", sicher nicht als „Siegerin" aus der Auseinandersetzung mit dem Staat hervor. Ein Grund mag sein, dass ihre Kritik an der Zählung oft zu oberflächlich war und das Existenzrecht des Staates nur von Minderheiten in der Bewegung angezweifelt wurde.

W.A.N.

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 62



Waagerecht

1. Maßnahmen, um die Repräsentation von Frauen oder von diskriminierten Minderheiten in Behörden, Parteien usw. zu gewährleisten 6. Pipeline-Projekt, das die EU unter Umgehung Russlands mit kaspischen Erdgasvorkommen verbinden soll (geplanter Baubeginn: 2011) 10. Frauenname 11. Unwort des Jahres 2000; damals schwadronierten rechte Parteien und MeinungsmacherInnen von der Heil bringenden deutsch-abendländischen Kultur, der sich MigrantInnen zu fügen hätten 14. mit der Verordnung dieser Maßnahme versuchen Unternehmen Auftragseinbrüche zu überbrücken, z.B. in der gegenwärtigen Krise 16. spanisch für „sehr" 17. chemisches Zeichen für ein relativ seltenes Element aus der Gruppe der Halbmetalle 18. Metallbolzen mit Kopf 19. Vorsilbe zur Bildung des Perfekts der meisten deutschen Verben 20. Grenzfluss zwischen Ungarn und Kroatien 23. Gaunerei 27. Himmelsluft 29. Umschreibung von „Öl" ohne Umlaut 30. vorgeschichtliche oder etruskische Urne 33. Kfz-Kennzeichen für Ulm 34. nicht mit dem geographischen Pol übereinstimmender Pol der Erde 36. *Wir Kinder aus ~* : eine Kinderbuchreihe bestehend aus drei Büchern von Astrid Lindgren 38. Abk. für das Saarland 39. das Wort „in" auf Französisch, Esperanto und einigen anderen Sprachen 40. halluzinogene Droge 42. linker KPD-ler, Anführer des revolutionären Aufstands 1920 im Vogtland (Ausrufung der Räterepublik) und 1921 im mitteldeutschen Industriegebiet, Vorname: Max 43. Abk. für die Eichordnung, die ergänzend zum Eichgesetz die Eichung von Messgeräten regelt 45. Jugendform mancher Tiere, v.a. Insekten 47. Kfz-Kennzeichen für Landsberg am Lech 48. Abk. für eine große Fluggesellschaft, die 2004 mit der KLM fusionierte 50. ferngesteuerter Flugkörper <engl.>, oft Cruise ~ genannt 52. geschlechtlich anziehend oder reizvoll <engl.> 54. in der Psychologie und der Philosophie anzutreffendes lateinisches Wort für die Seele 55. Begriff für eine Parteienkoalition aus CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Den Grünen: *~-Koalition* 56. chemisches Zeichen für Thallium 57. Abk. für Berufsunfähigkeit 58. gewerkschaftliches Gremium, das Lohn- und andere Forderungen auf dem Verhandlungsweg durchzusetzen versucht 59. einen Streit schüren: *~ ins Feuer gießen*.

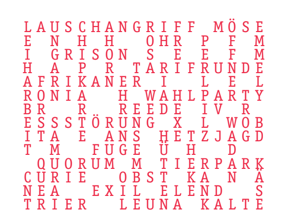
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

2. lichtundurchlässig 3. in der Chemie: reaktionsträge oder -unfähig 4. Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans, eine 1977 gegründete Frauenrechtsorganisation <engl. Abk.> 5. *~ Anarchist* und *~ Anarchy*: ökoanarchistische Zeitschriften in Großbritannien bzw. den USA 6. Familie der Schlangen 7. Zitat des türkischen Revolutionärs Nazim Hikmet: *„Leben einzeln und frei wie ein ~ und brüderlich wie ein Wald ist unsere Sehnsucht"* 8. Stadtzentrum, Geschäftsviertel <eng.> 9. Fürther FAUD-Mitglied und Kulturredakteur der Zeitung „Der Syndikalist", Vorname: Fritz (1869-1935) 10. selbstverwaltetes Jugendzentrum in Kopenhagen (ursprünglich ein Volksheim und Zentrum der Arbeiterbewegung), das 2007 abgerissen wurde; bei einer Demo Ende 2006 gegen den geplanten Abriss wurden auch etwa 30 deutsche Protestierende verhaftet 11. Kfz-Kennzeichen für Ludwigsburg 12. römisch drei 13. Bakunin meinte: *„Die ~ der Zerstörung ist zugleich eine schaffende ~"* 15. Höhepunkt, Scheitelpunkt 19. diese Farbbezeichnung wird manchmal sog. „christlichen" und anderen handzahmen Gewerkschaften gegeben 21. VertreterIn der siegreichen Richtung bei den Grünen der BRD, nachdem die sog. Fundis die Partei verließen 22. Abk. für Arbeitslosengeld 24. internationale Plansprache, das „Arbeiterlatein", entstanden 1887 25. engl. Abkürzung für „bitte wenden" (am Ende einer Seite) 26. Haut, dünne Schale 28. veraltetes Wort für Prostitution 30. Spitzname von Kreszentia Elfinger (1884-1962), Aktivistin und Frau Erich Mühsams 31. Abk. für „kortikobasale Degeneration", eine neurologische Erkrankung 32. umgangssprachlich für Toilette 35. deutsch-jüdische Literaturnobelpreisträgerin (1891-1970): ~ Sachs 37. Slogan der Antiatombewegung: *Gorleben ist ~* 41. ein „Volk" in Ostafrika und deren Sprache 44. Abk. für verschiedene anarchosyndikalistische Jugendgruppen 45. karibischer Tanz 46. Kalium-Aluminium-Sulfat, zum Gerben, Beizen und als blutstillendes Mittel verwendet 49. ich habe den logischen Zusammenhang verloren: *mir ist der ~ gerissen* 51. Abk. für Samstag 53. die ersten drei Buchstaben des Namens eines Unternehmens, das u.a. Fotokopierer herstellt; in einigen Ländern wird der Name als Synonym zu Fotokopieren benutzt

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München). Gewonnen hat diesmal Markus aus Berlin.

Auflösung # 61



DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 197: 11. Dezember 2009